12 deutsche architektur



erlin
ezember
971

Ökonomische Probleme des Wohnungsbaus • Wohnungsbau in Rostock und Cottbus • Mongolische Architektur • Interhotel „Stadt Berlin"

reis 5,— Mark

Die Zeitschrift

deutsche architektur

erscheint monatlich

Heftpreis 5,– M

Bezugspreis vierteljährlich 15,– Mark

Bestellungen nehmen entgegen:
Заказы на журнал принимаются:
Subscriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner à la revue:

In der Deutschen Demokratischen Republik:

Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Im Ausland:

· Sowjetunion
Alle Postämter und Postkontore
sowie die städtischen Abteilungen Sojuspetchatj

· Volksrepublik Albanien
Ndermarrja Shtetnore Botimeve, Tirana

· Volksrepublik Bulgarien
Direktion R. E. P., Sofia, Wassill-Lewsky 6

· Volksrepublik China
Waiwen Shudian, Peking, P. O. Box 50

· Volksrepublik Polen
Ruch, Warszawa, ul. Wronia 23

· Sozialistische Republik Rumänien
Directia Generala a Postei si Difuzarii Presei Palatul
Administrativ C. F. R., Bukarest

· Tschechoslowakische Sozialistische Republik
Postovni novinová služba, Praha 2 – Vinohrady,
Vinohradská 46 –
Bratislava, ul. Leningradska 14

· Ungarische Volksrepublik
Kultura, Ungarisches Außenhandelsunternehmen
für Bücher und Zeitungen, Budapest I, Vö Utja 32

· Österreich
GLOBUS-Buchvertrieb, A – 1011, Wien I, Salzgries 16

· Für alle anderen Länder:
Der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen
108 Berlin, Französische Straße 13–14

· Westdeutschland
· Westberlin
Der örtliche Fachbuchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin
Vertriebszeichen: A 21518 E

Verlag

VEB Verlag für Bauwesen, Berlin
Französische Straße 13–14
Verlagsleiter: Georg Waterstradt
Telefon: 22 03 61
Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin
Fernschreiber-Nr. 011 441 Techkammer Berlin
(Bauwesenverlag)

Redaktion

Zeitschrift „deutsche architektur", 108 Berlin,
Französische Straße 13–14
Telefon: 22 03 61
Lizenznummer: 1145 des Presseamtes
beim Vorsitzenden des Ministerrates
der Deutschen Demokratischen Republik
Veröffentlichungsgenehmigung Nr. P 3/25/71 bis 3/28/71

Gesamtherstellung:

Druckerei Märkische Volksstimme, 15 Potsdam,
Friedrich-Engels-Straße 24 (1/16/01)

Aus dem vorigen Heft:

Zum 20. Jahrestag der Gründung der Deutschen Bauakademie
Städtebauforschung auf neuen Wegen
Forschungsprojekt Greifswald
Hocheffektive Baumethoden im Wohnungsbau der DDR
Zur erweiterten Reproduktion in städtischen Industriegebieten
Neue Konstruktionslösungen für Industriegebäude
Sozialistische Umgestaltung ländlicher Siedlungen
Produktionsanlagen für die Rinder- und Schweinehaltung
Effektive Baustoffe und Konstruktionen im Landwirtschaftsbau

Im nächsten Heft:

Städtebau und sozialistische Demokratie
Wissenschaftliche Arbeitsorganisation im Städtebau
Wohnungsbau in Frankfurt (Oder)
Stadtsilhouetten
Plastanwendung im Bauwesen

Redaktionsschluß:

Kunstdruckteil: 24. September 1971
Illusdruckteil: 4. Oktober 1971

Titelbild:

Interhotel „Stadt Berlin"
Foto: Gisela Stappenbeck, Berlin

Fotonachweis:

Heinrich Ziegler, Halle (1); Helmut Güttner, Berlin (1); Peter Baumbach, Rostock (3); Irma Schmidt, Rostock (3); Willy-Kurt Wittig (1); Günter Ewald, Stralsund (1); Peter Schuster, Cottbus (4); Gabriele Kastner, Cottbus (6); Bildstelle des VEB Baukombinat Dresden (4); Zentralbild, Berlin (8); Gisela Stappenbeck, Berlin (6); Eckard Zobel, Berlin (8); Sommerfeld-Ziebarth, Berlin (1); Dieter Brauer, Leipzig (24); Foto-Schlegel, Lunzenau (4)

12

deutsche architektur

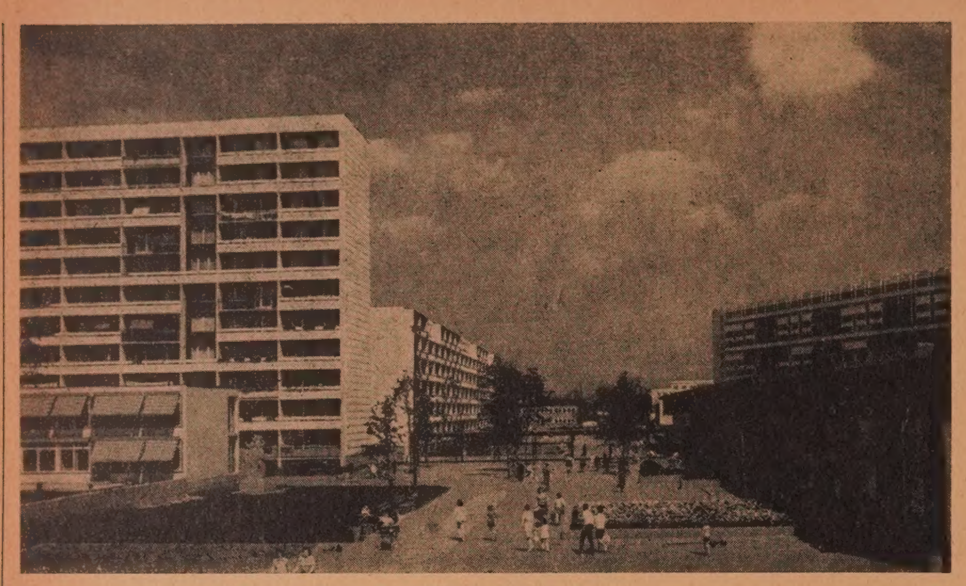
XX. Jahrgang
Berlin
Dezember 1971

Herausgeber: Deutsche Bauakademie und Bund der Architekten der DDR

Redaktion: Dr. Gerhard Krenz, Chefredakteur
Dipl.-Ing. Claus Weidner, Stellvertretender Chefredakteur
Bauingenieur Ingrid Korölus, Redakteur
Detlev Hagen, Redakteur
Ruth Pfestorf, Redaktionssekretärin

Gestaltung: Erich Blocksdorf

Korrespondenten im Ausland: Janos Böhönyey (Budapest), Vladimir Cervenka (Prag)
Daniel Kopeljanski (Moskau), Zbiegniew Pininski (Warschau)

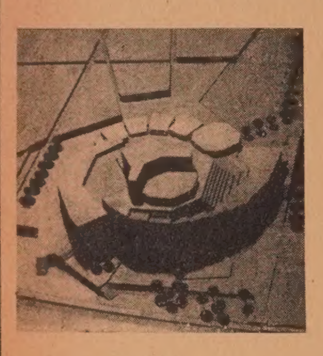


Halle-Neustadt: Wohnungsbauten am Zentrum des Wohnkomplexes II

Neuer Generalsekretär der UIA

Der bisherige Generalsekretär der UIA, Henri Edde, wurde Minister für öffentliche Arbeiten und Verkehr im Libanon und legte deshalb seine UIA-Funktion nieder. Als neuer Generalsekretär für die Zeit bis zur Generalversammlung (1972) wurde Michel Weill (Bild unten) gewählt.





Preis im Wettbewerb Oper Beograd

Beim internationalen Wettbewerb für ein neues Opernhaus in Beograd erhielt ein Kollektiv aus der DDR den 4. Preis. Dem Kollektiv aus dem Institut für Technologie kultureller Einrichtungen, Berlin, gehören

Dipl.-Ing. Peter Albert
Ingenieur Johannes Berndt
Dr.-Ing. Wladimir Rubinow
Dipl.-Ing. Dieter Schölzel und
Dr.-Ing. Klaus Wever (Leiter) an.

Der preisgekrönte Entwurf (Bild oben) sieht einen konzentrischen Baukörper vor, der durch Gestaltung und Lage ein Bindeglied zwischen Alt- und Neu-Beograd werden soll.

Um die vorgesehenen 5 Preise und 3 Ankäufe bewarben sich über 400 Wettbewerbsteilnehmer aus zahlreichen Ländern. Rund 150 Arbeiten wurden für den Wettbewerb zugelassen.

„Stroimaterialy 71"

Im Moskauer Sokolniki-Park fand im September 1971 die 1. Internationale Fachausstellung für Baumaterialien und Anlagen zur Baumaterialienproduktion, die „Stroimaterialy 71", statt.

Aus der DDR fand die Fließlinie L 500 zur automatisierten Herstellung von Ziegeln besonderes Interesse. Ihre Leistung beträgt bei nur je 3 Arbeitskräften in 2 Schichten 35 Millionen Ziegel im Jahr. Stark beachtet wurden die sowjetischen Exponate aus dichtem Silikatbeton, einem Material, dem man auch im Bauwesen der DDR eine große Zukunft voraussagen kann. Bei diesem Beton aus Sand und Kalk lassen sich Festigkeiten bis zu B 350 erreichen. Die Kosten sollen um 10 bis 20 Prozent niedriger sein. Erprobter Anwendungsbereich in der UdSSR: Innen- und Außenwandplatten, Stützen, Binder und Dachplatten.

Zahlreiche Firmen zeigten die immer breiter werdende Palette von Bauelementen aus Asbestzement. Ein rumänisches Unternehmen bot z. B. polystyrolbeschichtete Asbestzementplatten mit hervorragender Wärmedämmung an.

Auch Glas wird immer mehr im Bauwesen Anwendung finden. Für die architektonische Gestaltung sind farbig emaillierte Glastafeln aus der UdSSR interessant. Dieses witterungsbeständige Material mit der Bezeichnung „Stemalit" eignet sich für alle Außenflächen. Die Ausstellung ließ erkennen, daß in absehbarer Zukunft weiterentwickelte keramische und silikatische Baumaterialien in vielen Variationen bei der Industrialisierung des Bauens den Vorrang behalten werden.

Raumzellen in Serie

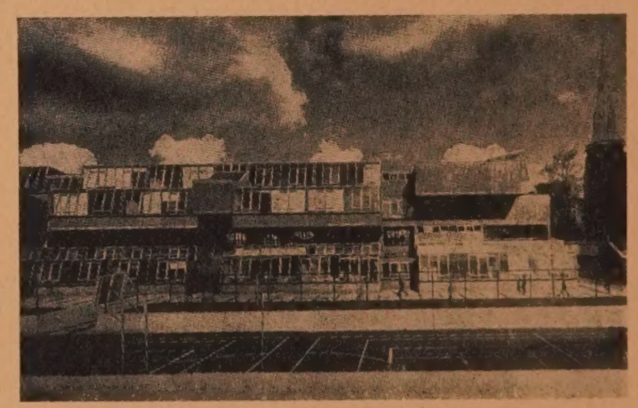
Die Serienproduktion mehrgeschossig montierbarer Raumzellen für den Wohnungs- und Gesellschaftsbau wurde in Niesky aufgenommen. Die 17 m² großen und 5 t schweren Raumzellen können komplett mit Treppenhaus und Küche zu verschiedenartigen Gebäuden zusammengestellt werden.

Stützkernelemente

Die VVB Bauelemente und Faserbaustoffe, Leipzig, bietet jetzt vielseitig anwendbare großflächige Bauelemente aus Stützstoffkonstruktionen an. Der Kern besteht aus Polyurethan-Hartschaum, die Deckschichten aus Aluminium, Hartfaser- oder Gipskartonplatten (später auch aus verzinktem Stahlblech). Das Institut für Bauelemente und Faserbaustoffe, Leipzig, steht Anwendern beratend zur Seite.

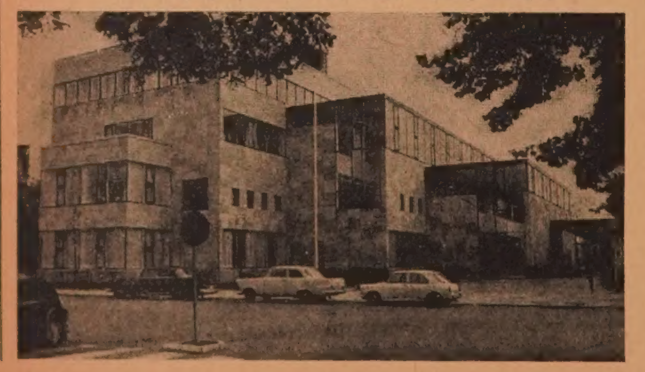
BdA-Fachtagung der Gartenarchitekten

Am 9. und 10. 9. 1971 führte die Zentrale Fachgruppe „Gartenarchitektur und Landschaftsgestaltung" des BdA der DDR in Dresden eine Fachtagung über „Organisatorische, technologische und ökonomische Probleme des Grünanlagenbaus und der Grünanlagenunterhaltung" durch. Die mit internationaler Beteiligung durchgeführte Fachtagung wurde vom Vizepräsidenten des BdA der DDR, Dr. Krenz, eröffnet und vom Vorsitzenden der Zentralen Fachgruppe, Dr. Lichey, geleitet. Ein Schwerpunkt der Tagung war der Bau von Grünanlagen im Rahmen des Wohnungsbauprogrammes des Fünfjahrplanes. Die wichtigsten Anregungen und Vorschläge der Tagung zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Grünanlagenbaus wurden in einer Entschließung zusammengefaßt. (Ausführliche Berichte über die Tagung veröffentlicht die Zeitschrift „Deutsche Gartenarchitektur").



Sekundärschule in London. Architekt H. Benett u. a.

Stadtbibliothek Jönköping. Architekten Wallinder, Hedborg, Lindquist



Kampf gegen die Luftverschmutzung

Einschneidende Maßnahmen zur Sauberhaltung der Luft werden gegenwärtig in der Ungarischen Volksrepublik vorbereitet. Schwerpunkte sind Budapest und die Industriegebiete von Borsod und Komarom. In den nächsten Jahren wird das gesamte Territorium der UVR in Dringlichkeitsstufen eingeordnet. Kommissionen nehmen dazu bereits jetzt Messungen vor, die den Schutzmaßnahmen zugrunde gelegt werden. Vom Beginn des neuen Jahres an müssen Betriebe aus ihrem Gewinn, je nach der von ihnen verursachten Luftverschmutzung, Strafgebühren an den Staat abführen, die zweckgebunden für Schutzmaßnahmen eingesetzt werden sollen.

Ähnliche Maßnahmen werden auch in der ČSSR vorbereitet. Die in der ČSSR durch Luftverunreinigung entstehenden Schäden werden auf rund 1 Milliarde Kronen geschätzt, obwohl bisher nur auf 5,5 Prozent des Territoriums die hygienisch zulässige Norm für Emissionen überschritten wird. Man befaßt sich gleichzeitig mit der Filterung und der industriellen Verarbeitung von Flugasche.



Der 533 m hohe Fernsehturm in Moskau

Moskaus neuer Generalplan

In diesem Jahr wurde ein neuer Generalplan für die Entwicklung der Hauptstadt der UdSSR bestätigt. Der neue Generalplan für Moskau, der für einen Zeitraum bis 1985 ausgelegt ist, sieht vor, daß die Stadt wachsen soll, ohne sich territorial auszudehnen.

Der Plan geht von der Entwicklung der gesamten Region aus. Zur Entlastung der Hauptstadt sollen im Umkreis von rund 100 km – also außerhalb des geplanten großen Waldparkgürtels – eine Reihe von Industrie- und Wissenschaftszentren mit jeweils 150 000 bis 200 000 Einwohnern ausgebaut werden.

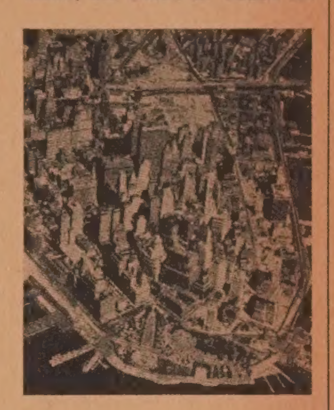
Die Industrie soll schrittweise in 66 Produktionszonen an Standorten konzentriert werden, wo sie auf das Leben in der Stadt nicht störend wirken. Wachsende Arbeitsproduktivität soll die Möglichkeit schaffen, die Zahl der in der Industrie Beschäftigten allmählich zu verringern, die Zahl der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich entsprechend zu erhöhen und auf dieser Grundlage die Einwohnerzahl zu stabilisieren.

Es wird mit einer Einwohnerzahl innerhalb der heutigen Stadtgrenze von 7 Millionen Einwohnern gerechnet. Ein Schwerpunkt des Generalplanes ist die Entwicklung des komplexen Wohnungsbaus. Ziel des Planes ist, 12 bis 15 m² reine Wohnfläche je Einwohner zu erreichen. Die Bebauungsdichte soll 4500 bis 5500 m² Wohnfläche je ha nicht überschreiten. In der Innenstadt sollen 85 Prozent 9- bis 16geschossige Wohnbauten und 15 Prozent über 16-geschossige Bauten errichtet werden. In den Wohngebieten sollen moderne gesellschaftliche Zentren gebaut werden.

Das Stadtzentrum als Höhepunkt der architektonischen Gestaltung wird noch stärker zum kulturellen und gesellschaftlichen Mittelpunkt für alle Bürger ausgebaut. Die Zahl der Arbeitsplätze soll deshalb hier zugunsten kultureller Einrichtungen für die Freizeit verringert werden. Das Zentrum wird sich territorial in die angrenzenden Gebiete ausdehnen und auch dort das Angebot an gesellschaftlichen Einrichtungen verbessern. Das Verkehrssystem soll so erweitert und modernisiert werden, daß es alle Bereiche der Stadt immer besser verbindet. Das Ziel ist eine Stadt, die allen Bürgern gleichermaßen gute Arbeits- und Lebensbedingungen sichert und das Leben der Menschen fördert.

USA: Stadt als Ghetto

Im September 1970 wurde im Weißen Haus in Washington ein bemerkenswerter Bericht behandelt, der von der „National Capital Planning Commission in Washington" vorgelegt wurde. Im Vorwort des Berichtes heißt es: „Gewaltverbrechen haben in den großen Stadtregionen der USA in einem alarmierenden Tempo zugenommen ... Es ist gegenwärtig eine nackte Tatsache des amerikanischen Lebens, daß Gewalt zur Ursache von



Veränderungen in der städtischen Umwelt geworden ist. Fraglos werden unsere Städte mehr und mehr befestigt und historische Beispiele führen uns zu dem Schluß, daß zeitgenössische Verteidigungsstädte in Amerika Wirklichkeit werden könnten ..."

Robert Gold, einer der Verfasser des Berichtes, faßte die Konzeption einer solchen amerikanischen Zukunftsstadt wie folgt zusammen:

„Ein wirtschaftlich absteigendes zentrales Geschäftsgebiet in der Innenstadt würde hauptsächlich den Innenstadtbewohnern dienen und von einer verhältnismäßig großen Zahl von Menschen, die dort einkaufen und in Gebäuden arbeiten, in den Tagesstunden geschützt sein. Während der Abend- und Nachtstunden würde das zentrale Gebiet größtenteils verlassen sein und abgeriegelt werden, um privates und öffentliches Eigentum zu schützen.

„Appartement-Hochhäuser und andere Typen von Wohneinheiten wären befestigte Zellen für die Bevölkerung der gehobenen Mittelklasse und der oberen Einkommensschichten, die in bevorzugten Lagen der Innenstadt leben und deren Bewohner durch verschiedenste aufwendige Methoden geschützt würden."

„Geographisch entfernt vom Stadtzentrum wären suburbane Nachbarschaften sichere Gebiete, vor allem durch rassische und wirtschaftliche Homogenität und durch die Entfernung von Bevölkerungsgruppen mit größter Neigung zu Verbrechen, geschützt."

„Schnellstraßen wären sanierte Korridore zwischen sicheren Gebieten und zugleich selbst sicher, da sie Transport in relativ schnellen Automobilen erlauben."

„Andere Wohnnachbarschaften der Innenstadt wären in unterschiedlichem Maße während Tages- und Nachtstunden unsicher ... Verbrechen wären in diesen Gebieten häufig, weitverbreitet und vielleicht auch tagsüber außerhalb polizeilicher Kontrolle. Subkulturen der Gewalt noch stärkerer Homogenität niederer Klassen als heute wären in diesen Gebieten lokalisiert."

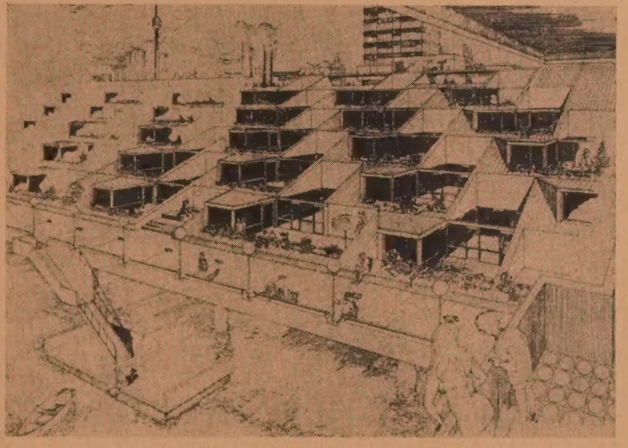
Eine erschreckende Utopie, die an faschistische Ghetto-Planungen erinnert? Erschreckend ja, aber keine Utopie: Die Shell Compagnie verlegt gegenwärtig für 35 Millionen Dollar ihr Hauptquartier mit ähnlichen Argumenten aus New York in eine heute noch „sichere" Stadt.

Wohnraum für 60 000 000

Nach den Direktiven für den Fünfjahrplan der UdSSR sollen im Zeitraum von 1971 bis 1975 die Wohnbedingungen für 60 Millionen Bürger verbessert werden. Im Wohnungsbau der UdSSR sollen über 70 Typenserien, die die unterschiedlichen Bedingungen der Gebiete berücksichtigen, zur Anwendung gelangen. Der verbreitetste Haustyp wird das mehrgeschossige, sektionsweise erschlossene Wohngebäude bleiben. Daneben sollen Wohnhäuser mit einer stärkeren gesellschaftlichen Betreuung erprobt werden. Der Anteil 4geschossiger Wohnbauten soll insgesamt 20 Prozent, der Anteil der Wohngebäude mit 9 und mehr Geschossen 25 Prozent erreichen. In den Millionenstädten soll der vielgeschossige Wohnungsbau bis auf 50 und mehr Prozent erhöht werden.



Modell für die Neugestaltung der Magistrale im Zentrum der sibirischen Stadt Omsk



Oben: Von den Architekten L. und E. Hartsuyker stammt die Studie für eine „Hydrobiopolis", eine Stadt, die – nach Vorstellung der Autoren – auf Stützen vor der niederländischen Nordseeküste gebaut werden soll.



Unten: Gebietskrankenhaus in Kazincbarcika (Ungarn). Architekt G. Janossy



Neues Zentrum für Plowdiw

Den Bebauungsplan für die Neugestaltung des Zentrums der bulgarischen Messestadt Plowdiw hat das Kollegium des Ministeriums für Architektur und Städtebau gebilligt. Das Projekt sieht die Erhaltung der charakteristischen Stadtsilhouette und ihre harmonische Ergänzung durch moderne Bauten vor. Eine Panorama-Hochstraße zwischen zwei Höhen der Stadt wird die Möglichkeit geben, die Stadt aus einer neuen Perspektive zu überschauen und die Verkehrsverhältnisse verbessern. Grundlage des Bebauungsplanes bildete ein internationaler Wettbewerb.

Zur Vorbereitung von Investitionen nach den „Grundsätzen für die Planung und Leitung des Prozesses der Reproduktion der Grundfonds"

Oberingenieur Gerhard Damm
Dipl.-Wirtschaftler Erika Moche
Gutachterstelle beim Ministerium für Bauwesen

Planung und Reproduktion der Grundfonds in der DDR

Übergang von der Investitionsplanung zur Grundfondsplanung und Grundfondswirtschaft

Mit den vom Ministerrat am 16. Dezember 1970 beschlossenen „Grundsätzen für die Planung und Leitung des Prozesses der Reproduktion der Grundfonds" (1) ist eine wichtige Voraussetzung geschaffen worden, die Forderungen der 14. Tagung des ZK der SED und die Beschlüsse des VIII. Parteitages zu erfüllen. Mit diesen Grundsätzen wird der gesamte Komplex der Reproduktion der Grundfonds einschließlich der dazu erforderlichen Entwicklung der Investitionsgüterindustrie und des Bauwesens erfaßt.

Im Rahmen der perspektivischen Planung sind von den Betrieben, Kombinaten, Einrichtungen und Vereinigungen volkseigener Betriebe Konzeptionen für die komplexe Grundfondsreproduktion auszuarbeiten, die die optimale Kombination zwischen den Reproduktionsformen der Grundfonds festlegen.

Wir unterscheiden vier Reproduktionsformen der Grundfonds:

■ Instandhaltung

Hierbei sind alle Möglichkeiten zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Grundmittel auszunutzen. Es ist zu gewährleisten, daß der Instandhaltungsaufwand in einem optimalen Verhältnis zum Nutzeffekt steht. (Bei hohen Instandhaltungskosten wären die Aussonderungen und Erneuerungen zu erwägen.)

■ Aussonderungen

Die planmäßige Aussonderung physisch und moralisch verschlissener Grundmittel ist eine wichtige Voraussetzung für die Senkung des Instandhaltungsaufwandes. Uber die Weiternutzung moralisch verschlissener Grundfonds sind Nutzeffektsberechnungen anzustellen.

■ Erneuerungen (= Ersatz)

Ersatz der verbrauchten Grundmittel durch teilweisen oder vollständigen Austausch von Maschinen, Anlagen und Gebäuden. „Für ausgesonderte Grundmittel, die Erneuerungsinvestitionen erfordern, haben die verantwortlichen Leiter zu sichern, daß neue Grundfonds bessere technisch-ökonomische Parameter als die ausgesonderten aufweisen und eine höhere Arbeitsproduktivität, Grundfondsquote, Grundfondsrentabilität und eine Senkung der Materialkostenintensität ermöglichen". (2)

Die Direktoren der volkseigenen Betriebe und Kombinate sind berechtigt, Sonderabschreibungen zu planen und anzuwenden (3)

– für solche Maschinensysteme, die im Ergebnis der komplexen sozialistischen Rationalisierung und Automatisierung geschaffen und eingesetzt werden,

– für einzelne Maschinen und Ausrüstungen, die durch Veränderungen in der Struktur der Grundmittel einem höheren moralischen Verschleiß unterliegen und durch wesentlich effektivere Grundmittel im Rahmen der planmäßig festgelegten Aussonderung ersetzt werden. Diese Sonderabschreibungen sind kalkulationsfähig.

■ Erweiterungen (= echte Investitionen)

Das sind durchzuführende Investitionen im Rahmen der langfristigen Planung. Dabei ist eine kurze Vorbereitungs- und Realisierungsphase der Investitionen zu erreichen.

Durch die Aussonderung veralteter und verschlissener Grundfonds und mit Hilfe der Investitionen werden bedeutsame quantitative und qualitative Veränderungen der materiell-technischen Basis der Volkswirtschaft erreicht.

Die Grundfondsplanung muß mit ihren Mitteln dazu beitragen, daß der Betrieb als Ganzes rentabler und leistungsfähiger wird. Das bedingt die Durchsetzung des Kosten-Nutzen-Denkens!

Für die Okonomie der Grundfonds ist ihre maximale Auslastung entscheidend, insbesondere, wenn man bedenkt, daß der Grundmittelbestand unserer Volkswirtschaft auf rund 465 Milliarden Mark, darunter 166 Milliarden Mark in der Industrie, angewachsen ist. Damit erhöhte sich die Grundfondsausstattung im Durchschnitt für jeden Arbeitsplatz in der DDR in den vergangenen 10 Jahren von 64 TM auf 125 TM, also um 95 Prozent (4).

Die Kennziffer Grundfondsausstattung charakterisiert das Ausmaß der Ausstattung mit Grundmitteln je Einheit lebendiger Arbeit:

$$\text{Grundfondsausstattung} = \frac{\text{Grundfonds (TM)}}{\text{Arbeitskräfte (VbE)}}$$

Investitionen für die Erweiterung der Grundfonds dürfen nur dann vorgenommen werden, wenn die vorhandenen bereits optimal ausgelastet sind.

Bessere Auslastung und Modernisierung der vorhandenen Grundfonds ist in der Regel der schnellste Weg zur Steigerung der Arbeitsproduktivität. Das bedeutet, mit weniger Arbeitskräften einen gleich hohen oder noch höheren Produktionsausstoß zu realisieren, das heißt, die Grundfondsquote zu erhöhen:

$$\text{Grundfondsquote} = \frac{\text{Produktionsvolumen (TM)}}{\text{Produktionsfonds (TM)}}$$

In den Jahren 1964 bis 1969 hat sich der Grundmittelbestand der volkseigenen Bauindustrie fast verdoppelt; der Mechanisierungsgrad bei wichtigen technologischen Bauprozessen wurde erhöht. Infolge der ungenügenden zeitlichen Auslastung, insbesondere der hochproduktiven Grundmittel, ist jedoch die Bau- und Montageproduktion im gleichen Zeitraum nicht im entsprechenden Verhältnis zur Grundmittelausstattung angestiegen. Im 1. Halbjahr 1970 lagen

■ der Schichtkoeffizient bei einigen ausgewählten Baumaschinen, wie Autokranen, Turmdrehkranen, Planierraupen und Universalbaggern zwischen 1,53 und 1,75,

■ die Ausfallzeiten bei diesen Geräten zwischen 22 und 33 Prozent. Davon wurden allein 25 bis 50 Prozent durch Mängel in der Produktionsorganisation verursacht (5). Deshalb wurde festgelegt, in der zentral- und örtlich geleiteten Bauindustrie den Schichtkoeffizienten auf 1,65 und bei den entscheidenden Vorhaben der zentralgeleiteten Baukombinate auf 1,85 zu erhöhen. Die reparaturbedingten Ausfallzeiten sollen in den Jahren 1971/72 um etwa 10 bis 15 Prozent gesenkt werden.

Für die Erreichung eines höheren Ausnutzungsgrades der Grundfonds ist die Beseitigung von Engpässen und vorhandenem Kapazitätsgefälle durch komplexe sozialistische Rationalisierung erforderlich. In vielen Bereichen der Volkswirtschaft werden nur unzureichende Anstrengungen unternommen, um durch die komplexe sozialistische Rationalisierung Arbeitskräfte für andere Aufgaben freizusetzen.

Das führte dazu, daß die zeitliche Auslastung der vorhandenen Grundfonds in der Industrie nicht planmäßig erfolgen konnte (statt der geplanten 80 Prozent nur 73 Prozent) (6).

Zur Durchsetzung der Grundfondswirtschaft

Wesentliche Mittel zur Durchsetzung der Grundfondswirtschaft sind die Anwendung des Prinzips der Eigenerwirtschaftung der Mittel und die Einführung eines einheitlichen Grundfondsentwicklungsplanes.

Neu zu investierende Grundmittel und die vorhandenen strukturgerechten Grundmittel sind in ihrer gegenseitigen ökonomischen und technischen Verflechtung als Einheit zu sehen.

Das Prinzip der Eigenerwirtschaftung orientiert die Betriebe und Kombinate auf langfristig orientierte Entscheidungen, die auf eine kontinuierliche hohe Effektivität der Betriebe gerichtet sind und zu einem hohen Nettogewinnzuwachs führen. Der Nettogewinn sichert den Betrieben und Kombinaten ihre erweiterte Reproduktion. Bereits hieran erkennen wir die Verbindung der volkswirtschaftlichen Führungsgrößen

Produktionsfondsabgabe,
Grundfondsquote, und
Arbeitsproduktivität

zur Grundfondswirtschaft. Durch rationelle Auslastung der Grundfonds, zum Beispiel durch die Erhöhung der Schichtarbeit (3schichtig oder rollende Woche) steigt der den Betrieben und Kombinaten verbleibende Nettogewinn.

Wir erkennen auch die gesellschaftliche Zielstellung, die Ubereinstimmung der individuellen mit den betrieblichen und den gesamtgesellschaftlichen Interessen. Die betrieblichen Interessen spiegeln sich in der Erreichung eines maximalen Nettogewinns wider (gleichzeitig auch die individuellen, da der Prämienfonds in Abhängigkeit von der Höhe des Nettogewinns gebildet wird).

Die gesellschaftlichen Interessen liegen in der Erreichung des maximalen Zuwachses an Nationaleinkommen zur weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes.

In der wissenschaftlich-technischen Revolution bedeutet einfache Reproduktion zum großen Teil bereits erweiterte Reproduktion, denn die neueren Grundmittel besitzen infolge des technischen Fortschritts einen höheren Gebrauchswert, der sich in einem höheren Produktionsausstoß, geringerer Wartung sowie Einsparung von Arbeitskräften zeigt.

Zur Einsparung von Baukapazität, Produktionsflächen und Arbeitskräften ist in der gesamten Volkswirtschaft in erster Linie die intensiv erweiterte Reproduktion insbesondere durch die sozialistische Rationalisierung vorzusehen. Unter extensiv erweiterter Reproduktion verstehen wir den Neubau von Werken, Industrieanlagen usw., während es sich bei der intensiv erweiterten Reproduktion im besonderen um die Erneuerung und Verbesserung der Technologie in bestehenden Werken handelt.

Der VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands stellte in der Direktive für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1971 bis 1975 eindeutig fest: „Der Hauptweg, um den Umfang und die Qualität der gesellschaftlichen Produktion zu steigern, ist ihre Intensivierung und die Erhöhung der Effektivität. Das Ziel ist die wirkungsvollere Versorgung der Volkswirtschaft und die bessere Befriedigung des Bedarfs der Bevölkerung. Das erfordert die produktivere Nutzung und Erhöhung der Leistungsfähigkeit der umfangreichen Produktionskapazitäten, die rationelle Ausnutzung der Produktionsflächen und -räume, eine höhere Materialökonomie, die Senkung der Kosten, die Durchsetzung der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation und die volle Ausnutzung der Arbeitszeit.

Der Neubau von Produktionskapazitäten ist im Zeitraum bis 1975 auf solche Objekte der Strukturveränderung zu konzentrieren, die in kurzer Zeit einen hohen volkswirtschaftlichen Nutzen bringen oder zur Sicherung der Proportionalität der Volkswirtschaft beitragen." (7)

Der Nutzeffekt von Investitionen

Die Komponenten des Nutzeffektes werden nach Untersuchungskomplexen gegliedert und sind im einzelnen in den „Methodischen Grundsätzen für die Beurteilung der volkswirtschaftlichen Effektivität von Investitionsvarianten" (8) dargelegt.

Die Untersuchungskomplexe erstrecken sich auf

■ die Notwendigkeit eines Investitionsvorhabens zur Befriedigung bestimmter gesellschaftlicher Bedürfnisse (= Bedarf),

■ die technisch-ökonomische Lösung,

■ die zusammenfassende Beurteilung der Lösung des Investitionsvorhabens und der Art seiner Realisierung, insbesondere der Kennziffern Rückflußdauer, Selbstkosten, Preis, Gebrauchswert im Vergleich zum wissenschaftlich-technischen Höchststand.

Die „Grundsätze für die Planung und Leitung des Prozesses der Reproduktion der Grundfonds" orientieren eindeutig darauf, daß die Kosten (einmaliger und laufender Aufwand) für erstmalig in der DDR zu produzierende Erzeugnisse grundsätzlich niedriger sein müssen als der gesamte Aufwand für den Import solcher Erzeugnisse. (9)

Bei den gesamten Untersuchungen müssen die verschiedenen volkswirtschaftlichen Begrenzungen an den Ressourcen (wie Fläche, Wasser, Energie, Arbeitskräfte, Rohstoffe usw.) einbezogen werden.

Bereits bei der Projektierung von neuen Maschinen, Anlagen und Gebäuden (ob für den Industrie- oder

Gesellschaftsbau) sowie bei geplanten Rationalisierungsmaßnahmen ist eine rationelle Energieanwendung vorzusehen.

Die DDR liegt im spezifischen Energieverbrauch gegenüber dem Weltniveau im allgemeinen zu hoch. So beträgt z. B. der spezifische Wärmeaufwand für die Raumheizung fast das Doppelte gegenüber dem in anderen sozialistischen Ländern, wie der UdSSR, der Volksrepublik Polen oder kapitalistischen Ländern, wie Schweden, obwohl diese Länder wesentlich längere Winterperioden mit weitaus niedrigeren Außentemperaturen haben.

Gegenwärtig beträgt der effektive Wärmeverbrauch einer zentralbeheizten Wohnung von rund 50 m^2 Wohnfläche etwa 12 Millionen kcal pro Jahr. Der volkswirtschaftlich optimale Bedarf liegt jedoch nur bei 7 bis 8 Millionen kcal pro Jahr und Wohnung. Das heißt, daß wir durch völlig unzureichende Wärmedämmung der Bauelemente, Fugenundichtigkeiten, Mängel bei Türen und Fenstern, ungeregelte Wärmezufuhr zu den Gebäuden und keine oder ungenügende Regelbarkeit der Wärmeaufnahme durch den Mieter je Wohnungseinheit und Heizperiode bis zu 30 Zentnern Braunkohlenbriketts vergeuden (10).

Wenn bei allen Gelegenheiten auf den sparsamsten Einsatz von Investitionsmitteln verwiesen wird, die Forderung nach Senkung des spezifischen Investitionsaufwandes stärker denn je in den Vordergrund rückt, so darf nunmehr nicht in das andere Extrem verfallen werden, so wenig wie möglich zu investieren. Bei Variantenuntersuchungen sollte nicht nur einseitig auf Minimierung des Investitionsaufwandes orientiert werden, sondern Schwerpunkt der gesamten Untersuchungen muß die Erreichung eines höchstmöglichen Nutzens sein.

Die Ermittlung des Nutzeffektes von Investitionen soll sich nicht nur auf das Investitionsvorhaben selbst erstrecken, sie muß die Betrachtung des vom Investitionsvorhaben beeinflußten Teils der Volkswirtschaft mit einbeziehen. Das heißt, daß in den Variantenuntersuchungen der einmalige Aufwand und der zu erreichende Nutzen

- beim Investitionsvorhaben selbst,
- bei der übergeordneten Wirtschaftseinheit (Kombinat, VVB),
- in der ersten Vorstufe (für die für das Erzeugnis notwendigen Zulieferungen) und
- in der ersten Folgestufe

zu ermitteln ist.

Zwischen Realisierungsfrist und Nutzeffekt von Investitionen besteht ein enger Zusammenhang. Bei der Realisierungsfrist ist der Zeitpunkt und Zeitraum zu betrachten; sie ist ein entscheidendes Merkmal der Investitionstätigkeit.

Von der Realisierungsfrist (vom Beginn der Projektierung bis zur Ubergabe der nutzungsfähigen Einheit) hängt maßgeblich das Tempo der Durchsetzung der wissenschaftlich-technischen Revolution, die Sicherung eines in der Forschung und Entwicklung erreichten wissenschaftlichen Vorlaufes sowie der ökonomische Nutzen der Investitionsprozesse im Planzeitraum ab.

Um den wissenschaftlich-technischen Höchststand auf entscheidenden Gebieten sichern zu können, ist eine möglichst kurze Rückflußdauer durchzusetzen.

Eine volkswirtschaftliche Zielstellung in der Investitionspolitik besteht in der Senkung der unvollendeten Investitionen. So betrug zum Beispiel der Anteil der unfertigen Produktion (= unvollendete Investitionen) in den Bau- und Montagebetrieben im Jahre 1970 rund 60 Prozent der produktiven Fonds (11).

Die Senkung des Anteils der unvollendeten Investitionen bedeutet in jedem Fall eine Steigerung unseres Nationaleinkommens. Damit ist die Realisierungsfrist ein wesentlicher Faktor der erweiterten sozialistischen Reproduktion und für die Erhöhung des Nutzeffektes der Investitionen von großer Bedeutung. Das aber erfordert

- eine gründliche und langfristige, also vorausschauende prognostische Vorbereitung und volkswirtschaftliche Einordnung der Investitionen,
- einen rechtzeitigen Vertragsabschluß,
- den Einsatz der erforderlichen Produktionskapazitäten (der Bau- und Ausrüstungsbetriebe) in technologisch-ökonomisch vertretbarem Umfang,
- die straffe Organisiertheit des Investitionsprozesses und
- die Ermittlung der wirtschaftlichen Bauzeit mit Hilfe der Bauzeitnormative und Netzplantechnik (12).

In den Beschlüssen von Partei und Regierung wird ständig die Forderung erhoben, den Nutzeffekt der Investitionen zu erhöhen und durch Senkung des Aufwandes an lebendiger und vergegenständlichter Arbeit eine Erhöhung des Reineinkommens und damit eine verbesserte Bedarfsbefriedigung in quantitativer und qualitativer Hinsicht zu erreichen.

Das erfordert die strikte Durchsetzung des Gesetzes der Ökonomie der Zeit. Die Ökonomie der Zeit drückt sich einmal in der Menge gesellschaftlicher Arbeit je Produkt aus, wird also mit der Kennziffer Arbeitsproduktivität erfaßt. Zum anderen ist die Auslastung der Maschinen und Anlagen bestimmend.

Dieser Faktor gewinnt durch die ständig steigenden Aufwendungen für die Ausstattung eines Arbeitsplatzes (erinnert sei an die 125 TM/Arbeitsplatz in der DDR) und die Beschleunigung des moralischen Verschleißes der Grundmittel immer größere Bedeutung.

Es ist nicht nur entscheidend, wieviel gesellschaftliche Arbeitszeit für ein Erzeugnis aufgewendet wird, sondern auch zu welchem Zeitpunkt das Erzeugnis in ausreichender Menge angeboten werden kann. Dabei trägt die Projektierung eine hohe Verantwortung für die schnelle Überführung der Ergebnisse aus Forschung und Entwicklung in die Produktion.

Die Einsparung von lebendiger Arbeit zeigt sich in der Einsparung von Arbeitskräften. Die Einsparung an vergegenständlichter Arbeit bedingt die rationelle Auslastung der Grundmittel, eine sinkende Material- und Energieintensität. Gesellschaftlich bewirkt die Materialeinsparung, daß bei gleicher Höhe der Bruttoproduktion das Nationaleinkommen wächst. Betrieblich drückt sich das in der Reduzierung der Selbstkosten und Erhöhung des Gewinns je Erzeugnis aus. Bei importierten Rohstoffen zeigt sich die Wirkung der Materialökonomie als Verringerung der Importintensität.

Zur Senkung des Bauaufwandes (speziell zur Einsparung von Baukapazität) sollte im Hinblick auf die Anwendung der Freibauweise gründlich untersucht werden, inwieweit zum heutigen Zeitpunkt bereits Ausrüstungen vorhanden sind, die keine Umhausungen mehr benötigen (z. B. Pumpenhäuser, Trafostationen usw.).

Die Verwirklichung des Gesetzes der Ökonomie der Zeit erfordert also, eine maximale Verbesserung des Gebrauchswertes der Erzeugnisse anzustreben und den Gesamtaufwand, das heißt den einmaligen und laufenden Aufwand, zu minimieren. Bei der Wahl einer bautechnischen Lösung (z. B. Kompaktbau), bei der der Bauaufwand zwar gegenüber anderen Varianten reduziert werden kann, die jedoch einen hohen Aufwand an klimatechnischen Anlagen erfordert, sind die unterschiedlichen Selbstkosten unbedingt mit zu untersuchen. So betragen die Abschreibungen für bauliche Anlagen im Durchschnitt 1,6 Prozent, für lufttechnische Anlagen betragen die jährlichen Betriebskosten aber rund 15 Prozent des einmaligen Aufwandes.

Zusammenfassend sei gesagt, daß die Kriterien zur Beurteilung des Nutzeffektes von Investitionen ihren konkreten Ausdruck in

- volkswirtschaftlichen Zielstellungen,
- volkswirtschaftlichen, zweiglichen und vorhabenbezogenen Normativen und Nutzenskriterien,
- Kennziffernrelationen und in Vergleichswerten, die sich aus dem Vergleich mit dem wissenschaftlich-technischen Höchststand (das schließt die Ökonomie ein!) ergeben,

finden.

Aufgaben bei der Vorbereitung von Investitionen

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben eindeutig gezeigt, daß die notwendige hohe Effektivität der Investitionen davon abhängt, daß sie mit höchster Qualität vorbereitet werden. Deshalb verpflichten die Grundsätze zu einer wissenschaftlichen Vorbereitung der Investitionen. Bereits in der Vorbereitungsphase ist völlige Klarheit über die inhaltliche Lösung des Investitionsvorhabens, den erforderlichen Investitionsaufwand und die künftige Effektivität zu schaffen.

Die Hauptetappen bei der Investitionsvorbereitung sind

- die Investitionsvorentscheidung und
- die Grundsatzentscheidung.

Aufgaben der Investitionsauftraggeber

Die Betriebe, Kombinate und VVB haben im Rahmen der prognostischen und perspektivischen Planung die optimale Kombination zwischen den Reproduktionsformen der Grundfonds herauszuarbeiten und Erweiterungen, also Investitionen, auf der Basis ihrer komplexen Grundfondskonzeptionen zu realisieren.

Die erste Phase der Investitionsvorbereitung beginnt mit der Ausarbeitung von Studien und Varianten durch den Investitionsauftraggeber in enger Zusammenarbeit mit den künftigen General- und Hauptauftragnehmern zur Ermittlung der volkswirtschaftlich effektivsten Lösung des Investitionsvorhabens. Diese Studien und Varianten müssen enthalten:

- den Vergleich mit dem Welthöchststand,
- den Nachweis des betrieblichen Nutzeffektes und
- den Nachweis des volkswirtschaftlichen Nutzeffektes.

Variantenvergleiche im Rahmen der Begutachtung führten z. B. beim Investitionsvorhaben VEB Chemiefaserkombinat Schwarza nachweislich zu einer Minderung des Bauabgabepreises in Höhe von rund 19 Prozent. Dies veranlaßte den Investitionsauftraggeber, gemeinsam mit dem Projektanten noch andere Varianten zu untersuchen, um eine weitere Reduzierung des Investitionsaufwandes zu erreichen.

Im Bahnbetriebswerk Frankfurt (Oder) konnte z. B. während der Begutachtung die Kapazität im Tanklagerbereich um 70 Prozent des Volumens und an Hallenfläche um 25 Prozent entsprechend dem tatsächlichen Bedarf so verändert werden, daß eine Reduzierung des Bauabgabepreises um rund 20 Prozent erfolgen konnte. Eine günstigere Nutzung des geplanten Mehrzweckgebäudes, der Werkstattkapazität, der Beschallungsanlage sowie eine veränderte Wärmeversorgung wurden im Gutachten vorgeschlagen, so daß vom Investitionsauftraggeber infolge der erforderlichen Änderungen und ökonomischen Auswirkungen nunmehr eine neue Konzeption, sprich Variante, erarbeitet wird.

Schon diese Beispiele beweisen die Notwendigkeit, die volkswirtschaftliche Aufgabenstellung in mehreren Varianten zu untersuchen.

Beim Vergleich des Welthöchststandes hinsichtlich der Technologie, der Erzeugniseigenschaften und der Effektivität müssen sowohl der derzeitige Stand als auch der zu erwartende Welthöchststand zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme des Investitionsvorhabens gegenübergestellt werden.

Die Entscheidung der volkswirtschaftlich günstigsten Variante erfolgt mit der Investitionsvorentscheidung, in der die zu erreichenden technischen und ökonomischen Zielstellungen (13), wie z. B.

- Preis oder Kosten je Erzeugniseinheit
- Kennziffern des Aufwandes und der Effektivität

sowie der Generalauftragnehmer festzulegen sind. Neu ist die Regelung in den gesetzlichen Bestimmungen, daß die Festlegung des Investitionsaufwandes mit Toleranzen erfolgen kann.

Bis zur Investitionsvorentscheidung müssen die volkswirtschaftliche und territoriale Einordnung des Investitionsvorhabens gewährleistet sein. Das heißt, es müssen bis dahin die Liefermöglichkeiten der wichtigsten Kooperationspartner für die künftige

Produktion, die Absatzbedingungen und die Leistungsfähigkeit des Territoriums untersucht worden sein.

Von der Qualität der Investitionsvorentscheidung hängt es maßgeblich ab, ob die festgelegten technischen und ökonomischen Zielstellungen real sind. Ausgehend von der Investitionsvorentscheidung erfolgt die objektgebundene Reservierung materieller und finanzieller Fonds im Fünfjahrplan durch die Staatliche Plankommission und die Räte der Bezirke (14). Nach der Bestätigung der Investitionsvorentscheidung erfolgt die Erarbeitung der Dokumentation zur Vorbereitung der Grundsatzentscheidung als wichtigste Phase der Vorbereitung eines Investitionsvorhabens, die unter anderem das vom Investitionsauftraggeber geprüfte verbindliche Angebot (einschließlich verbindliches Preisangebot) beinhalten muß. Damit wird den in den zurückliegenden Jahren aufgetretenen ständigen Verteuerungen der in der Vorbereitung und Durchführung befindlichen Investitionsvorhaben entgegengewirkt. In der Vergangenheit sind wegen mangelnder Investitionsvorbereitung bei vielen entscheidenden Investitionsvorhaben Verteuerungen gegenüber der Grundsatzentscheidung von über 30 Prozent (15) aufgetreten. Im Ergebnis dessen stimmte die Baubilanz nicht, es fehlten Baukapazitäten für den Aufbau oder die Erweiterung von Produktionsstätten, die für die proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft erforderlich sind.

In jedem Falle bedeutet eine Störung der proportionalen Entwicklung unserer Volkswirtschaft eine Minderung des ökonomischen Wachstums, das entspricht einer Minderung der möglichen Nationaleinkommensentwicklung.

Auf der Grundlage des verbindlichen Preisangebotes wird im Investitionsleistungsvertrag der Preis zwischen Investitionsauftraggeber und Auftragnehmer vereinbart.

Neu in den gesetzlichen Bestimmungen ist die Regelung, daß nach Aufnahme des verbindlichen Preises in den Wirtschaftsvertrag alle im Prozeß der Durchführung der Investition aus guter oder schlechter Leitungstätigkeit des General- bzw. Hauptauftragnehmers hervorgerufenen Auswirkungen auf die Selbstkosten grundsätzlich zu Gunsten oder zu Lasten der Gewinne der Generalauftragnehmer/Hauptauftragnehmer gehen. (16)

Durch alle gesetzlichen Regelungen zieht sich die Forderung nach straffer Kosten- und Preisdisziplin bei der Durchführung der Investitionen. Das erfordert die verstärkte Preiskontrolle insbesondere in der Vorbereitungsphase und die Prüfung von Kalkulationen bei Preisbestätigungen auf die Einhaltung der Kalkulationsrichtlinien.

Die Vorbereitung der Investitionen wird mit der Grundsatzentscheidung abgeschlossen. Sie ist die Voraussetzung für die Aufnahme der Investitionen in den Planteil Investitionen der Betriebe, Kombinate und Einrichtungen und bildet damit die Grundlage für die Bilanzierung des Investitionsvorhabens (Bau und Ausrüstungen).

„Es sind ab Juli 1971 ökonomische Sanktionen einschließlich der persönlichen materiellen Verantwortung für solche Auftraggeber vorzusehen, die über den im bestätigten Plan enthaltenen Bauanteil hinaus weitere Bauleistungen bei Baubetrieben bestellen." (17)

Um den standortbedingten Investitionsaufwand möglichst gering zu halten, müssen die Investitionsauftraggeber entsprechend den Grundsätzen die bautechnischen Projektanten bereits zu den Standortuntersuchungen hinzuziehen, um damit eine möglichst optimale Bebauung des Baulandes zu erreichen.

Wichtig ist, daß dem Projektanten vom Investitionsauftraggeber eine klare Aufgabenstellung mit technischen und ökonomischen Kennziffern vorgegeben wird. Durch entsprechenden Vertragsabschluß muß er den Auftragnehmer zwingen, die technische Lösung dem Ziel unterzuordnen. „Die Auftragnehmer sind verpflichtet, verbindliche Angebote abzugeben. In dem verbindlichen Angebot muß der Nachweis erbracht werden, daß mit der vorgeschlagenen Problemlösung die vorgegebene technische und ökonomische Zielstellung erreicht bzw. überboten wird." (18)

Der Investitionsauftraggeber bleibt jedoch nach wie vor voll verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung von Investitionen. Deshalb ist es notwendig, eine klare Abgrenzung seiner Verantwortung mit der der Auftragnehmer vertraglich zu schaffen.

Der Investitionsauftraggeber muß eine strenge Kontrolle der Durchführung des Investitionsvorhabens ausüben, insbesondere über die

- Einhaltung des Netzplanes und die
- Qualität der erbrachten Leistungen.

„Der Investitionsauftraggeber muß durchsetzen, daß neue Erkenntnisse aus Forschung und Entwicklung, Erfindung und Neuerervorschläge während der Durchführung noch berücksichtigt werden, wenn sie nachweisbar zur Verbesserung des volkswirtschaftlichen Nutzeffektes führen." (19)

Der Investitionsleistungsvertrag ist dementsprechend abzuschließen. In dem Falle, daß kein Generalauftragnehmer vorhanden ist, muß der Investitionsauftraggeber die einheitliche Leitung und Koordinierung der Investitionsdurchführung wahrnehmen.

Aufgaben der Projektanten bei der Vorbereitung von Investitionen

Entsprechend dem Beschluß über die Planung und Leitung des Prozesses der Reproduktion der Grundfonds ist die Projektierung voll in den Reproduktionsprozeß der Baukombinate und -betriebe einzuordnen. „Die Projektierungskapazitäten sind in die wirtschaftliche Rechnungsführung der Betriebe und Kombinate so einzubeziehen, daß ein Anreiz für Investitionslösungen mit optimalem Aufwands-Nutzens-Verhältnis geschaffen wird." (20)

Zur Qualifizierung der Vorbereitungen von Investitionen ist es unbedingt erforderlich, die Kapazitäten für die Vorbereitungsphase in den Projektierungseinrichtungen zu erhöhen. Als materieller Stimuli wäre es notwendig, eine Änderung der Anordnung über bautechnische Projektierungsleistungen der volkseigenen Wirtschaft dahingehend vorzunehmen, daß die Abrechnung der Leistungen der Bauprojektanten in leistungsabhängiger Entlohnung erfolgen kann. Der jetzige Stundensatz ist in dieser Hinsicht unzureichend.

Wird die Vorbereitungsphase vernachlässigt, so entsteht im allgemeinen ein erhöhter Aufwand und eine verlängerte Realisierungszeit. Das ist einem echten Effektivitätsverlust gleichzusetzen. Auf der Projektierungskonferenz im Mai 1970 wurde deshalb die richtige Schlußfolgerung gezogen, unbedingt mehr als gegenwärtig 4 Prozent der Projektierungskapazität auf die Vorbereitungsphase zu konzentrieren.

Zur Erhöhung der volkswirtschaftlichen Effektivität sind von den Projektanten katalogisierte Projektlösungen, die den Charakter von Informationsangeboten haben, zu erarbeiten. Bereits auf der Projektierungskonferenz im Mai 1970 stellte Minister Junker die Notwendigkeit der Schaffung von solchen Lösungen als Einheit von Technologien und Erzeugnissen heraus.

Die Direktive zum Einheitssystem Bau (21) sieht für die Jahre 1971/72 als Hauptaufgaben unter anderem die Schaffung der Grundlagen für die Neugestaltung des Standardwerkes des Bauwesens und die Erarbeitung systemgerechter Standards, die Vervollständigung des Maß- und Gebäudesystems, die Weiterentwicklung der Methodik für die EDV- und arbeitsgerechte Gestaltung des Katalogwerkes des Bauwesens und die Erarbeitung von Katalogen für Haupterzeugnisse sowie eine umfassende Erarbeitung von Aufwandskennzahlen vor.

Der Inhalt der Standards muß orientieren auf

- die vielseitige Anwendbarkeit, Austauschbarkeit und Paßfähigkeit der Bauteile, Bauelemente und Baugruppen,
- die technologisch begründete Sortimentsbildung als eine Voraussetzung für optimale Losgrößen in der Vorfertigung,
- die optimale Kombination von Gebrauchswerteigenschaften der Erzeugnisse,
- die hohe Materialökonomie und Aufwandsminimierung.

In diesem Rahmen hat die Gutachterstelle die Aufgabe, bautechnische Angebotsprojekte zu begutachten und zu bestätigen (22). Die kompletten Angebotsprojekte müssen auch den Industrieabgabepreis für das Angebotsprojekt beinhalten, der die Grundlage für die Ausarbeitung des verbindlichen Preisangebots der Betriebe und Kombinate bildet. Nur die Preise für die Veränderungen entsprechend den konkreten Standortbedingungen müssen im einzelnen nachgewiesen werden. Damit kann die Vorbereitungs- und Projektierungszeit wesentlich gegenüber dem jetzigen Zeitaufwand gesenkt werden. Im Mittelpunkt aller Überlegungen steht immer, mit geringstem gesellschaftlichem Aufwand die höchste volkswirtschaftliche Effektivität zu erreichen.

Die Projektierungseinrichtungen haben die Durchsetzung einer einheitlichen technischen Politik und die Gestaltung der Einheitssysteme aktiv zu beeinflussen. Das erfordert die Rationalisierung der Projektierungsarbeiten und erhöht damit gleichzeitig die Leistungen, insbesondere durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität, und zwar durch

- Konzentration und Spezialisierung der Projektierung,
- Modellprojektierung,
- Baukastenprojektierung und
- Automatisierung formalisierbarer geistiger Prozesse in der Projektierung im System AUTEWO Bau.

Die Arbeitsproduktivität in den volkseigenen Projektierungseinrichtungen beträgt gegenwärtig rund 1 Million Mark projektiertes Bauvolumen je Mitarbeiter und Jahr. Entsprechend der Zielstellung der Projektierungskonferenz vom Mai 1970 soll das Leistungsvermögen in der Projektierung im Fünfjahrplan verdoppelt werden.

Auf der Projektierungskonferenz wurde vom Minister Junker ein Beispiel für die Rationalisierung der Projektierung genannt, das vom VEB Ingenieurhochbau Berlin geschaffen wurde. Hierbei wurden vorhandene Einzellösungen zur Anwendung der EDV systemgerecht miteinander verknüpft und im Sinne einer automatischen technologischen Linie weiterentwickelt. Über Variantenberechnungen sollen von den Projektanten optimale Projektlösungen vorgeschlagen werden.

Denn Projektierung und Konstruktion bestimmen weitgehend, wie effektiv die künftigen Grundfonds genutzt werden können und demzufolge, wie hoch ihr Anteil an den entstehenden Selbstkosten der Erzeugnisse ist. So können z. B. bedeutende Einsparungen an Zeit- und Arbeitskräfteaufwand sowie am Finanzbedarf durch ein optimal instandhaltungsgerechtes Bauen realisiert werden.

Die Beschlüsse von Partei und Regierung sowie die gesamten gesetzlichen Regelungen fordern die Erreichung einer höchsten volkswirtschaftlichen Effektivität. Das erfordert bereits bei der Projektierung die Durchsetzung einer hohen Materialökonomie und die Beachtung des untrennbaren Zusammenhangs zwischen Investition und künftiger Instandhaltung, denn gerade Reparaturen und Instandhaltungen erfordern einen hohen Arbeitskräftebedarf. Damit werden der Volkswirtschaft wertvolle Arbeitskräfte für die erweiterte Reproduktion entzogen und gleichzeitig entstehen den Betrieben hohe Selbstkosten. Damit verringert sich der mögliche Zuwachs an Nationaleinkommen. Die Reparaturaufwendungen betrugen 1969 in unserer Volkswirtschaft rund 19 Milliarden Mark, davon etwa 13 Milliarden Mark für Reparaturen an Grundfonds im produzierenden Bereich. (23)

Während in der Bauindustrie für Investitionen mit einer durchschnittlichen Arbeitsproduktivität von 60 000 Mark je Arbeitskraft gerechnet wird, beträgt diese bei Instandhaltungen nur etwa 19 000 Mark, da für die Instandhaltungen industriemäßige Methoden immer nur teilweise möglich sein werden. (24) Das instandhaltungsgerechte Bauen erfordert gegen-

über dem nichtinstandhaltungsgerechten Bauen bei der Realisierung des Bauwerks einen relativ höheren einmaligen Aufwand, der jedoch durch die Einsparungen bei der Instandhaltung kompensiert wird.

Was verstehen wir unter instandhaltungsgerechtem Bauen?

- Leichte Zugänglichkeit zu den Bauwerksteilen und technologischen Ausrüstungen,
- Einsatz von beanspruchungsgerechten Bauwerksteilen, um Schäden zu vermeiden (z. B. Schutzmaßnahmen in staubintensiven Betrieben).
- Einfache Wartung bzw. ganz wartungsfreie Bauwerke.
- Instandhaltungsarme Bauwerksteile (insbesondere Korrosionsschutz)

Bedingung ist die Erreichung einer hohen Ökonomie, das heißt, die Aufwendungen für Wartung, Reparaturen und Teilersatz je Bauwerk müssen kleiner sein als bei nichtinstandhaltungsgerechtem Bauen.

Es ist anzustreben, daß die physische Verschleißdauer der wichtigsten Baugruppen von Maschinen und Anlagen weitestgehend übereinstimmt, und es sind einheitliche Reparaturzyklen vorzusehen.

Die „Grundsätze für die Planung und Leitung des Prozesses der Reproduktion der Grundfonds" verpflichten die Projektanten, dem Investitionsauftraggeber die rationellsten Lösungen vorzuschlagen, die bei kurzer Bauzeit einen hohen volkswirtschaftlichen und betrieblichen Nutzeffekt ermöglichen. Dabei ist die Erreichung einer hohen Materialökonomie und einer wirtschaftlichen Energieanwendung von besonderer Bedeutung. Warum sind diese Forderungen überhaupt gesetzlich fixiert worden? Doch deshalb, weil die Praxis viel zu viele negative Beispiele aufweist. So zeichnet sich bei verschiedenen Bauwerksteilen in den von den Bau- und Montagekombinaten angebotenen Varianten ein ständig steigender Aufwand gegenüber bisherigen Lösungen ab. (25)

Hier sind also Ansatzpunkte für die Festlegung von Forschungsthemen mit fester Zielstellung, wobei stets das Verhältnis Gebrauchswert zu Preis gesehen werden muß. (26)

Auf der Grundlage der vom Investitionsauftraggeber vorgegebenen bestimmenden technisch-ökonomischen Parameter sind von den Projektanten die Studien zur Investitionsvorentscheidung (einschließlich Varianten) unter Anwendung der vorhandenen Normative zur bautechnischen Lösung auszuarbeiten.

In der bautechnischen und technologischen Grundkonzeption, die Bestandteil der Dokumentation zur Vorbereitung der Grundsatzentscheidung sind, ist der Nachweis der Notwendigkeit der vorgesehenen Flächen, Geschoßhöhen, Kubatur und der vollen Auslastung der Anlagen nach Inbetriebnahme zu führen. (27)

Das verbindliche Preisangebot ist entsprechend den Grundsätzen ein Bestandteil der Dokumentation zur Vorbereitung der Grundsatzentscheidung. Das setzt natürlich voraus, daß die technologischen Konzeptionen soweit ausgereift sind, daß der Hauptauftragnehmer Bau seine eigene Technologie rechtzeitig bestimmen kann. Weiterhin müssen aussagekräftige Zeichnungen, Erläuterungen, Netzwerke usw. vorhanden sein. Preise für Leistungskomplexe nach Grobmengen (Komplexpreise), die den Aufwand von Preisermittlungen wesentlich reduzieren, werden zwar bei Preisvorschlägen in größerem Umfange, jedoch bei verbindlichen Preisangeboten nur sehr begrenzt angewandt.

Höhere Preisarten als Komplex- oder Teilfestpreise, wie

- Preise für Gebrauchswerteinheiten
- Preise für Bauten bei Anwendung von Typen- und Wiederverwendungsprojekten
- Preise für Bauwerksteile

sind, bis auf die Ausnahmen im Wohnungsbau, im seltensten Fall Grundlage von verbindlichen Preisangeboten.

Diese Tatsache trägt zwangsläufig dazu bei, daß der Abschluß von Wirtschaftsverträgen sehr häufig zu einem Zeitpunkt erfolgt, der hinter dem Anlauf der Realisierung der Baumaßnahmen, öfter in der Mitte und sogar am Ende der Bauausführung liegt, weil die Baukombinate für die Aufstellung der verbindlichen Preisangebotes betont „Teilfestpreise" als Basis nehmen.

Diese setzen projektreife Unterlagen voraus.

Zur Vermeidung von überhöhten Baukosten im L I- und L II-Bereich ist der Bauablaufplan (Netzwerk) eindeutig festzulegen. Die darin ausgewiesenen Pflichten der Auftraggeber und Auftragnehmer lassen dann eine Minimierung des Aufwandes in diesen Bereichen zu.

Zur Durchsetzung der einheitlichen Anwendung von Begriffen (z. B. Bauabgabepreis, Baupreis, Grund- und Gesamtinvestitionen) ist es notwendig, daß das eingeführte Formblatt BW 101 Bestandteil des verbindlichen Preisangebotes (bzw. Preisvorschlages) ist. Das gewährleistet nicht nur einen eindeutigen und übersichtlichen Ausweis des Investitionsaufwandes, sondern ist auch eine wesentliche Voraussetzung zur Verbesserung der Normativarbeit und zum Vergleich der Vorgaben.

Bedeutung und Normative und der Begutachtung während der Vorbereitung von Investitionen

Normative

In den Grundsätzen ist festgelegt, schrittweise die Voraussetzungen zu schaffen, daß die Erarbeitung der Vorbereitungsunterlagen und der Projekte auf der Grundlage eines am wissenschaftlich-technischen Höchststand orientierten Normativsystems für materielle und finanzielle Aufwendungen für Investitionen erfolgen kann. Die Normative müssen, von den realen Bedingungen der Deutschen Demokratischen Republik ausgehend, Spitzenwerte sein. Sie sind verbindlich anzuwenden. Die Normative sind vorrangig für solche Objekte oder Vorhaben auszuarbeiten, die einen hohen Grad der Wiederholbarkeit haben (z. B. spezifischer Investitionsaufwand je Kapazitäts- oder Leistungseinheit, Bauzeitnormative, Ausstattung je Arbeitsplatz bzw. Forschungsplatz).

Ziel der Ausarbeitung und umfassenden Anwendung des Normativsystems ist die Senkung des spezifischen Investitionsaufwandes und Erhöhung der volkswirtschaftlichen Effektivität. Die verbindlichen Normative müssen progressiven Charakter tragen. Das setzt eine ständige Analyse des wissenschaftlich-technischen Höchststandes und progressiver Lösungen voraus.

Durch die Ausarbeitung und Zugrundelegung der verbindlichen Preisangebote sowie durch Normierung des zulässigen Aufwandes für Bauten, Ausrüstungen und Anlagen sind die Bedingungen für eine höhere Effektivität der Investitionsdurchführung zu schaffen. (28) Bei der Vorbereitung von Investitionen sind die vorhandenen Aufwandsnormative für den einmaligen Aufwand zugrunde zu legen. Jeder Aufwand, der zur Erreichung der Gebrauchswerteigenschaften nicht unbedingt erforderlich ist, ist zu vermeiden. Die volkswirtschaftliche Forderung, mit minimalem Aufwand einen hohen volkswirtschaftlichen Nutzeffekt zu erreichen, muß in der gesamten Vorbereitungsphase im Vordergrund stehen. Aber abgesehen von den zu erarbeitenden Aufwandsnormativen gab es bereits Richtwerte und Kennzahlen insbesondere für gesellschaftliche Einrichtungen, die einigen Investitionsauftraggebern und Projektanten entweder überhaupt nicht bekannt waren oder von ihnen nicht beachtet wurden. Als Beispiel soll die Vorbereitung eines Wohnkomplexes mit 3038 WE in der Stadt Potsdam genannt werden.

Im Jahre 1965 (1969 überarbeitet) wurden von der Staatlichen Plankommission Richtwerte für die Schaffung von Wohnkomplexen herausgegeben (veröffentlicht als „Arbeitsmaterial zur Planung und Vorbereitung von Vorhaben des komplexen Wohnungsbaues"), die bei der Vorbereitung des genannten Wohnkomplexes überhaupt nicht beachtet wurden.

Diese Richtwerte orientierten auf eine durchschnittliche Wohnungsgröße von 50 m²/WE und eine Bebauung mit 70 Prozent Wohngebäuden bis zu 5 Geschossen und maximal 30 Prozent Hochhäuser.

Die Lösung sah jedoch nur Hochhäuser mit einer durchschnittlichen Wohnungsgröße von 68,7 m² (Überschreitung des Richtwertes um rund 38 Prozent) vor. Auf Grund des ungünstigen Baugrundes traten für den Wohnungsbau (für Geländeauffüllung, Bohrpfahlgründungen usw.) bis zu 18 Prozent Mehrkosten auf. Aus den genannten Gründen und wegen Überziehung der Richtwerte für Gemeinschaftseinrichtungen wurden in der Grobkostenermittlung des Wohnungsbaukombinats Kosten in Höhe von 112 000 Mark je Wohnungseinheit (= 136 Prozent über den Richtwert) ausgewiesen. Die Vorbereitung dieses Wohnkomplexes mußte eingestellt werden und eine neue Konzeption erarbeitet werden.

Die Grundsätze legen nunmehr fest, daß die Ministerien und anderen zentralen staatlichen Organe die verbindliche Anwendung der Investitionsaufwandsnormative sichern müssen. (29)

Begutachtung

Durch die Begutachtung soll aktiver Einfluß auf die Qualität der auszuarbeitenden Vorbereitungsunterlagen einer Investition genommen werden. Entsprechend der „Anordnung über die Begutachtung von Maßnahmen der Reproduktion der Grundfonds" (30) sind die Gutachter verpflichtet, alle Maßnahmen vorzuschlagen, die zu einer volkswirtschaftlich effektiven Lösung der Investitionsaufgaben unter Ausschaltung aller betriebs-, gebiets- und zweigegoistischen Tendenzen führen können.

Durch die Begutachtung müssen die Grundsätze der wissenschaftlichen Vorbereitung von Investitionen systematisch durchgesetzt werden.

Entsprechend den Grundsätzen ist die Dokumentation zur Grundsatzentscheidung zum Gegenstand der Begutachtung zu machen. Nach der neuen Anordnung ist es jedoch auch notwendig, die Studien und Varianten zu begutachten, da mit der Investitionsvorentscheidung bereits die wesentlichen ökonomischen Kennzahlen festgelegt werden und die Dokumentation zur Grundsatzentscheidung eine Präzisierung und Konkretisierung der Investitionsvorentscheidung darstellt.

Die Gutachterstelle des Ministeriums für Bauwesen begutachtet insbesondere solche volkswirtschaftlich bedeutenden Investitionsvorhaben, deren Vorbereitung und Durchführung der Kontrolle des Ministeriums für Bauwesen unterliegen, sowie Angebotsprojekte der Bauindustrie. Außerdem werden die Mitarbeiter der Gutachterstelle in Expertengruppen für die bautechnische Begutachtung von Investitionsvorhaben tätig, die der Kontrolle des Ministerrates unterliegen.

In Zusammenarbeit mit der Begutachtung erfolgt die Überprüfung verbindlicher Preisangebote. Gleichzeitig besitzt die Gutachterstelle entsprechend der Verfügung des Ministeriums für Bauwesen vom 24. August 1970 (31) das Recht und die Pflicht operative Preiskontrollen in den zentralgeleiteten volkseigenen Kombinaten der Bauindustrie durchzuführen. Das Ziel dieser Preiskontrolle besteht darin, bei richtiger Anwendung der bestehenden Preisanordnung eine Übereinstimmung der Bauabgabepreise mit den tatsächlich erforderlichen Bauleistungen zu erzielen.

Daß oft große Sicherheiten vorgesehen und nicht immer der strengste Maßstab an die Höhe des einmaligen Aufwands im Verhältnis des zu erreichenden Gebrauchswertes gelegt wird, sei an zwei Beispielen dargestellt.

Für ein sehr umfangreiches Investitionsvorhaben in Karl-Marx-Stadt wurde zu Beginn der Vorbereitung anhand von Aufwandskennzahlen ein Investitionsaufwand von 46 Millionen Mark vorgesehen. Bei der Preisüberprüfung des ersten Preisangebotes des Generalauftragnehmers in Höhe von 64 Millionen Mark,

daß zu 85 Prozent aus vorläufigen und zu 15 Prozent aus endgültigen Preisen bestand, erfolgte eine Reduzierung auf 49 Millionen Mark. (Gegenüber der Vorgabe bedeutet dies eine zulässige Toleranz von 6,5 Prozent). Das derzeitige Preisangebot des Generalauftragnehmers liegt zwar darüber. Dennoch kann geschlußfolgert werden, daß durch die ständige Einflußnahme der Gutachterstelle bei der Überarbeitung des Preisangebotes weitere wesentliche Senkungen des Investitionsaufwandes bei Beibehaltung der Bauleistungen zu erwarten sind und sich der endgültige Preis dem von der Gutachterstelle vorgegebenen Orientierungswert nähert.

Als weiteres Beispiel in diesem Zusammenhang sei ein Investitionsvorhaben in Ribnitz-Damgarten genannt. In der Vorbereitungsphase wurde vom verantwortlichen Hauptauftragnehmer Bau ein Höchstpreisangebot in Höhe von 62,4 Millionen Mark unterbreitet. Die Preisüberprüfung durch die Gutachterstelle ergab, daß überhöhte Teilpreise zugrunde gelegt wurden. Durch operative Tätigkeit der Gutachterstelle und gegebene Hinweise wurde nunmehr in der Projektphase ein Preisangebot in Höhe von 52 Millionen Mark vom Hauptauftragnehmer Bau vorgelegt.

In den Grundsätzen wird die Übernahme eines vertretbaren Risikos durch die Projektanten und analog von den General- und Hauptauftragnehmern im Interesse der Erreichung einer hohen volkswirtschaftlichen Effektivität gefordert.

Bei den Kombinaten und Kombinatsbetrieben ist entsprechend den Rechtsvorschriften ein Risikofonds und aus dem Nettogewinn ein Reservefonds zu bilden, der für die Finanzierung von Maßnahmen, insbesondere zur Durchsetzung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse, vorzusehen ist. (32)

Während der Begutachtung der Vorbereitungsunterlagen stoßen wir bei vielen Investitionsvorhaben darauf, daß vom Projektanten ein Erdmassentransport im Baugelände mit einem hohen Kostenaufwand vorgesehen wird, der keineswegs anerkannt werden kann. Überprüfungen innerhalb der Begutachtung ergaben, daß ein Abtransport der Bodenmassen bis zu 20 km im Leistungsverzeichnis vorgesehen wurde, obwohl nur ein Transport bis zu 5 km oder weniger entsprechend den territorialen Bedingungen erforderlich war, da diese Bodenmassen im Industriegelände zur Füllung benötigt werden.

Schon bei der Höhenfestlegung des Werkplanums sollte man möglichst Massenausgleich anstreben. Damit können die Investitionsaufwendungen um ein beträchtliches gesenkt werden.

Bereits in den Investitionsgrundsätzen von 1967 wurde die Forderung erhoben, die Investitionen so vorzubereiten und durchzuführen, daß schnell ein maximaler Beitrag zum Nationaleinkommen erreicht wird. Die Begutachtung der Vorbereitungsunterlagen von Investitionen, die heute als Studien und Varianten zur Investitionsvorentscheidung oder als Dokumentation zur Vorbereitung der Grundsatzentscheidung erarbeitet werden, erstreckt sich auf alle Gebiete, die zur Verwirklichung dieser volkswirtschaftlichen Zielstellung beitragen.

Der Grundsatz bei der gesamten Investitionsvorbereitung muß sein:

Soviel wie nötig und nicht soviel wie möglich, denn die Gesellschaft kann nur verbrauchen, was erwirtschaftet ist.

Oft werden von den Projektanten in den Studien Leistungen und Bauausführungen mit einem hohen Investitionsaufwand vorgeschlagen, die entsprechend der vorgesehenen Nutzung dieser Gebäude keinesfalls gerechtfertigt sind.

Anfang dieses Jahres wurde von der Gutachterstelle ein Investitionsvorhaben in Magdeburg begutachtet.

Die Studie weist gegenüber einem anderen ähnlichen Objekt, das nach Ansicht der Gutachterstelle noch günstiger gestaltet werden konnte, einen zu hohen Investitionsaufwand aus.

Die Überhöhung liegt in folgenden Fakten begründet:

- dreifache Einschnürung des Turmes und dadurch notwendige dreifache Tragwerkseinheiten aus Stahlbeton zur Aufhängung von je 8 Etagendecken mit Vorhangfassade in Stahlkonstruktion.
- Die Gründung für das Gebäude wurde mit rund 250 Großbohrpfählen konzipiert. Die Pfahlanzahl verteilt sich auf die gesamte bebaute Fläche des Hochkörpers. Die Übertragung aller Lasten erfolgt vom Bauwerkskern mit Hilfe einer biegesteifen Kragarmplatte auf die Pfähle und durch diese auf den Baugrund.
- Die Wahl einer Großbohrpfahlgründung auch für den Flachbau wird in der Studie mit der ungleichartigen Bodenzusammensetzung (Schichtenfolge) begründet, um damit vertikale Setzungen auszuschließen.
- Unterbringung von 610 Kraftfahrzeugen in 3 unterirdischen Garagenetagen mit erforderlichen lufttechnischen Anlagen unter den zu errichtenden Hochbauten.

Von der Gutachterstelle wurde vorgeschlagen:

- die Hängekonstruktion mit Vorhangfassade durch einen äußeren Gleitkernmantel mit gleichzeitig zu versetzenden Fassadenelementen zu ersetzen und die Decken in Stahlbeton auszuführen;
- für die Reduzierung des Gründungsaufwandes eine konstruktive Variante auszuarbeiten, die unter Einbeziehung der Außenwand als Tragkonstruktion eine gleichmäßige Verteilung der Kräfte auf die bebaute Fläche des Hochkörpers erzielt;
- für den Flachkörperbereich eine solche Konstruktion zu wählen, die infolge ihrer Setzungsunempfindlichkeit eine Flachgründung zuläßt;
- die Garagen in einer oberirdischen Parkgarage in zumutbarer Entfernung unterzubringen unter Reduzierung der Anzahl der PKW und Beschränkung auf die betrieblichen PKW.

Bei Verwirklichung dieser Vorschläge der Gutachterstelle wäre eine Reduzierung des in der Studie ausgewiesenen Baupreises um 22 Prozent möglich. Bei einer Stadtzentrumsbebauung mit zwei- oder dreihüftigen Gebäuden (6 bis 10 Geschosse), wie sie in Berlin errichtet wurden, und unter Zugrundelegung des Normativs für Büro- und Verwaltungsbauten des Ministeriums für Bauwesen vom August 1970 wäre der Baupreis der Studie um 62,5 Prozent zu senken. Wird jedoch aus städtebaulichen Gründen trotzdem eine Hochhausbebauung gewählt, so sind die dadurch bedingten Mehraufwendungen von dem örtlichen Rat aus eigenen Mitteln zu finanzieren. (33)

Weiter soll in diesem Zusammenhang auf die von vielen Projektanten vorgesehene umfangreiche Begrünung hingewiesen werden, deren Pflege besonders in Anbetracht des hohen Arbeitskräftebedarfs vom Investitionsauftraggeber nach Inbetriebnahme des Vorhabens gar nicht garantiert werden kann. Als Beispiel sei hier ein Lagerhallenkomplex in Berlin angeführt, wo vom Projektanten 8,9 ha, das heißt, rund 32 Prozent der Gesamtfläche für eine Begrünung vorgesehen waren.

Nach Erfahrungswerten aus der Begutachtung sind im Industriebau als Richtwerte in der Flächennutzung anzustreben:

55 Prozent bebaute Grundfläche
15 Prozent Straßen und Plätze
25 Prozent Grünanlagen und Wege
5 Prozent Reserveflächen.

Die Effektivität der volkswirtschaftlichen Entwicklung wird entscheidend von der Verbesserung der Leitung und Planung des Prozesses der Reproduktion der Grundfonds beeinflußt. Zur Erhöhung des Nutzeffekts der Investitionen ist es unabdingbare Voraussetzung, daß die in den gesetzlichen Regelungen verankerten Forderungen in der Praxis nunmehr auch tatsächlich erfüllt werden. Und dazu müssen wir alle auf unserem Arbeitsgebiet beitragen.

Literatur:

(1) Beschluß über die Planung und Leitung des Prozesses der Reproduktion der Grundfonds – GBl. II/Nr. 1/1971 – Seite 1
(2) ebenda, Seite 5
(3) Finanzierungsrichtlinie für 1971 – GBl. II/Nr. 5/1971 – Seite 45
(4) Dr. K. Fichtner, „Für höhere Effektivität der vorhandenen und der neu zu schaffenden Grundfonds". In: „Die Wirtschaft", Nr. 3/1971 – Seite 3
(5) „Höhere Effektivität der Grundfonds in der Bauindustrie". In: „Die Wirtschaft" Nr. 9/1971 – Seite 2
(6) Dr. R. Scherwenk, „Konzentration der Kräfte und Mittel auf die Erreichung von Pionier- und Spitzenleistungen". In: „Die Wirtschaft" Nr. 45/1970 – Seite 11
(7) Direktive des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1971 bis 1975. In: „Neues Deutschland" vom 23. 6. 1971 – Seite 5
(8) Veröffentlicht als Beilage der Zeitschrift „Die Wirtschaft" Nr. 4/1971
(9) GBl. II/Nr. 1/1971 – Seite 14
(10) Zahlenangaben entnommen „Wenn das Thermometer fällt", Minister Siebold in „Die Wochenpost" Nr. 5/1971 – Seite 4
(11) Dr. J. Tesch „Der Übergang zum fondsbezogenen Baupreis – ein entscheidender Schritt zur Verwirklichung des ökonomischen Systems des Sozialismus". In: „Die Wirtschaft" Nr. 34/1970 – Seite 3
(12) Richtlinie zur Anwendung der Netzplantechnik bei der Vorbereitung und Durchführung von Investitionen – GBl. III/Nr. 8/1968 – Seite 25
(13) GBl. II/Nr. 1/1971 – Seite 6
(14) ebenda, Seite 4
(15) vgl. Fußnote (6)
(16) Beschluß über die Durchführung des ökonomischen Systems des Sozialismus im Jahre 1971 – GBl. II/Nr. 100/1970 – Seite 740
(17) ebenda, Seite 736
(18) GBl. II/Nr. 1/1971 – Seite 7
(19) ebenda, Seite 8
(20) ebenda, Seite 11
(21) Direktive zur praxiswirksamen Durchsetzung und weiteren Entwicklung des Einheitssystems Bau in den Jahren 1971/72
(22) Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen Nr. 6/1971 – Seite 17
(23) „Wert der Grundfonds je Arbeitsplatz jetzt 125 000 Mark". In: „Die Wirtschaft" Nr. 19/1971 – Seite 6
(24) vgl. Dr. H.-U. Gramsch, „Erst instandhaltungsgerecht ist voll effektiv". In: „Die Wirtschaft" Nr. 47/1970 – Seite 10
(25) Ausführungen zu den Bauwerksteilen Fassaden, untergehängte Decken und nichttragende Zwischenwände sollen in einem anderen Artikel behandelt werden.
(26) Anordnung über die Anwendung der Gebrauchswert-Kosten-Analyse – GBl. II/Nr. 35/1971 – Seite 285
(27) GBl. II/Nr. 1/1971 – Seite 7
(28) GBl. II/Nr. 100/1970 – Seite 736
(29) Über den Stand der Ausarbeitung und Anwendung von Normativen im Bauwesen orientiert ein demnächst erscheinender Artikel
(30) Anordnung über die Begutachtung von Vorbereitungsunterlagen für Maßnahmen der Reproduktion der Grundfonds – GBl. II/65/1971 – S. 565
(31) Veröffentlicht in: Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen Nr. 9/10–1970
(32) GBl. II/Nr. 6/1971 – Seite 41
(33) Richtlinie über Maßnahmen zur Durchsetzung einer straffen Ordnung auf dem Gebiet der Investitionen der zentralen und örtlichen Staatsorgane – GBl. II/Nr. 5/1971 – Seite 38



1 Modellfoto der Gesamtkonzeption für den nordwestlichen Teil von Rostock

Die weitere Entwicklung des Wohnungsbaues in der Stadt Rostock

Dr.-Ing. Wolfgang Urbanski
Chefarchitekt der Stadt Rostock

Ausgehend von der Direktive zum Volkswirtschaftsplan für den Zeitraum von 1971 bis 1975 ist der Stadt Rostock die Aufgabe gestellt, rund 14 000 Wohnungen zu bauen.

Es besteht die Zielstellung, im Zusammenhang mit den strukturpolitischen Maßnahmen funktionstüchtige Wohngebiete mit einer hohen städtebaulichen und architektonischen Aussagekraft zu gestalten, die Bestandteil der weiteren sozialistischen Umgestaltung unserer Stadt sind und mit hoher Effektivität geplant und gebaut werden müssen.

Entsprechend den Erfordernissen der für die Stadt typischen Arbeitsstätten wird sich der komplexe Wohnungsbau im Fünfjahrplanzeitraum, ausgehend vom historischen Stadtkern, in nordwestlicher Richtung entlang der Warnow zur Ostsee hin entwikkeln. Der Stadtbezirk Lütten Klein stellt eine konsequente Fortsetzung dieser Stadtentwicklung dar, er erweitert die Stadt in nordwestlicher Richtung und verbindet sie mit dem Stadtteil Warnemünde.

Bei der Neubearbeitung des Wohngebietes Lütten Klein-Süd hatte der unter meiner Leitung gebildete Baustab Lütten Klein die Aufgabe, die weitere Entwicklung der Stadt auf der Grundlage der profilbestimmenden städtebaulichen Faktoren einzuschätzen und davon ausgehend die städtebauliche Planung sowie die architektonische Gestaltung der Wohn- und Gesellschaftsbauten neu zu konzipieren. Dabei wurde nachgewiesen, daß der Standort Lütten Klein erheblich weniger mittelbare Folgeinvestitionen als alle anderen möglichen Standorte im Raum Rostock erfordert (siehe auch „deutsche architektur" Heft 11 1969 „Neue Bebauungskonzeption für das Wohngebiet Rostock-Lütten Klein" und Heft 9/1967 „Planung und Aufbau des Wohngebietes Rostock-Lütten Klein"), und günstig zu so wichtigen Arbeitsstätten der Stadt wie Warnow-Werft, Fischkombinat, Überseehafen und Industriekomplex Marienehe liegt.

Der Stadtbezirk wird in erster Linie für die Werktätigen der sich schnell entwickelnden Hauptwirtschaftszweige errichtet, als städtebaulich-architektonische Einheit betrachtet und unter diesen Gesichtspunkten komplex geplant. Er ist mit einer Gesamtfläche von etwa 400 ha das größte geschlossene Neubaugebiet der Stadt Rostock und bietet die Möglichkeit der Ansiedlung von etwa 130 000 Menschen.

Er untergliedert sich in die Wohngebiete Lütten Klein-Süd (rund 37 000 Einwohner), Evershagen (rund 28 500 Einwohner) und Lichtenhagen (rund 21 500 Einwohner) westlich der Stadtautobahn Schnellbahntrasse und in die Wohngebiete Schmarl und Groß Klein, die östlich davon liegen. Vom Büro für Stadtplanung beim Rat der Stadt Rostock wurden Variantenuntersuchungen über Größe und zeitliche Einordnung dieser Wohngebiete unter den Bedingungen eines hohen Anteils von mehrgeschossigem Wohnungsbau (etwa 85 Prozent) untersucht. Bereits am Anfang dieses Jahres wurden diese Arbeitsergebnisse für die Beratung aufbereitet der Arbeitsgruppe Städtebau und Architektur, die von Genossen Harry Tisch, Kandidat des Politbüros und 1. Sekretär der Bezirksleitung Rostock der SED, geleitet wird, vorgetragen. Auf Grund dieser Untersuchungen wurde die bauliche Reihenfolge Evershagen, Lichtenhagen, Schmarl und Groß Klein als ökonomischste Variante ermittelt. Dabei ergibt sich folgender Grobablauf im 5geschossigen Wohnungsbau:

Evershagen	1971 bis 1974
Lichtenhagen	1974 bis 1976
Schmarl Groß Klein	1976 bis 1979

Daraus folgt, daß der Wohnungsbau ab 1979 in den Gebieten, die nördlich beziehungsweise östlich der Warnow liegen, also Gehlsdorf, Dierkow und Toitenwinkel, weitergeführt werden muß. Das bedeutet wiederum, bereits ab 1975 die Grunderschließung in diesen Gebieten vorzubereiten und zu bauen.

Wohngebiet Rostock-Evershagen

Ein Arbeitsbericht

Dipl.-Ing. Peter Baumbach
Hauptarchitekt im Wohnungsbaukombinat Rostock

Dr.-Ing. Rudolf Lasch
Stellvertretender Chefarchitekt im
Büro für Stadtplanung Rostock

Nach Fertigstellung des 5geschossigen Wohnungsbaues in Lütten Klein wurde 1971 im Anschluß an dieses Gebiet im Stadtteil Evershagen mit den Hochbaumaßnahmen begonnen.

Die erste Wohngruppe sowie einige gesellschaftliche Einrichtungen sind fertiggestellt. Damit ist es an der Zeit, um nach einigen Jahren der Planungs- und Projektierungstätigkeit sowie nach einem Jahr Bautätigkeit über den Stand der Arbeiten zu berichten.

Entsprechend der Direktive zum Volkswirtschaftsplan 1971 bis 1975 machten sich einige wesentliche Korrekturen zu der im Jahre 1968 bestätigten Planung notwendig. So enthält die Direktive als ein wesentliches Kernstück die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen. Daraus ergibt sich auch eine Steigerung des Wohnungsbaues in der Stadt Rostock. Um diese Zielstellung zu verwirklichen und mit den vorhandenen Mitteln und Kapazitäten der Bevölkerung mehr Wohnungen zur Verfügung zu stellen, war es notwendig, die Parameter der alten städtebaulichen und architektonischen Konzeption noch einmal zu überprüfen und auf einige nicht realisierbare Planungsgrößen zu verzichten.

Das war nur möglich, indem der Anteil des 5geschossigen Wohnungsbaues erhöht und der relativ hohe Anteil an vielgeschossiger Bebauung gesenkt wurde.

Daraus ergaben sich zwei wesentliche Forderungen für die Überarbeitung des Bebauungsplanes:

- Senkung des Aufwandsnormativs
- Erhöhung des 5geschossigen Anteils der Wohnungen

Eine dritte Forderung, die auf dem VIII. Parteitag mehrfach unterstrichen wurde, die Wohngebiete mit gesellschaftlichen Grundversorgungseinrichtungen besser und schneller auszustatten, floß in die Überlegungen zur Netzkonzeption des Gesellschaftsbaues mit ein.

Die Überarbeitung der städtebaulichen Konzeption für Evershagen entstand in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit der Entwurfskollektive Baumbach vom Wohnungsbaukombinat und Dr. Lasch vom Büro für Stadtplanung Rostock sowie in enger Zusammenarbeit mit dem Hauptauftraggeber beim Rat der Stadt Rostock.

Bei dem gegenwärtigen Stand der Ausführung – die Taktstraßen im 5geschossigen Wohnungsbau laufen auf vollen Touren – und dem Stand der Vorbereitung war das eine komplizierte Aufgabe. Eine solche Maßnahme ist nur unter den oben genannten Gesichtspunkten zu vertreten.

Die Untersuchung für eine rationellere, effektivere und städtebaulich günstigere Lösung wurde in mehreren Varianten geführt. Den Vorzug erhielt die hier vorgestellte Variante.

Die wesentlichsten Forderungen sind:

- Reduzierung des 12geschossigen Hochhausanteiles

ARBEITSSTÄTTEN
LICHTENHAGEN
80 ha
20 000 EW
GROSS-KLEIN
80 ha
20 000 EW
LÜTTEN-KLEIN
122,9 ha
36 000 EW
10 ha
4000 EW
20 ha
8000 EW
SCHMARL
50 ha
12 000 EW
EVERSHAGEN
95,7 ha
29 500 EW
WOHNUNGSBAU 5-GESCH. BIS 1975
WOHNUNGSBAU 5-GESCH. NACH 1975
WOHNUNGSBAU VIELGESCH. NACH 1975
ZENTRALER SPORTBEREICH
NICHT TRAGFÄHIGE ORGANISCHE BÖDEN

2

3



2 Schematischer Plan der Flächengliederung im Raum Rostock-Lütten Klein (Stand 26. 6. 1971)

3 Ecklösung in Evershagen

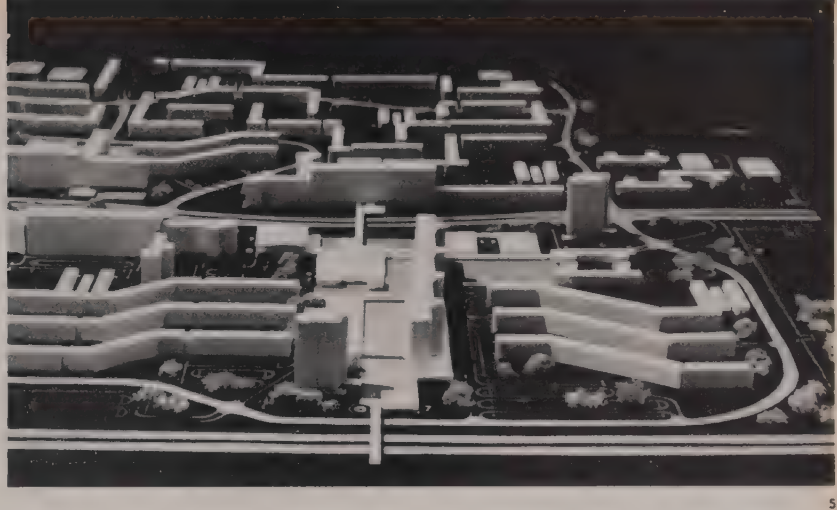
4 Baustelle Evershagen

5 Modell des Wohngebietes Evershagen

6 Bebauungsplan Rostock-Evershagen (Stand 21. 6. 1971)
Verfasser: Kollektiv WBK und Büro für Stadtplanung Rostock
Architekten: P. Baumbach, Dr. Lasch, Brümmer, Jastram, Sager, Weise, Wittenburg, Holland, U. Baumbach, Thurow
Verkehr: König, Rieck
Tiefbau: Peter, Bürgel, Pommerenke
Grünplanung: Parsche
Ökonomie: Matthus, Lüdemann



4



5

- Reduzierung im 18geschossigen Wohnungsbau von 5 auf 3 Punkthäuser
- Zusätzliche Anordnung von 5geschossigen Wohnungsbauten vorwiegend im 2. Wohnkomplex
- Umverteilung und Reduzierung des Gesellschaftsbaues.

Durch die Überarbeitung wurde erreicht, daß zusätzlich rund 700 Wohnungen in 5-geschossiger Bauweise errichtet werden können und damit eine Zeitreserve für die Vorbereitung des nächsten Wohngebietes (Lichtenhagen) geschaffen wird.

Die Einwohnerdichte konnte im wesentlichen beibehalten werden. Dadurch ist es möglich, die bereits verlegte Grundaufschließung effektiv zu nutzen.

Folgende städtebauliche und wohnungspolitische Kennziffern wurden erreicht:

	alte Planung	neue Planung
Wohnungseinheiten (WE)	7 822	8 035
Einwohner (EW)	26 289	26 235
Einwohner (mit Wohnheimen)	29 589	28 615
EW WE	3,35	3,28
Wohnfläche je EW (m²)	54,0	52,4
ha	95,7	100,0
EW/ha	308	286
Geschossigkeitsverhältnis		
5geschossig	64,7 %	77,7 %
8 bis 12geschossig	35,3 %	22,3 %

Die städtebauliche Gliederung und Gestaltung des Wohngebietes ist eine sinnvolle Weiterentwicklung der bisher gebauten Wohngebiete in der Stadt Rostock und zeigt auch neue Formen in der städtebaulichen Ensemblebildung.

Trotz des veränderten Inhalts der städtebaulichen Konzeption konnte eine nahezu gleichwertige städtebauliche und ästhetische Lösung gefunden werden, wobei das Arbeitskollektiv bestrebt war, die einmal angeschlagene städtebauliche Grundhaltung des Wohngebietes beizubehalten.

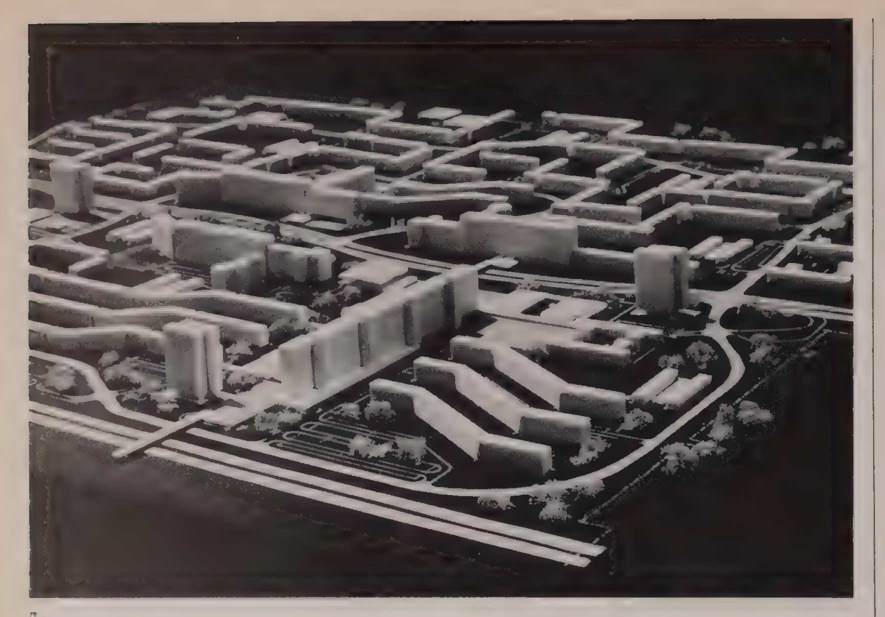
Dominieren wird im 5geschossigen Wohnungsbau die geschlossene Bebauung unter Verwendung auch großer Blocklängen. Aufwendige Ecklösungen wurden durch neue ersetzt und auf ein vertretbares Maß

6

ROSTOCK

EVERSHAGEN

NEBENZENTRUM WEST



7

8



7 Modell des Wohngebietes Evershagen

8|9|10 Bauten der 1. Wohngruppe (Entwicklung der Strukturgiebel: Ute Baumbach)

11 Modell des Wohngebietes Lichtenhagen

12 Bebauungsplan Rostock-Lichtenhagen (Stand 3. 6. 1971)
Verfasser:
Kollektiv Dr.-Ing. W. Urbanski, Chefarchitekt
Abteilungsleiter Dipl.-Ing. W. Sieber
Architekten: Dipl.-Ing. W. Heyn
Dipl.-Ing. E. Flor, Dipl.-Ing. Ch. Weinhold
Ökonomie: Ingenieurök. G. Eick
Grünplanung: Dipl.-Hort. E. Waack
Verkehr: Dipl.-Ing. V. König, Dipl.-Ing. D. Bantin
1 Haltepunkt S-Bahn
2 Wohngebietszentrum
3 Nebenzentren mit Schülergaststätte und Kaufhalle
4 Hauptgrünraum
5 zweizügige POS mit Turnhalle und Sportflächen
6 Holzhaussiedlung Groß Klein
7 Bildungszentrum
8 Bezirksparteischule
9 Stadtautobahn Rostock-Warnemünde
10 Gebiet für nichtstörende Arbeitsstätten



9



10

reduziert. Harmonisch fügen sich die vielgeschossigen Dominanten, die Grünbereiche und gesellschaftlichen Einrichtungen in die Wohnstruktur ein. Zum Netz der gesellschaftlichen Einrichtungen ist erwähnenswert, daß zur Verbesserung der Versorgung der werktätigen Bevölkerung über das Grundnetz hinaus (Hauptzentrum, Nebenzentrum West und Nebenzentrum Süd) Versorgungsstützpunkte in den Erdgeschoßzonen von Ecklösungen, insbesondere für die Sortimente des täglichen Bedarfs (wie Flaschengetränke, Milch, Brötchen und Brot) an einigen Standorten das Netz komplettieren. Die für den Bezirk Rostock geforderte Zahl von 330 PKW-Stellplätzen 1000 EW in der Prognose wird nahezu erbracht.

In Auswertung der Erfahrungen beim Bau von Lütten Klein wird eine Architektur angestrebt, die unter Berücksichtigung der Gesetzmäßigkeiten des industriellen Bauens und unter Berücksichtigung der klimatischen Verhältnisse die Traditionen der Architektur im Küstenbezirk fortsetzt und eine sinnvolle Weiterentwicklung darstellt.

Wohngebiet Rostock-Lichtenhagen

Dr.-Ing. Wolfgang Urbanski
Chefarchitekt der Stadt Rostock

Dipl.-Ing. Walter Sieber
Abteilungsleiter im Büro für Stadtplanung Rostock

Bei der Vorbereitung des Wohngebietes Lichtenhagen wurde an die in Rostock bewährten Methoden der Zusammenarbeit angeknüpft. In enger Verbindung mit den bauausführenden Betrieben und Projektanten wurden sowohl bei der Vorbereitung der sozialistischen Umgestaltung des Stadtzentrums als auch bei der Neukonzipierung des Wohngebietes Lütten Klein-Süd, komplexe Vorbereitungsdokumentationen ausgearbeitet.

Das Wohngebiet Lichtenhagen wird als nächstfolgendes Wohngebiet entsprechend der vorgegebenen Zielstellung bis 1976 errichtet. Die Einhaltung dieser Zielstellung ist nur an diesem Standort gesichert, da hier die Bedingungen der stadttechnischen Primärerschließung am günstigsten sind. Ein Problem ist jedoch der Bau einer 13 km langen Zuführungsleitung (NW 1000), beginnend in Biestow, für die Wasserversorgung des gesamten westlichen Stadtgebietes.

Im Generalbebauungsplan der Stadt Rostock ist das Wohngebiet Lichtenhagen zwischen Lütten Klein-Süd und dem Diedrichshäger Moor ausgewiesen. Es wird begrenzt

- im Osten von der Stadtautobahn Rostock–Warnemünde mit einem Abstand zur Wohnbebauung von rund 100 m,
- im Süden von der vorhandenen Gasleitung in einem Abstand von etwa 200 m nördlich der Bezirksparteischule (der Grünzug im Bereich des Dragungrabens wird berücksichtigt),
- im Westen von der parallel zu den vorhandenen Hauptversorgungsleitungen verlaufenden Leningrader Straße mit den westlich davon vorgesehenen nichtstörenden Arbeitsstätten
- im Norden durch eine bestehende 110 kV-Leitung etwa 200 m nördlich der alten Holzhaussiedlung, die noch über einen längeren Zeitraum in ihrer bisherigen Form erhalten bleiben soll.

Die Ausdehnung des Wohngebietes resultiert aus dem Einzugsradius von 800 m vom Haltepunkt des Massenverkehrsmittels der geplanten S-Bahnstation Groß Klein, so daß kein zusätzlicher Aufwand für Zubringerverkehr auftritt. Die Anbindung des Wohngebietes an den fließenden Verkehr erfolgt durch den kreuzungsfreien Anschluß der Verkehrsstraße Groß Klein/ Warnowwerft nach Elmenhorst mit Anschluß an die L$_1$0 von Warnemünde nach Bad Doberan.

Südwestlich der Kreuzung Stadtautobahn-Verkehrsstraße und im Anschluß an den Fußgängertunnel am S-Bahn-Haltepunkt ergibt sich die Lage für das Wohngebietszentrum. Nördlich von diesem Bereich werden Wohnungen für rund 8500 Einwohner und südlich davon für rund 13 500 Einwohner entstehen. Am nordwestlichen und südlichen Rand dieses Bereiches befinden



11

sich die Schulkomplexe. Zwischen diesen und dem Wohngebietszentrum existieren Fußgängerverbindungen, an denen kleinere Nebenzentren und der größte Teil der Kindereinrichtungen liegen. In dem außerhalb des Einzugsbereiches des Massenverkehrsmittels freigehaltenen Bereich nördlich der Bezirksparteischule werden Flächen für Sportstätten und überörtliche Einrichtungen angeboten, da sie einen großen Anteil von Frei- und Grünflächen benötigen.

Die städtebauliche Bearbeitung und die Bauvorbereitung des Wohngebietes wurde wie folgt durchgeführt:

In einer Sitzung der Architekturkommission am 21. 1. 1971 wurden von vier vorgestellten Varianten zwei als Grundlage für die weitere Bearbeitung empfohlen. Dabei wurden auch solche Forderungen wie die Umbauung und Erhaltung der Holzhaussiedlung, die Anordnung von Arbeitsstätten am Westrand des Wohngebietes, die Anlage von Freiflächen und Gesellschaftsfunktionen zwischen der Wohnbebauung des Neubaugebietes und der Bezirksparteischule fixiert.

Ausgehend von diesen Festlegungen wurde die Bebauungskonzeption des Büros für Stadtplanung in drei Varianten erarbeitet und am 26. 2. 1971 in einer gemeinsamen Sitzung des Rates des Bezirkes und des Rates der Stadt vorgetragen.

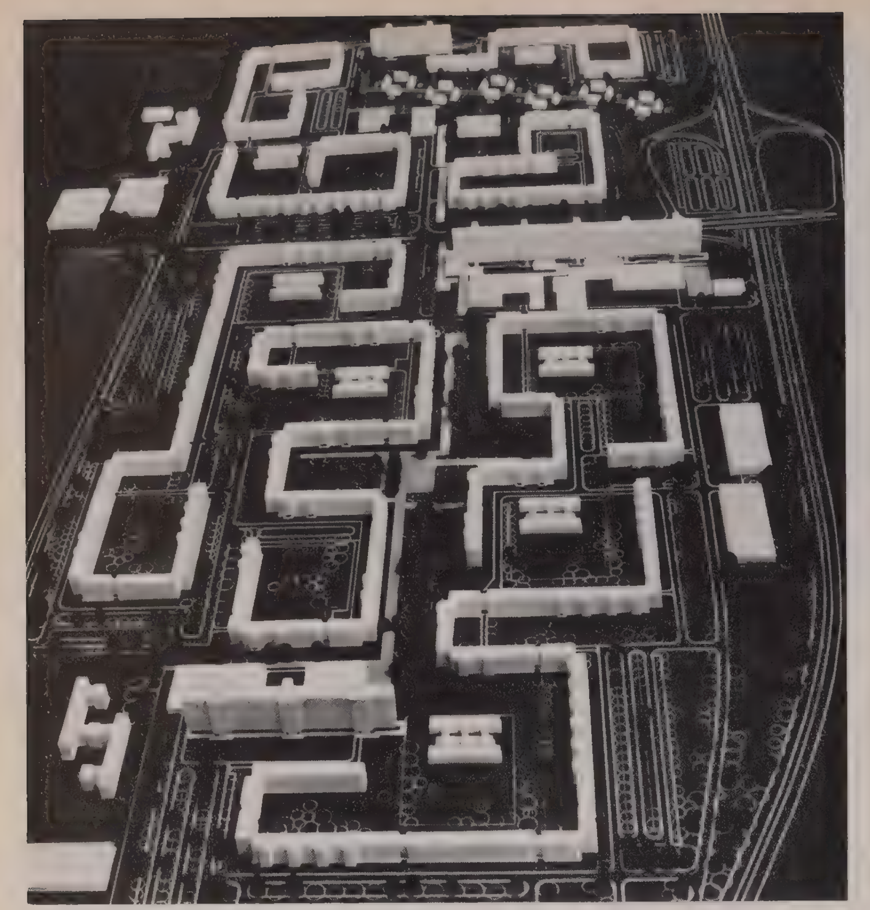
Die Vorzugsvariante wurde als Zielstellung für die weitere Bearbeitung des Wohngebietes Lichtenhagen bestätigt. Das charakteristische dieser Variante ist der Versuch, mit neuen Mitteln in der städtebaulichen Ensemblebildung, vor allem durch großräumige und zusammenhängende Wohneinheiten, eine Differenzierung zwischen Fußgängerachsen und Freiflächen des Wohnbaulandes und eine Abriegelung des Wohngebietes gegen Wind- und Lärmbelästigung optimale Wohnbedingungen zu schaffen und gleichzeitig eine wirtschaftliche Nutzung des Baulandes zu erreichen.

Die Bearbeitung des Lageplanes im Maßstab 1 : 1000 erfolgte auf der Grundlage des weiter rationalisierten Wohnungssortimentes „R", das im Wohnungsbaukombinat Rostock vom Kollektiv Kaufmann, Pastor, Haase, Jastram erarbeitet wurde.

In Vorbereitung der Ratssitzung über den städtebaulichen Teil der Investitionsvorentscheidung für das Wohngebiet Lichten-

12

ROSTOCK-LICHTENHAGEN



13 Modell des Planungsgebietes Rostock-Lichtenhagen

hagen wurde die Vorlage mit gesellschaftlichen Organisationen beraten und mit den Fachabteilungen des Rates der Stadt und den bauausführenden Betrieben, dem VE Wohnungsbaukombinat Rostock und dem VE Tiefbaukombinat Rostock, abgestimmt. Am 15. 4. 1971 wurde der städtebauliche Teil der Investitionsvorentscheidung mit den Kennziffern des Wohnungsbaues und der gesellschaftlichen Einrichtungen bestätigt und festgelegt, über den vorliegenden Bebauungsplanvorschlag eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit durchzuführen.

Am 6. 9. 1971 beschäftigte sich der Rat des Bezirkes Rostock mit der Investitionsvorentscheidung und bestätigte sie ebenfalls.

Die städtebauliche Lösung beinhaltet folgende Kennziffern:

Gesamteinwohnerzahl:
21 500 Einwohner und 1000 Heimbewohner
Einwohnerdichte: 275 EW/ha
Gesamtwohnungsanzahl: 6660 WE (ohne Wohnheime)
davon
88,4 Prozent 5geschossiger Wohnungsbau und
11,6 Prozent vielgeschossiger Wohnungsbau (als 12geschossige Wohnscheiben)

Durchschnittliche Wohnfläche je WE: 54 m^2
Durchschnittliche Belegung je WE: 3,12 EW
Ruhender Verkehr: 330 Stellplätze/1000 EW (davon 66,5 Prozent offen)

Seine städtebaulich-architektonische Gliederung erhält das Wohngebiet durch das Wohnbezirkszentrum am Haltepunkt des Massenverkehrsmittels, die Nebenzentren im südlichen und nördlichen Wohnbereich sowie den sie verbindenden Hauptgrünraum. Die städtebauliche Ordnung mit 8 Wohneinheiten ermöglicht eine wirtschaftliche Nutzung des Baulandes und garantiert erstmalig in Rostock die volle Abdeckung der Flächen des ruhenden Verkehrs bei Einhaltung der geforderten Einwohnerdichte, ohne die notwendigen Freiflächen des Wohnungsbaus und der Kindereinrichtungen einzuschränken.

Die Ausstattung des Wohngebietes mit gesellschaftlichen Einrichtungen erfolgte entsprechend dem Beschluß des Rates des Bezirkes auf der Grundlage staatlicher Normative.

Entsprechend den Forderungen der Fachabteilungen Volksbildung und Gesundheitswesen werden zusätzlich 2 Kombinationen Kindergarten/Kinderkrippe und 1 Polytechnische Oberschule eingeplant. Außer den Konzentrationspunkten des Gesellschaftsbaus in den 3 Zentren soll die Versorgung der Bevölkerung von Anfang an durch ein Angebot kleiner Stützpunkte im Hauptgrünraum gewährleistet werden.

Die Standardgrundrißlösung des Wohnungsbaukombinates Rostock (Entwurf: Kollektiv Kaufmann) ermöglicht die Einrichtung von Funktionen in den Ecksektionen der Sockelgeschoßzone wie zum Beispiel Post- und Sparkassenschalter, Biergaststätte, Milchbar und Außerhausverkauf, Bibliothek, Friseur und Kosmetik, Büro- und Versammlungsraum, Mütterberatung und Schwesternstation, Apotheke, Blumenverkauf, Gerätestützpunkt und andere.

Die Thematik der bildkünstlerischen Gestaltung wird aus der Gesamtkonzeption für die Stadt Rostock abgeleitet. Es wird vorgeschlagen, vor allem in den Schwerpunkten der gesellschaftlichen Begegnung, im Hauptgrünraum, im Wohngebietszentrum und in den Nebenzentren die völkerverbindende Funktion der See- und Hafenwirtschaft und der Schiffahrt in bildkünstlerischer Gestaltung zur Darstellung zu bringen.

Sektion der DBA beriet über neue Wohngebiete in Rostock

Die Arbeitsgruppe der Sektion Städtebau und Architektur der Deutschen Bauakademie behandelte in ihrer Sitzung am 2. 9. 1971 unter der Leitung von Chefarchitekt Dipl.-Ing. Näther die Planung neuer Wohngebiete in Rostock und nahm speziell zu den Bauvorhaben Evershagen und Lichtenhagen Stellung. Die Diskussion sowohl anhand des ausgestellten Materials als auch im Zusammenhang mit örtlichen Besichtigungen in Lütten Klein-Süd und Evershagen sowie die zusammenfassende Abschlußberatung ergab eine Reihe von Empfehlungen, die hier sinngemäß wiedergegeben werden sollen und auch für ähnliche Vorhaben in der Republik gelten können.

- Zur Gesamtentwicklung im Raum Rostock Nordwest wurde eingeschätzt, daß sie im Einklang mit der im Generalbebauungsplan konzipierten Entwicklung der Gesamtstadt steht und prinzipiell anerkannt wird.

Bei der Bearbeitung weiterer Wohngebiete in diesem Raum sollte erneut von einer Gesamtkonzeption ausgegangen werden, um die einzelnen Wohnkomplexe der verschiedenen Bauperioden gestalterisch zu einer Einheit zu verbinden.

- Die Bebauungsplanung von Evershagen, deren Realisierung sich bereits in einem fortgeschrittenen Stadium befindet, zeigt, daß durch Veränderung in der städtebaulichen Zielstellung während des Projektierungs- und Bauprozesses Kompromisse entstehen, die nur auf Grund der erreichten neuen ökonomischen Parameter vertretbar sind. Insgesamt ist eine Weiterentwicklung gegenüber Lütten Klein festzustellen, wobei sich die Verwendung einheitlicher Materialien günstig auf den Gesamteindruck auswirkt.

Im Detail sollte einigen Problemen wie der Freiflächengestaltung im Wohngrün der Innenhöfe, der sparsamen Anwendung gestalterischer Mittel und ökonomisch günstigeren Ecklösungen bei der weiteren Arbeit mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden.

- Die Planung von Lichtenhagen kann in Weiterführung dieser Tendenzen als ein gelungenes Beispiel für die Gestaltung von Wohngebieten mit vorwiegend 5geschossiger Bebauung gelten.

Der Anordnung der gesellschaftlichen Einrichtungen in Ecklösungen wird im Prinzip zugestimmt. Die dadurch bedingte starke Dezentralisierung gesellschaftlicher Einrichtungen erscheint aber prüfenswert.

Generell wurde eingeschätzt, daß die Zusammenarbeit der vorbereitenden Institutionen, insbesondere des Büros für Stadtplanung mit dem bauausführenden Kombinat in der Phase der städtebaulichen Konzipierung und auch der Projektierung vorbildlich ist.

Die Bearbeiterkollektive dankten der Arbeitsgruppe für die zur weiteren Qualifizierung der Planung gegebenen Hinweise und Empfehlungen.

Architektenporträt

Wolfgang Urbanski



Wenn sich die Bevölkerung einer Stadt in zwei Jahrzehnten verdoppelt, dann ist das eine Dynamik, die beinahe mit einer Explosion vergleichbar ist. Eine solche Stadt ist das über 750 Jahre alte und doch ganz junge Rostock.

Ein Wachstumsprozeß, zu dem die Stadt ein halbes Jahrtausend brauchte, vollzog sich nun in einem Zeitraffer konzentriert in wenigen Jahren.

Was das für den Chefarchitekten der Stadt, Dr.-Ing. Wolfgang Urbanski, bedeutet, darüber machen sich – wohl verständlicherweise – die wenigsten Gedanken. Das bedeutet aber, daß Bauprogramme, über die Generationen von Stadtbaumeistern nachdenken konnten, heute in Monaten oder Wochen durchdacht und geplant werden müssen. Das bedeutet ganz andere Dimensionen der Vorausschau. Denn heute wird eine Stadt geplant, die sich ständig in hohem Tempo verändert, wo das, was heute richtig erscheint, schon morgen falsch sein kann. Dabei handelt es sich ja nicht einfach um quantitative Veränderungen, sondern um eine Erneuerung der Stadt, um die Schaffung räumlicher Bedingungen für die sozialistische Gesellschaft, die sich selbst weiter entwickelt. Da sind Probleme über Probleme, die die schöne Aufgabe eines Stadtarchitekten fast zur Sisyphusarbeit machen. Wer sieht einem Bebauungsplan schon an, wieviel Energie, Arbeit, Suchen, Ideen, Konflikte, Auseinandersetzungen und auch Ärger darin stecken?

Wolfgang Urbanski, der jetzt 43jährige Chefarchitekt, ist kein Mann, der immer sofort mit Patentrezepten zur Hand ist. Er geht neue Probleme sachlich und mit der notwendigen Nüchternheit, die zu einer wissenschaftlichen Arbeitsweise gehört, an.

Als gelernter Maurer kennt er das alte Wort: „Dreimal abgeschnitten und noch zu kurz". Bei ihm wird dreimal überlegt, ökonomisch gerechnet und geprüft und dann erst entschieden.

Nach seinem Studium an der TH Dresden hat er als Architekt und Städtebauer die Praxis von allen Seiten kennengelernt. Nach Projekten für Wohn- und Gesellschaftsbauten kamen erst städtebauliche Arbeiten im Entwurfsbüro für Stadtplanung in Rostock. 1957 wurde er als Leiter dieses Büros eingesetzt und im gleichen Jahr mit den Aufgaben eines Chefarchitekten der Stadt betraut. 1958 wurde er Stellvertretender Stadtbaudirektor und Leiter der Abteilung Städtebau und Entwurf. In dieser Zeit entstanden unter seiner Leitung Bebauungspläne für die Wohngebiete Reutershagen (1. Wohnkomplex), Rostock-Südstadt, Barnstorf und Dierkow-Mitte. Auf der Grundlage der dabei gewonnenen wissenschaftlichen Erkenntnisse konnte er 1961 promovieren. Im gleichen Jahr wurde er als Sekretär für Bauwesen der SED-Stadtleitung Rostock und als Abgeordneter der Stadtverordnetenversammlung gewählt und lernte so die Probleme des Städtebaus noch stärker aus gesellschaftspolitischer Sicht zu sehen. Die nächsten Etappen waren: Leiter und Chefarchitekt des Baustabes Lütten Klein (1963) – dabei verantwortlich für die Neukonzipierung dieses Wohngebietes, bei der wesentliche Einsparungen an Kosten und Bauland erzielt wurden – dann Generalprojektant für Lütten Klein (1965) und Hauptarchitekt für Städtebau im Wohnungsbaukombinat Rostock. Dabei bearbeitete er eine Studie für das Stadtbezirkszentrum Lütten Klein und leistete verantwortliche Mitarbeit an der Planung von Evershagen.

Immer war er so an den Brennpunkten des Aufbaus von Rostock eingesetzt. Immer hat er sich durch zähe Arbeit Vertrauen erworben. Anfang 1968 berief ihn der Rat der Stadt zum Chefarchitekten von Rostock. In dieser Aufgabe leitete er die Arbeit an der Bebauungskonzeption für die Neugestaltung des Stadtzentrums. Dabei entwickelte er eine enge Gemeinschaftsarbeit mit den Kollegen des Wohnungsbaukombinates Rostock.

Daneben stellte er aber auch bei städtebaulichen Wettbewerben für Stralsund Knieper West (1. Preis), das Stadtzentrum von Grevesmühlen (2. Preis, ein 1. Preis wurde nicht vergeben), Wohnbezirkszentrum Lütten Klein-Süd (3. Preis) und anderen sein Können unter Beweis.

Über 20 wissenschaftliche Arbeiten und Publikationen runden das Bild seiner Leistungen ab, durch die er zum korrespondierenden Mitglied und zum Mitglied des wissenschaftlichen Rates der Deutschen Bauakademie berufen wurde. Seine schöpferische Arbeit fand durch Auszeichnungen mit der „Verdienstmedaille der DDR" (1964), als „Verdienter Aktivist" (1966), der „Medaille für ausgezeichnete Leistungen" (1969), dem „Kulturpreis der Stadt Rostock" (1969), dem „Orden Banner der Arbeit" (1969) und dem Kulturpreis des Bezirkes (1971) hohe Würdigung.

Wolfgang Urbanski sind die gebratenen Tauben nicht in den Mund geflogen. Er arbeitet ungeheuer intensiv. Er läßt die Dinge nicht auf sich zukommen, sondern sieht als bewußter Genosse seine Aufgabe darin, immer selbst die Initiative zu ergreifen. Er ist korrekt, wenn notwendig aber auch energisch. Dabei verträgt er auch, was nicht alle gut vertragen: andere Meinungen. Er muß nicht recht haben, sondern die beste Idee wird angenommen. Er liebt Offenheit und haßt, wenn um die Sache drumherum geredet wird. „Mensch" sagt er dann, „du brauchst doch hier nicht so rumzueiern!" Für das wichtigste hält er den Kontakt mit allen am Städtebau Beteiligten, mit der Bevölkerung, den Gesellschaftlichen Auftraggebern und den Kollegen in den Baukombinaten.

Und in der Freizeit? Münzen- und Pilzesammeln und – nach eigener Aussage – hin und wieder „deutsche architektur" lesen.

Dem wäre, wenn's erlaubt ist, nur noch hinzuzufügen, daß er in zehnjähriger Ehe auch als Familienvater seinen persönlichen Beitrag (ein Mädchen und zwei Jungen) zum Wachsen unserer schönen Ostseemetropole geleistet hat. -Z.



1 Dr.-Ing. Wolfgang Urbanski (3. von links) im Gespräch mit seinen Kollegen

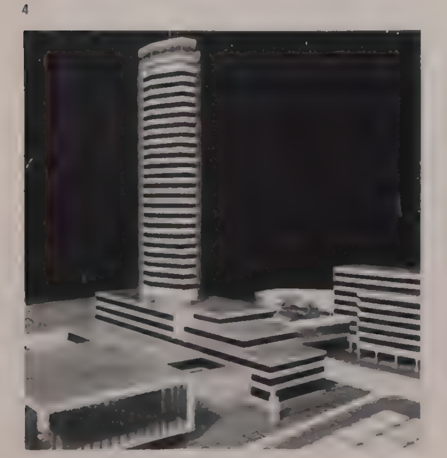
2 Entwurf für das Wohnbezirkszentrum Lütten Klein-Süd (1967)
Verfasser: Architekten Dr.-Ing. Urbanski und Möller

3 Blick auf einen Teil des Wohngebietes Rostock-Lütten Klein (1968)

4 Wettbewerbsentwurf für die Universität in Leipzig
Kollektivleiter: Dr.-Ing. Urbanski (1968)

5 Konzeption für die Neugestaltung des Zentrums von Rostock, die mit einem großen Kollektiv unter der Gesamtleitung von Dr.-Ing. Urbanski erarbeitet wurde (1969)









1

Wohngebiet Cottbus-Sandow

Städtebauliche und architektonische Entwicklung eines traditionsreichen Cottbuser Wohngebietes

Peter Schuster
Gerhard Guder

Städtebauliche Planung und Gestaltung

Büro für Städtebau Cottbus

Gesamtleitung:

Chefarchitekt Martin Röser, Architekt BdA/DDR
Architekt BdA/DDR Peter Schuster
Architekt BdA/DDR Winfried Kurze
Dipl.-Gärtner BdA/DDR Helmut Rippl

Hochbauten, architektonische Gestaltung

VE WBK Cottbus, KB Projektierung

Gesamtleitung:

Chefarchitekt Gerhard Guder, Architekt BdA/DDR
Architekt Gerhard Oßwald
Architekt BdA/DDR Horst Losansky
Dipl.-Architekt Dieter Seifert
Architekt Rudi Wetzk
Architekt Wilfried Irmler
Architekt Rolf Friedrich
Farbgestaltung Dieter Duscheck
Dipl.-Gärtner Renate Walter, Architekt BdA/DDR

WV-Projekte:

Polytechnische Oberschule:
Architekt BdA/DDR Eberhard Kühn
Kaufhalle 630 m²:
Architekt BdA/DDR Gerhard Baer
Kinderkombination:
Architekt BdA/DDR Peter Drogan

Staatliche städtebauliche Leitung

Stadtarchitekt Gerhart Müller, Architekt BdA/DDR
Stellvertr. Stadtarchitekt Bau-Ing. Wolfgang Brenzel

Der Stadtteil Cottbus-Sandow war bis 1945 eines der zurückgebliebensten Wohngebiete von Cottbus. Vorwiegend 1- und 2-geschossige Altbausubstanz schlechtester Art vermittelte den Eindruck, daß hier bereits die Stadt aufhörte zu leben. Die Stadtverwaltungen im Dienste der damals herrschenden Klasse taten nichts, die Wohnbedingungen der Arbeiter zu verbessern. Jedoch voller Stolz nannte der Cottbuser Arbeiter das „Rote Sandow" seine Heimat.
So war es für die Stadt ein historischer Schritt, als im Jahre 1961 die Cottbuser Stadtverordneten den Architekten die Aufgabe stellten, eine städtebauliche Planung komplex in Angriff zu nehmen und den Beschluß faßten, mit dem Aufbau eines neuen Wohngebietes im traditionsreichen Stadtteil Sandow zu beginnen. Für eine komplexe Planung und Entwicklung zu einem unseren gesellschaftlichen Bedingungen entsprechenden Wohngebiet sprachen wichtige Gründe. Total überalterte Bausubstanz, schlechte Wohnbedingungen, zerrissene Bebauung mit abwechselnd freigebliebenen Flächen stellten die Städtebauer vor eine schwierige Aufgabe.
Der erste Teilabschnitt, unter strengen ökonomischen Bedingungen geplant, zeichnete sich ab in einer Aufreihung zeilenförmiger geordneter Wohnblöcke. Jedoch mit der weiteren Bearbeitung wurden gesamtstädtische Aspekte immer deutlicher, die günstigen Beziehungen zum Stadtzentrum und die günstigen Bedingungen bestimmter gesamtstädtischer Funktionen. Unmittelbar an Sandow angrenzend hatte sich Jahre vorher aus Anfängen das städtische Industriegebiet entwickelt. Damit wurde dieser Stadtteil bevorzugter Wohnstandort der dort Beschäftigten.
Außerordentlich günstig ist aber die kurze Entfernung zum Stadtzentrum und die Lage des Wohngebietes, angrenzend an die Spree, den bestimmenden natürlichen Grünzug der Bezirksstadt Cottbus. Im Süden grenzt Sandow an das große Erholungsgebiet der Stadt, das Gelände des künftigen Kulturparkes, und an den historischen Branitzer Park.
Unter Berücksichtigung dieser Kriterien besitzt Sandow eine der besten Wohnbedingungen für die Ansiedlung einer möglichst großen Einwohnerzahl.
Mit dem sichtbaren Baufortschritt lösten Unbehagen der Architekten, Kritik der Bevölkerung und die gewachsenen technologischen Möglichkeiten eine gestalterische Überarbeitung der Planung aus. So entstanden nachträglich Vorschläge für städtebauliche und hochbauliche Verbesserungen durch lebendige Gebäudegliederung, interessante städtebauliche Räume und intensivere, wirkungsfähigere Grün- und Freiflächengestaltung.
Die Analyse der gesamten Bausubstanz, Bevölkerungsaussprachen und die Diskussionen der gesellschaftlichen Organe führten zu dem Beschluß, eine komplexe Planung unter gesamtstädtischer Betrachtung auszuarbeiten. In einer Studie konnten

10 000 Wohnungen für den Neubau über einen längeren Zeitraum ausgewiesen werden. Die Bebauungspläne wurden für mehrere Teilgebiete entsprechend der Gesamtstudie erarbeitet unter der Zielsetzung, interessante, originelle und unverwechselbare Lösungen zu erreichen.

Begannen wir mit einzelnen Wohnblöcken in Zeilenstellung, so gelang es nunmehr, mit längeren geschlossenen Baufluchten, differenzierten Blockstaffelungen und geschlossenen Eckbebauungen einen städtischen Charakter zu erreichen.

Die architektonische Qualität des bestimmenden 5- und 8geschossigen Typs P2 wurde durch eine interessante Gestaltung der Fassaden verbessert. Mit dem Einsatz von verschiedenfarbigen Splitten, Granulatbeschichtungen, durch Anordnung von verschiedenen Loggiagruppierungen und durch interessante Giebellösungen wurde die Gestaltung abwechslungsreicher. Durch die Entwicklung eines neuen Gebäudetyps, dem Würfelhaus Cottbus, entstand eine städtebauliche Differenziertheit, die in Verbindung mit den gesellschaftlichen Einrichtungen eine höhere Qualität aufweist.

Auch der Gestaltung der Freiflächen wurde mehr als bisher Bedeutung ge-



2

1
Spielplatz an einem 8geschossigen Wohnblock

2
5geschossige Wohnbauten. Die Pergola wurde aus Betonelementen montiert.

3
Bebauungsplan 1 : 8000

3



4



5

schenkt. So wurden Pergolen aus Fertigteilen entwickelt, die Müllplätze mit Ziermauern umgeben und die Parkflächen mit Rasen-Betongitterrosten gestaltet.

Entlang der Spree begleitet eine Reihe interessant gestalteter Scheibenhäuser den Flußlauf und betont die besondere Wohnlage auch architektonisch. Diese besondere Gebäudeform ergab sich aus der Notwendigkeit, in Cottbus eine Bauhöhenbegrenzung einzuhalten.

Der Stadtteil Sandow bietet schon jetzt und besonders nach seiner Fertigstellung ein außerordentlich gutes Wohnmilieu. Durch die günstige Entfernung zur Innenstadt und zum Industriegebiet kann ein großer Teil der Arbeitenden in kürzester Zeit zu seinen Wohnungen mit der Straßenbahn oder auf ruhigen Fußgängerbereichen gelangen.

Sandow wird begrenzt durch die Spree, die Süd-Ost-Verkehrstangente und den Bahnkörper. Der Stadtteil wird von der wichtigsten Ost-West-Verkehrsverbindung durchquert und damit für den Fahrverkehr mit allen anderen Stadtteilen günstig verbunden.

Bei der städtebaulichen Planung wurde Wert darauf gelegt, für einen Großteil des fußläufigen Verkehrs gesonderte Fußgängerverbindungen zu schaffen. Diese Fußgängerbereiche beruhen auf traditionellen Wegen und verbinden abseits vom Lärm des Fahrverkehrs das Stadtinnere mit dem Wohngebiet und dieses wiederum mit den Naherholungszonen, insbesondere mit den Grünflächen an der Spree.

Die Hauptfußgängerverbindung verläuft, vom Stadtzentrum kommend, am „kleinen Spreewehr" die Spree überquerend, vorbei an den Kindereinrichtungen und den Schulen zum Teilzentrum an der Forster Straße. Sich von hier nach Norden wendend, gelangt der Fußgänger vorbei an einem in einen Park umgestalteten Friedhof und am Ostrand des Stadtteils wiederum mit einer Reihe wichtiger gesellschaftlicher Einrichtungen ins Spreegrün.

Der gesamte Stadtteil konnte in klare natürliche Schulbereiche mit den den Wohngruppen zugeordneten Kindereinrichtungen gegliedert werden. Vier Teilzentren bieten Einkaufsmöglichkeiten mit je einer Kaufhalle und speziellen Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen. Zugeordnet sind insgesamt 3 Gaststätten, die gleichzeitig der Schulspeisung dienen. Zwei dieser Gaststätten liegen an der Spree und können zugleich den Bedürfnissen der Naherholung dienen.

Wenige Jahre vergehen, und das vom Architekten und Städtebauer entworfene Bild

6



4
Großer Wert wurde auf die Erhaltung eines Teils des alten Baumbestandes gelegt.

5
Kombinierte Kindereinrichtung (Kindergarten und Kinderkrippe)

6
Spielfläche eines Kindergartens. Die Eisenbahn ist ein beliebtes Spielelement.

7
5geschossiges Würfelhaus

8
Pergolen und niedrige Mauern gliedern den Raum zwischen den Wohngebäuden.

9
Neue Wohnbauten an der Alten Allee

8



7



Wohngebiet Cottbus-Sandow

Ausführung: VEB Wohnungsbaukombinat Cottbus

■ Gesamtfläche des Wohngebietes: 150 ha

Wohnungsbau:

1. Baustufe	6 900 WE
2. Baustufe	1 100 WE
Verbleibender Bestand	2 200 WE
Insgesamt	10 000 WE

■ Anteil des vielgeschossigen Wohnungsbaues: 1 800 WE

1. Baustufe bis 1975

Wohnungsbau 6900 WE
Geschlossene und Reihenbebauung, 5- und 8geschossig P2
5geschossige Würfelhäuser (auf P2-Basis)
Scheibenhäuser 63 WE

Gesellschaftsbauten:

6 zweizügige polytechnische Oberschulen
3 Turnhallen
8 Kinderkrippen-Kindergartenkombinationen
(Kindergarten 144 Plätze)
(Kinderkrippe 64 Plätze)
1 Kindergarten 108 Plätze
4 Kaufhallen (insgesamt 2300 m^2 Vkfl.)
3 Wohngebietsgaststätten mit Nutzung für die Schulspeisung
1 Eisdiele
1 Stadtbücherei
Dienstleistungseinrichtungen
Spezialverkaufseinrichtungen (u. a. Fisch, Obst und Gemüse)
2 Ambulanzen (staatliche Arztpraxen)
1 Zahnambulanz
1 Zweigstelle der Sparkasse
1 Postzweigstelle
1 Handwerkerhof

2. Baustufe nach 1975

Wohnungsbau: 1100 WE
Gesellschaftsbauten:
1 zweizügige polytechnische Oberschule
2 Kinderkombinationen
(je Kindergarten 144 Plätze)
(je Kinderkrippe 64 Plätze)
1 Industriewarenkaufhalle (etwa 600 m^2)
1 Schwimmhalle
3 Großgaragen

Verbleibender Bestand:

Wohnungsbau: etwa 2000 WE

Gesellschaftsbauten:

1 zweizügige polytechnische Oberschule mit Turnhalle
verschiedene Spezialhandelseinrichtungen
1 Großtankstelle

wird mehr und mehr Wirklichkeit. Viele der Bewohner wird es zufriedenstellen, sicher wird es aber auch manche Kritik herausfordern. Mancher alte Cottbuser bedauert, daß vertraute Bilder seiner Jugendzeit spurlos verschwunden sind. Vergessend, wie schlecht die Lebensbedingungen im alten Sandow waren, wird mancher Zeit brauchen, die Schönheiten des Neuen zu entdecken, zumal die Zeit der Bauarbeiten, vorübergehend noch zusammenhanglos verbliebene Altbausubstanz und das fehlende, noch nicht wieder herangewachsene Grün ein endgültiges Bild noch nicht erkennen lassen.

Doch bald wird das neue Sandow die wirkliche Heimat vieler Cottbuser geworden sein. Damit wird neben dem Aufbau des Cottbuser Stadtzentrums eine der entscheidensten städtebaulichen Veränderungen im Leben der 800jährigen Stadt vor sich gegangen sein.

Stolz nannte der klassenbewußte Cottbuser Arbeiter das „Rote Sandow" seine Heimat. Dieser Stolz wird weiterleben im neuen Sandow, dem ersten Cottbuser Stadtteil, der planmäßig entsprechend unseren humanistischen gesellschaftlichen Bedingungen umgestaltet wurde.

9



1

Würfelhaus Cottbus

Gerhard Guder
Rolf Friedrich


2

Autoren: Gerhard Guder, Chefarchitekt
Rolf Friedrich, Architekt
Statik und Konstruktion: Ing. Dieter Streith
Ing. Paul Fohler
Heizung: Ing. Dieter Vogler
Elektroinstallation: Bernd Poller
VE WBK Cottbus, KB Projektierung

Erdgeschoß:
1 3-Raumwohnung
1 2-Raumwohnung
2 2-Raumwohnungen

1. bis 4. Obergeschoß:
8 3-Raumwohnungen
8 2-Raumwohnungen

Raumgrößen:	3-Raum-wohnung (m^2)	2-Raum-wohnung (m^2)	2-Raum-wohnung (m^2)	
Wohnraum	17,41	17,41	17,41	
Schlafraum	16,61	16,61	7,30	
Kinderraum	16,61			
Küche	12,99	12,99	3,92	
Bad	3,90	3,90	3,90	
Flur	8,63	6,97	6,82	(4,80)
Loggia 5,75 m^2	1,44	1,44	1,44	
Hauptfläche mit Loggiaanteil (TGL 7793)	77,59	59,32	40,79	(38,77)

Kellergeschoß:
Flure, Räume für Gartengeräte, Installation und Hausanschluß

2 Gemeinschaftskeller	16,61 + 12,13 m^2
2 Trockenräume	17,41 + 16,61 m^2
1 Boilerraum	17,41 m^2
20 Mieterkeller	3,54 — 4,50 m^2

1
Gruppe von Würfelhäusern in Cottbus

2
Blick in einen Wohn- Arbeitsraum

3
Schnitt 1 : 500

4
1. bis 4. Obergeschoß 1 : 500

5
Erdgeschoß 1 : 500

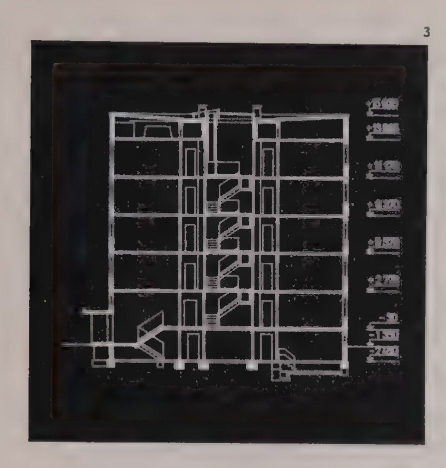
6
Die eingebaute Küche

7
Wohnraum

8
Die Fassade wird durch unterschiedliche Materialien und Farben belebt.



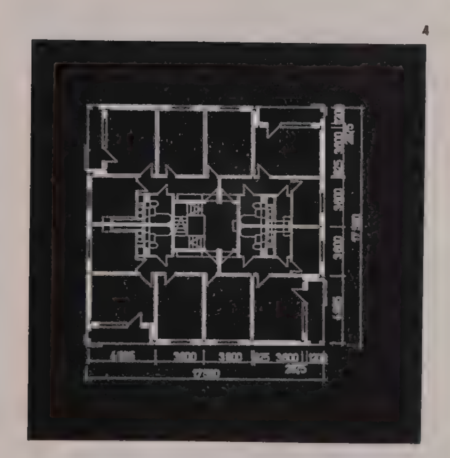
6



3



7



4



5



8



1

Investitions-Auftraggeber:	Technische Universität Dresden
Voruntersuchungen und grundsätzliche Lösung:	Bauverwaltung der Technischen Universität Dresden Dipl.-Ing. Dieter Schubert Architekt BdA/DDR Dipl.-Ing. Rudolf Böhme Architekt BdA/DDR Dipl.-Ing. Joachim Kolbe Bauingenieur Rudolf Voth
Projektierung und Bauausführung:	VEB (B) Baukombinat Dresden
Entwurf:	Dipl.-Ing. Peter Schramm
Mitarbeiter:	Bautechniker Edda Schädlich Innenarchitekt Lothar Schlegel
Statik:	Dipl.-Ing. Günter Holz
Bauwirtschaft:	Bauingenieur Herbert Gommlich
Heizung:	Dipl.-Ing. Horst Urban
Lüftung:	Ingenieur Kurt Müller
Sanitär:	Installationsmstr. Christian Schäfer
Elektro:	Fernmeldetechniker Friedrich Helaß
Freiflächengestaltung:	Gartenarchitekt BdA/DDR Günter Kretzschmar
Erschließung:	Abteilung Tiefbau der Projektierung des VEB (B) Baukombinat Dresden

1 Blick auf den Internatskomplex von der Südseite
2 Schnitt 1 : 250
3 Lageplan. 1 bis 6 Internate
4 Grundriß Normalgeschoß 1 : 250
1 Aufzug
2 Müllraum
3 Lüfterraum
4 Klubraum
5 Teeküche
6 Wohnräume
7 Abstellraum
8 Kühlschrankraum

Internatskomplex Zellescher Weg, Dresden

Dipl.-Ing. Peter Schramm
VE(B) Baukombinat Dresden

Von der Technischen Universität etwa 1,5 Kilometer entfernt wird am Zelleschen Weg ein Internatskomplex mit sechs Wohnheimen für insgesamt 3180 Studenten errichtet.

Auf leicht nach Norden fallendem Gelände schließen sich die sechs fünfzehngeschossigen Hochhäuser zu einer städtebaulich neuartigen und wirksamen Gruppierung zusammen.

Die Freiflächengestaltung trennt den Fahrverkehr von den großzügigen Fußwegverbindungen und Grünflächen, deren bewußt bewegte Linienführung im Kontrast zur Rechtwinkeligkeit der Hochbauten steht. Trotz des knapp bemessenen Baugeländes konnten besondere Bereiche zu gemeinsamer Unterhaltung, sportlicher Betätigung und ruhiger Entspannung vorgesehen werden.

Die Entwicklung der Wohnheime aus einer Serie fünfzehngeschossiger Wohnhäuser ermöglichte den geforderten kurzfristigen Baubeginn. Grundlage war die Dresdener Bearbeitung der siebzehngeschossigen Hochhäuser mit Einraumwohnungen des früheren VEB Berlinprojekt, Professor Dipl.-Ing. Josef Kaiser.

In der Eingangshalle jedes Wohnheimes sind eine Pförtnerloge, eine Briefkastengruppe und ein öffentlicher Münzfernsprecher angeordnet.

An die Eingangshalle schließt sich der Verkehrskern mit zwei Personenaufzügen und Sicherheitstreppenhaus an. Weiterhin befinden sich im Erdgeschoß die Heimleitung, Wäschelager und zwei Dienstwohnungen. In jedem zweiten Wohnheim ist anstelle der Trafostation eine Paketausgabe vorgesehen.

In den Obergeschossen jedes Heimes sind 530 Studenten nach dem Prinzip von Wohngruppen untergebracht. Zwei Vierbettzimmer mit vorgelagerter Loggia und drei Zweibettzimmer haben einen gemeinsamen Waschraum und zwei Brausebäder mit WC. Eine Wohngruppe in jedem Geschoß ist um ein Vierbettzimmer kleiner. Diese Fläche nimmt ein Klubraum mit kleiner Teeküche ein. Jedes Geschoß weist außerdem zu gemeinsamer Benutzung einen Kühlschränke-, einen Putz- und einen Müllabwurfraum auf.

Das Kellergeschoß dient vorrangig der Gebäudetechnik mit Hausanschlußräumen, Heizungsumformung, Wasserdruckerhöhung und Trafokeller. Außerdem werden hier in jedem Heim ein Waschmaschinenraum und ein belüfteter Wäschetrockenraum eingerichtet, sowie ein Tischtennis- und Krafttrainingsraum. Diese Räume stehen allen Heimbewohnern zur Verfügung.

Konstruktion

Die Wohnheime werden in Stahlbetonplattenbauweise 5 Mp mit fünfzehn Montagegeschossen über dem monolithischen Keller auf einer 900 mm dicken Stahlbetonfundamentplatte errichtet. Die Wandaussteifung übernehmen die Quer- und Längswände.

Das Raster der Querwandbauweise beträgt 3600 mm, die Geschoßhöhe 2800 mm. Die Dicke der Querwandelemente beträgt 190 und 150 mm.

Die nichttragenden Außenwandelemente werden 320 mm dick einschichtig aus Schlackenleichtbeton hergestellt, die nichttragenden Innenwandelemente 70 mm dick aus Schwerbeton.

Verkehrskern und Kaltdachzone werden ebenfalls montiert. Für die Sanitäreinrichtungen werden die vorgefertigten und teilkomplettierten Installationszellen des Wohnungsbaues verwendet.

Ausbau

Alle Ausbaufragen wurden mit dem Auftraggeber abgestimmt, der die Erstausstattung mit Möbeln selbst geplant hat.

Ergänzende Holzkonstruktionen sind für Raumabschlußwände am Verkehrsflur, vor den Loggien, Teeküchen und den Waschräumen — hier mit Schiebetür — vorgesehen.

Alle Räume werden nach dem Prinzip der Einrohrpumpenheizung beheizt. Durch Horizontalentlüftungsanlagen ist die Entlüftung aller innenliegenden Räume, wie Teeküchen, Brausebäder, Waschräume und Wohnungsküchen, gewährleistet.

In jedem Gruppenwaschraum sind vier Waschbecken installiert, die Teeküchen am Klubraum werden mit drei elektrischen Doppelkochplatten und einer Geschirrspüle und die Kühlschränkeräume mit je vier handelsüblichen 170-l-Kühlschränken ausgestattet.

Neben der üblichen Raumbeleuchtung ist für jeden Arbeitsplatz eine Leuchtstofflampe vorgesehen.

In den Klubräumen besteht Anschlußmöglichkeit für Rundfunk- und Fernsehgeräte. Vom Raum der Heimleitung kann mit jeder Wohngruppe über eine Wechselsprechanlage Verbindung aufgenommen werden. In den Fluren ist eine Alarmanlage für Notfälle installiert worden.

Die Wände und Decken der Wohn- und Aufenthaltsräume werden tapeziert.

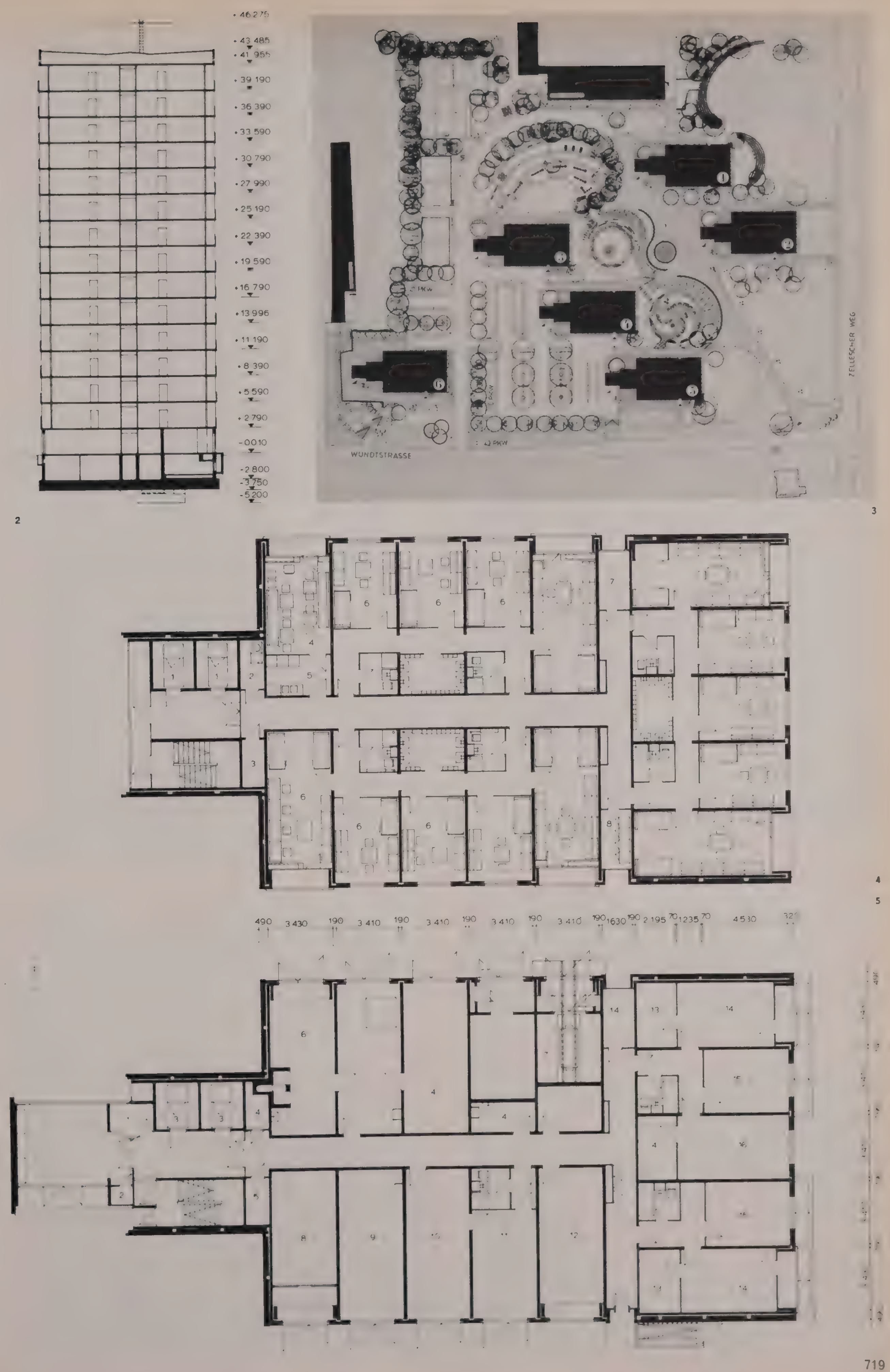
Gestaltung

Wohnteil und Verkehrskern der fünfzehngeschossigen Baukörper sind deutlich gegeneinander abgesetzt. Plastische Gliederung wird durch Loggien und Rücksprünge an den Enden des Querflügels erreicht.

Die Fassadenelemente tragen als Sichtfläche keramische Spaltplatten. Für die Wohnfronten wurde Gelb, für alle geschlossenen Flächen Weiß gewählt. Alle Stahlteile sind graphitgrau gestrichen.

Den Windfang schließt eine Giebelwand aus braunem Klinkermauerwerk ab. Stahlsäulen betonen den Haupteingang.

5 Grundriß Erdgeschoß 1 : 250
1 Pförtner
2 Telefon
3 Aufzug
4 Abstellraum
5 Lüfterraum
6 Müllraum
7 Traforaum
8 Lüfterzentrale
9 Warmwasseranlage
10 Frischwäsche
11 Schmutzwäsche
12 Heimleitung
13 Küche
14 Wohnraum
15 Schlafraum
16 Kinderzimmer



+46.275
+43.485
+41.955
+39.190
+36.390
+33.590
+30.790
+27.990
+25.190
+22.390
+19.590
+16.790
+13.996
+11.190
+8.390
+5.590
+2.790
-0.010
-2.800
-3.750
-5.200
WUNDTSTRASSE
ZELLESCHER WEG
490
3430
190
3410
190
3410
190
3410
190
3410
190
1630
190
2195
70
1235
70
4530

2

3

4

5

6 Arbeitsplätze eines Zweibettzimmers

7 Teeküche



8 Klubraum



Einwohner und Wohnungen in Halle-Neustadt

Dr.-Ing. Hans-Hartmut Schauer
Büro für Städtebau und Architektur Halle,
Abteilung Halle-Neustadt

Der Aufbau von Halle-Neustadt ist in den letzten Jahren kontinuierlich vorangeschritten. Am 31. 12. 1971 lebten etwa 40 000 Bürger, einschließlich der Bewohner von Wohnheimen, in der Stadt. Zu diesem Zeitpunkt waren über 13 000 Wohnungen und die dazugehörenden gesellschaftlichen Einrichtungen, wie zwei Komplexzentren, 1600 Kinderkrippenplätze, 2800 Kindergartenplätze, 7200 Schulplätze, errichtet. Die ersten beiden Wohnkomplexe sind bereits vollständig fertiggestellt, Ende 1971 wird auch der Wohnkomplex III hochbauseitig weitgehend abgeschlossen sein. Auch das Leben in der neuen Stadt hat sich stabilisiert. Es gleicht nicht mehr dem der Pionierzeit in den Anfangsjahren, dessen Synonym die Gummistiefel waren. Es haben sich Lebensformen und -gewohnheiten herausgebildet, denen nachzugehen sich lohnt und die Erkenntnisse für eine Einschätzung des Erreichten bringen können. Aus ihnen können jedoch auch Schlußfolgerungen für den weiteren Aufbau von Halle-Neustadt, der im Wohnungsbau bei einer Gesamtgröße von etwa 110 000 Einwohnern abgeschlossen werden soll, gezogen werden. Zugleich werten wir solche Erkenntnisse als Beitrag zur Kennziffernbildung, der für den kommenden Bau größerer Wohngebiete notwendig wird, der in der Direktive für den Fünfjahrplan 1971 bis 1975 festgelegt wurde und sich auch für die Folgejahre ergeben wird.

Die nachstehenden Untersuchungen und Feststellungen aus der Planung von Halle-Neustadt tragen soziologischen Charakter. Sie entstanden aus langjährigen Beobachtungen unter Nutzung von vorläufigen Ergebnissen der Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung vom 1. Januar 1971 (VBWGZ). Es muß jedoch berücksichtigt werden, daß die nachstehenden Zahlen trotz ihrer statistischen Relevanz im Einzelfall nur Wahrscheinlichkeiten entsprechen. Die bisherigen Forschungen in soziologischen Bereichen in Halle-Neustadt sind vorerst noch unzureichend. Kleine Vorfeld-Untersuchungen der letzten Jahre (z. B. aus dem Bereich der Kommunalhygiene 1969 bis 1971 oder der Geographie 1970 bis 1971) liefern ebenso wie subjektive Reflexionen („da" 9/71) nur Ergebnisse, die Teile der Wirklichkeit darstellen können, aber zur Erfassung der Verhältnisse in der neuen Stadt noch nicht relevant sind.

■ Zur Altersstruktur

Wie alle Neubaustädte, besitzt auch Halle-Neustadt eine spezifisch geschichtete Altersstruktur der Bevölkerung. Als Hauptaufgabe für den Bau der Stadt galt, die in mehr als 280 Gemeinden beheimateten Chemiearbeiter sowie die Fernpendler in einer modernen sozialistischen Stadt (mit guten Wohn- und Lebensbedingungen und raschen Verkehrsverbindungen zum Arbeitsplatz) zu konzentrieren. Wie sich jedoch zeigt, bleiben die meisten der älteren Chemiearbeiter in denjenigen Lebensverhältnissen, in denen sie ihr bisheriges Leben verbrachten und die ihnen vertraut sind, wohnen, so daß Halle-Neustadt vor allem Anziehungspunkt für junge Chemiefacharbeiter ist, die aus den Stadt- und Landkreisen der Umgebung der Werke und darüber hinaus aus allen Teilen der Republik stammen. Es sind vor allem junge Ehepaare, die hier eine eigene moderne Wohnung bekommen können und die sich auch schnell in das für viele ungewohnte großstädtische Lebensmilieu eingewöhnen.

Der niedrige Altersdurchschnitt ist besonders charakteristisch am Lebensbaum zu erkennen (Abb. 1), an dem – im Vergleich zum Bezirk Halle – die hohen Zahlen der Jahrgänge im Kindesalter von 1 bis 5 Jahren und der jungen Erwachsenen im Alter von 25 bis 30 Jahren sowie die geringe Zahl der Altersrentner deutlich zu erkennen sind. Am 31. 12. 1970 waren 35 Prozent der Einwohner im Alter von 0 bis 16 7/12 Jahren (9 Prozent im Kinderkrippenalter, 11 Prozent im Kindergartenalter und 15 Prozent im Schulalter) und 63 Prozent der Einwohner im berufstätigen Alter.

Für die Entwicklung dieser Altersstruktur in den nächsten Jahren sind Analogien zu den in anderen Neubaustädten beobachteten Entwicklungen zu erwarten (1 bis 5). Bereits 1966 wurde deshalb eine Vorausberechnung für Halle-Neustadt durchgeführt (6). Aus ihr ergab sich, daß die Bevölkerungszahlen in den einzelnen Altersgruppen wellenförmig an- und absteigen, sich allmählich abflachen und nach 20 Jahren dem DDR-Durchschnitt nähern werden. Schon beim weiteren Aufbau der Stadt wird sich diese extreme Altersstruktur geringfügig mildern, da zwischen der Fertigstellung der ersten und der letzten Wohnungen 13 Jahre vergangen sein werden und auch eine ständige Wanderungsbewegung zur Nivellierung beiträgt. In Auswertung der Bevölkerungsvorausberechnung wurde damals empfohlen, die Zuwanderungsrate älterer Jahrgänge zu erhöhen, um die Schwierigkeiten bei der Unterbringung der Kinder im Vorschul- und Schulalter zu verringern. Das wurde nicht erreicht. Deshalb mußten bereits 1967 durch Beschluß des Rates des Bezirkes zusätzliche Kinderkrippen- und Kindergartenplätze errichtet werden. Auch in den folgenden Jahren werden bei der kontinuierlichen Alterung der Bevölkerung weitere Probleme bei der Schaffung von Schulplätzen und Weiterbildungsstätten auftreten.

Die extreme Altersstruktur hat auch zur Folge, daß gesellschaftliche Erscheinungen, die sonst im normalen Umfang auftreten, durch statistische Menge bedeutsam werden, wie z. B. die Zahl der Kinder („Stadt der Kinder"). Das trifft aber auch auf die Zahl der Ehescheidungen in den ersten Ehejahren zu.

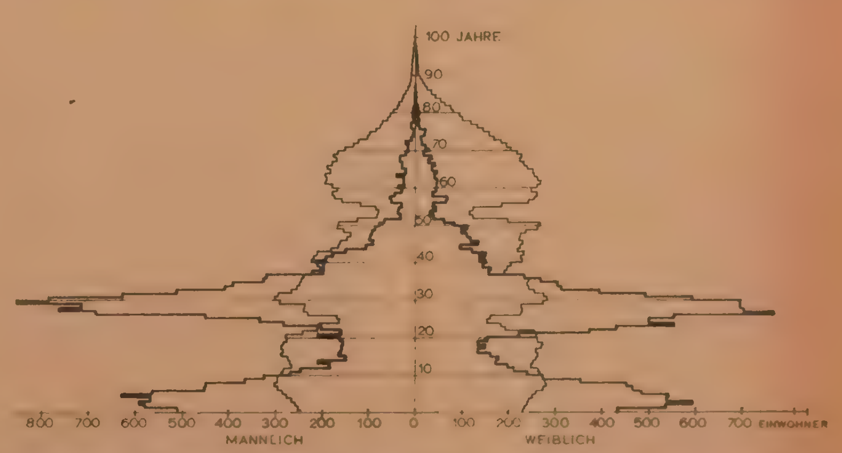
Ebenso ist festzustellen, daß die Kaufkraft in Halle-Neustadt höher und die Ausstattung der Haushalte mit technischen Gebrauchsgegenständen (z. B. Fernsehgeräte in 91 Prozent aller Haushalte) besser als im DDR-Durchschnitt ist. Das ergibt sich dadurch, daß beide Elternteile noch jung und berufstätig sind.

■ Zur Ausstattung mit Kindereinrichtungen

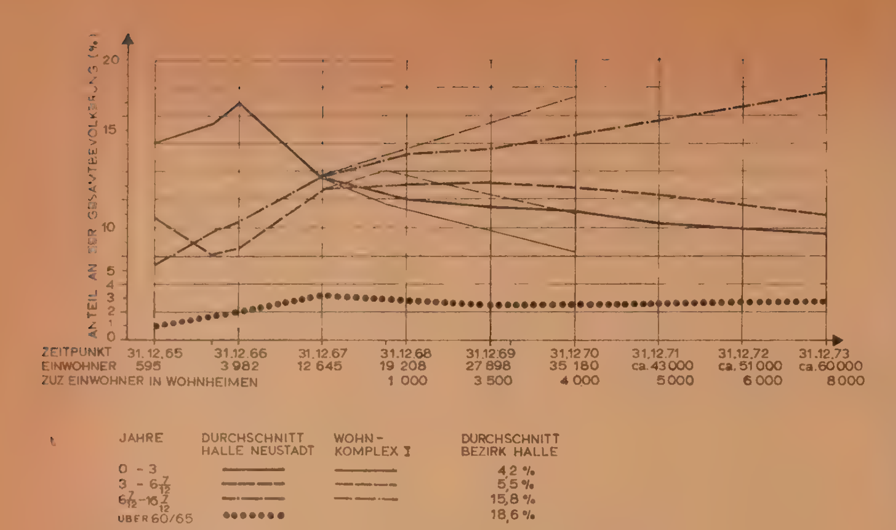
Die grafische Darstellung der zeitlichen Entwicklung ausgewählter Altersgruppen zeigt einen ausgeprägten Trend (Abb. 2). Von ihr läßt sich ablesen, welcher enorme Bedarf in den kommenden Jahren für die Einrichtungen jeder Altersstufe (Kinderkrippen, Kindergärten, polytechnische Oberschule, erweiterte Oberschule, Klub- und Zirkelräume, Bildungseinrichtungen) auftreten wird. Aus der Grafik läßt sich auch ablesen, daß das Maximum in den jüngsten Altersgruppen bereits überschritten wurde und diese Bevölkerungsteile zahlenmäßig eine sinkende Tendenz aufweisen.

Dieser Schluß ist jedoch ungenau. Die Werte der Gesamtstadt gleichen die erheblich divergierenden Werte der einzelnen Wohnkomplexe aus, die – in der Größe von 15 000 bis 20 000 Einwohnern – in sich wesentlich einheitlicher und dadurch schneller veränderlich sind. Die Durchschnittswerte verdecken, daß der Wohnkomplex I schon seit 6 Jahren bewohnt wird und durch das bereits erfolgte Hineinwachsen der Kinder in die älteren Gruppen in diesem Wohnkomplex große Abweichungen zu den Durchschnittswerten auftreten. Diese Durchschnittswerte haben in den unteren Altersgruppen eine sinkende Tendenz, obwohl ein unverändert großer Anteil der jüngsten Altersgruppen in den neueren Wohnkomplexen vorhanden ist, weit über den Durchschnittswert hinaus (Abb. 3). Die Veränderungen in der Altersstruktur der einzelnen Planungseinheiten sind aber nur schwer erfaßbar, weil in der Statistik die Personendaten nur für die Gesamtstadt und nicht für die städtebaulichen oder kommunalpolitischen Gliederungseinheiten erfaßt werden.

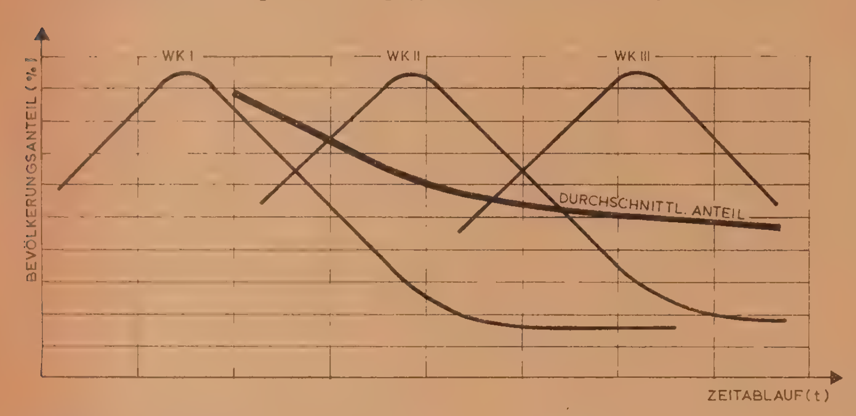
Durch eine Auszählung anhand der Einwohnermeldekartei im September 1968 und durch die Datenbankerhebung Halle-Neustadt 1971 auf der Grundlage der VBWGZ war es möglich, die Entwicklung der Altersstruktur des Wohnkomplexes I gesondert zu erfassen. Dieser Komplex mit 5104 Wohnungen für etwa 14 500 Einwohner wurde 1964 begonnen und die Wohnungen hauptsächlich in den Jahren 1965 bis 1967 fertiggestellt. Seine Altersstruktur weicht von den Durchschnittswerten der Gesamtstadt tendenziell ab, wie Tabelle 1 zeigt. An den



1 Altersstruktur in Halle-Neustadt (Lebensbaum) am 31. 12. 1970 mit flächengleicher Darstellung der Altersstruktur des Bezirkes Halle



2 Halle-Neustadt. Anteile ausgewählter Altersgruppen in jährlicher Fortschreibung



3 Schematische Darstellung der Bevölkerungsanteile der einzelnen Wohnkomplexe an der Gesamtzahl einer Altersgruppe (Beispiel für 0 bis 3 Jahre)

zwölf zuerst fertiggestellten Wohnblöcken ist anhand langjähriger Zählungen diese Entwicklung noch deutlicher zu verfolgen, obwohl bei diesen Blöcken das Mischungsverhältnis der Wohnungen mit 62 Prozent Zweiraum- und 35 Prozent Dreiraumwohnungen relativ ungünstig ist (Tabelle 2). Bereits ab Schuljahr 1971/1972 werden im Wohnkomplex I die Klassen aller vier zweizügigen polytechnischen Oberschulen mit mehr als 30 Schülern pro Klasse belegt werden müssen, obwohl die statistische Masse dieser Altersgruppe in der Gesamtstadt mit 14,7 Prozent noch unter dem Bemessungsrichtwert von 17,2 Prozent liegt. Im Schuljahr 1974/1975 werden 25 Prozent aller Einwohner des Wohnkomplexes I im Alter zwischen 6 7/12 und 16 7/12 Jahren sein, so daß trotz Maximalbelegung von 36 Schülern pro Klasse eine weitere Schule errichtet oder eine Mehrfunktionseinrichtung für die Unterstufenklassen genutzt werden muß.

Die Schwierigkeit für die städtebauliche Planung liegt darin, daß die gesellschaftlichen Einrichtungen jeweils für eine Planungseinheit, das heißt für einen Wohnkomplex nach der dort vorgesehenen Einwohnerzahl bemessen werden müssen. Die Bemessung der Kindereinrichtungen unter strenger Ausrichtung auf diese Planungseinheit hat den Vorteil, daß kurze Wege zwischen Wohnung und Einrichtung entstehen. Sie hat den Nachteil, daß diese Einrichtungen — vor allem im Vorschulbereich — nur kurze Zeit voll ausgelastet sind. Im Wohnkomplex I könnten im Jahre 1975 bei Bevölkerungsanteilen von etwa 5 Prozent im Kinderkrippenalter und 6 Prozent im Kindergartenalter sowie Versorgungsgraden von 60 Prozent bzw. 90 Prozent etwa 150 Krippenplätze und 550 Kindergartenplätze als freie Kapazitäten auftreten. Für die Bemessung der noch zu planenden Wohnkomplexe, bei denen sich die Altersstruktur des Wohnkomplexes I und seine Entwicklung mit zeitlichem Abstand wiederholt, muß im Interesse einer Investitionsreduzierung die Nutzung dieser Kapazitäten, unabhängig von ihrem Standort, vorgesehen werden. Bei künftigen Planungen ist daher zu überlegen, ob man nicht bei jenem Teil der gesellschaftlichen Einrichtungen, der in Neubaugebieten über den DDR-Durchschnitt hinaus erforderlich ist, die enge Bindung an die Wohnungen aufgeben und sie statt dessen mehr den Haltestellen der öffentlichen Verkehrsmittel zuordnen sollte, um den Aufwand für die bei Mehrfachnutzung entstehenden Wege zu verringern.

Neben den hohen Bevölkerungsanteilen bestimmter Altersgruppen fordert ein Frauenbeschäftigungsgrad von fast 80 Prozent infolge der guten Arbeitsmöglichkeiten für Frauen in den Chemiekombinaten und in Halle-Neustadt einen hohen Versorgungsgrad der Kinder, daß heißt, die Unterbringung von mehr als der Hälfte der Kinder im Krippenalter und fast aller Kinder im Kindergartenalter in den entsprechenden Einrichtungen. Zur Behebung vorübergehender Disproportionen in der Altersstruktur und zur Vermeidung überdimensionierter Einrichtungen wird deshalb von vornherein von allen Planungsorganen in Halle-Neustadt eine Mehrfachnutzung von gesellschaftlichen Einrichtungen angestrebt und bereits teilweise realisiert, wie die

Mehrfachnutzung für Schulspeisung, Gaststätte und Klubräume als Systemlösung (entwickelt von der HO-Bezirksdirektion Halle, vorgestellt in der Zeitschrift Gastronomie 8/70, unter Auswertung der Teillösungen in den ersten Wohnkomplexen);

Entwicklung einer Mehrfunktionseinrichtung als Kindergarten, Polytechnische Oberschule und Freizeitzentrum (vorgestellt in: deutsche architektur 19/69, das erste Objekt steht kurz vor der Fertigstellung);

Nutzung des Feierabend- und Pflegeheimes im Wohnkomplex I vorerst als Kinderkrippe und Kinderkrankenhaus (für diese Nutzung bereits übergeben);

Nutzung von Altbausubstanz für Kindereinrichtungen in der Zeit des größten Bedarfs (nicht realisiert durch Forderungen des Gesundheitswesens, die hohen finanziellen und handwerklichen Aufwand zur Folge gehabt hätten);

Kinderkrippen als provisorische Einrichtungen in den unteren Geschossen eines zehngeschossigen Mittelganghauses (WK I) und in Wohnungen des Erd- und 1. Obergeschosses eines fünfgeschossigen Wohnhauses vom Typ P Halle I (WK II);

Polytechnische Oberschulen mit dem Standort an den Wohnkomplexzentren als künftige Zentren für Freizeit und Bildung;

„Delta"-Kindergarten im Zentrum des Wohnkomplexes I, der aufgrund seiner Skelettkonstruktion mit großflächigen HP-Dachschalen gut für andere gesellschaftliche Nutzungen umgestaltet werden kann.

■ Zur Wohnungsbelegung

Das Mischungsverhältnis der einzelnen Wohnungsgrößen wird durch die Forderungen des Auftraggebers und die Möglichkeiten des Typenangebots exakt bestimmt. Die Wohnungsbelegung dagegen ist von der Wohnraumsituation, der Familiengröße, dem Lebensstandard und anderen Faktoren abhängig, wechselt und kann daher nicht exakt angegeben werden. Da zur Bemessung der gesellschaftlichen Einrichtungen, der technischen Versorgung und des Verkehrs sowie zur allgemeinen Darstellung der Größe eines Wohngebietes auch die Angabe der geplanten Einwohnerzahl erforderlich ist, ist es daher üblich, diese Angabe aus der Summe der Wohnungen multipliziert mit einem pauschalen Belegungsfaktor pro Wohnung (als Durchschnitt für alle Wohnungen, der bei Altbauwohnungen etwa 2,8 und bei Neubauwohnungen 3,1 bis 3,5 Einwohner pro Wohnung beträgt) zu ermitteln. Die Ungenauigkeit liegt im pauschalen, nach Erfahrung festgelegten Belegungsfaktor. Diese Ungenauigkeit wird eingeschränkt, wenn man diesen Rechengang getrennt für jede Wohnungsgröße durchführt und die Einzelwerte addiert. Die so errechneten Zahlen können unterschiedliche Mischungsverhältnisse im Planungsgebiet berücksichtigen. Die Vielzahl kleiner Wohnungen im Wohnkomplex I im Vergleich zu den größeren Wohnungen des Wohnkomplexes II ist daher auch an den unterschiedlichen Zahlen der durchschnittlichen Wohnungsbelegung mit 3,01 gegenüber 3,29 Einwohner pro Wohnung zu erkennen.

Von 1964 bis 1967 wurde in Halle-Neustadt mit einer durchschnittlichen Belegung von (in der Reihe von der Einraum- bis zur Fünfraumwohnung) 1,2 — 2,5 — 3,6 — 4,4 — 5,4 Einwohner pro Wohnung gerechnet. Eine Überprüfung der realen Belegung, die 1968 durchgeführt wurde, ergab jedoch abweichende Werte (7). Die Wohnungsbelegung im Wohnkomplex I und Teilen des Wohnkomplexes II betrug durchschnittlich 1,25 — 2,53 — 3,43 — 4,58 — 5,18 Einwohner pro Wohnung. Es zeigte sich, daß die Belegung der Dreiraum- und der Fünfraumwohnung rechnerisch zu hoch angesetzt war, obwohl im Wohnkomplex I zu dieser Zeit eindeutig eine Überbelegung festzustellen war. Von 1968 bis 1970 reduzierte sich diese Überbelegung um 4 Prozent, wie die heutigen Belegungszahlen in Tabelle 3 zeigen. Bei den folgenden Wohnkomplexen ist die Belegungsdichte deutlich geringer. Die Ursachen dafür sind noch nicht eindeutig bestimmt. Sie können darin liegen, daß für den Wohnkomplex I erst die dringendsten Fälle der Wohnungssuchenden, vor allem Familien mit mehreren Kindern, berücksichtigt wurden, während in den Folgejahren sich die Situation durch die Konzentration des Wohnungsbaues im Ballungsgebiet verbessert hat. Das könnte bedeuten, daß bei steigendem Wohnungsangebot die Wohnungsbelegung abnimmt und sich dem Wert von 1,0 Einwohner pro

Raum nähert. Eine abnehmende Belegungstendenz von 1,2 auf 1,0 Einwohner pro Raum ist bei den wichtigsten Wohnungsgrößen in Halle-Neustadt festzustellen, wie Tabelle 3 zeigt, während die anfangs unterbelegten größeren Wohnungen jetzt realer belegt werden. Bei den Einzelwerten muß jedoch berücksichtigt werden, daß sie im Wohnkomplex III durch die Geburt von Kindern noch ansteigen werden.

In diesem Zusammenhang ist die 1967/68 für den Wohnkomplex IV ursprünglich vorgesehene lockere Belegung mit 1,0 – 2,1 – 3,3 – 4,4 – 5,4 Einwohner pro Wohnung als zu gering und deshalb gegenwärtig unreal einzuschätzen, weil dadurch zu wenig gesellschaftliche Einrichtungen eingeplant worden und Versorgungslücken über einen sehr langen Zeitraum (bis zur Erreichung dieser prognostischen Belegung) aufgetreten wären.

Aus den gegenwärtigen realen Belegungszahlen wurde die Schlußfolgerung gezogen, daß für die weitere Planung eine Belegungsreihe mit 1,1 – 2,2 – 3,4 – 4,5 – 5,4 Einwohner pro Wohnung angenommen werden muß. Hierbei ist schon berücksichtigt worden, daß eine Überbelegung bei den kleineren Wohnungen besonders störend wirkt.

Es besteht auch folgende weitere Problematik: Mit der für den Wohnkomplex II anfangs errechneten Belegung ergab sich eine Zahl von insgesamt 19 400 Einwohnern, obwohl bei der tatsächlichen Belegung (nach Umrechnung der Werte der VBWGZ für diesen Wohnkomplex unter Eliminierung der gegenwärtig noch zweckentfremdet genutzten Wohnungen) im Endzustand nur 18 800 Einwohner vorhanden sein werden. Die rechnerische Ansetzung mit einer geringeren, wenn auch realen Belegung ist aber ungünstigerweise mit geringeren Einwohnerdichten verbunden: 260 gegenüber 274 Einwohner pro Hektar (zur Problematik der bei 300 Einwohner pro Hektar liegenden Richtzahl, die in Halle-Neustadt vor allem wegen der erheblichen Kapazitäten an Kindereinrichtungen mit 60 bzw. 94 Plätzen pro 1000 Einwohner und der Flächen für den ruhenden Verkehr nicht erreicht werden kann, an anderer Stelle). Andererseits ergeben sich aus einer unbegründet höher angenommenen Einwohnerzahl auch höhere Anforderungen an Kapazitäten in Kindereinrichtungen, die bei den in Halle-Neustadt geltenden Richtwerten etwa 40 Kinderkrippen- und 60 Kindergartenplätze mit insgesamt 0,7 Mio Mark Investitionen mehr erfordern würde. Ähnliches gilt für die anderen gesellschaftlichen Einrichtungen.

■ Zum Mischungsverhältnis der Wohnungen

Gebunden an die Vorgaben der Grundkonzeption von 1964 mit durchschnittlich 49 m² Wohnungsfläche entwickelte sich in Halle-Neustadt ein Mischungsverhältnis von 13 Prozent Einraumwohnungen, 30 Prozent Zweiraumwohnungen, 46 Prozent Dreiraumwohnungen und 11 Prozent Vierraumwohnungen. Die strenge Anwendung dieses Mischungsverhältnisses im ersten Wohnkomplex (14 Prozent – 32 Prozent – 41 Prozent – 13 Prozent) führte zu einer starken Überbelegung der Wohnungen (Tabelle 3), da hier hauptsächlich Ehepaare mit Kindern oder junge Ehepaare, die in den Folgejahren Kinder bekommen, Wohnungen erhalten haben. Die Tendenz zur Ein- und Zweikinderfamilie wird durch die statistischen Angaben bestätigt, die Ende 1970 35 180 Einwohner (darunter 12 290 Kinder) in 10 893 Wohnungen, also 3,23 Einwohner pro Wohnung (oder aber 1,1 Kinder auf 2 Erwachsene), nachweisen. Für diese Familien ist der große Anteil kleiner Wohnungen ungeeignet. Also Folge ist gegenwärtig eine Binnenwanderung in Halle-Neustadt vom Wohnkomplex I in die größeren Wohnungen der nachfolgenden Wohnkomplexe zu beobachten.

Mit der Entwicklung der Volkswirtschaft konnte ab 1965 die durchschnittliche Wohnungsgröße auf 54 bis 56 m² angehoben und damit ein den Bedürfnissen der jungen Stadt besser entsprechendes Mischungsverhältnis erreicht werden. Unter Einhaltung dieser Kennzahl wurde für die weitere Planung folgendes Mischungsverhältnis ermittelt: 5 Prozent Einraumwohnungen, 20 bis 25 Prozent Zweiraumwohnungen, 55 bis 60 Prozent Dreiraumwohnungen und 10 bis 15 Prozent Vier- und Fünfraumwohnungen.

Gegenwärtig beträgt der Wohnungsbestand einschließlich der abgeschlossenen Planungen bis 1974 für 23 600 Wohnungen (Wohnkomplexe I–IV und Wohngebiet Gimritzer Damm) 11 Prozent Einraumwohnungen, 18 Prozent Zweiraumwohnungen, 56 Prozent Dreiraumwohnungen, 13 Prozent Vierraumwohnungen und 2 Prozent Fünfraumwohnungen. Für den weiteren Wohnungsbau in Halle-Neustadt stehen als Typenangebot des Wohnungsbaukombinates die Ratio-Projekte des P 2 für fünf- und elfgeschossige Bebauung zur Verfügung, mit denen gegenwärtig ein Mischungsverhältnis aus 2 Prozent Einraumwohnungen, 10 Prozent Zweiraumwohnungen, 78 Prozent Dreiraumwohnungen und 10 Prozent Vierraumwohnungen möglich ist. Die oben geforderten Werte sind daher unter Einbeziehung eines weiteren Typs mit kleinen Wohnungen zu erreichen.

■ Aus den vorgenannten Feststellungen ergeben sich zusammengefaßt folgende Schlußfolgerungen für weitere Planungen:

■ Altersstruktur: Zur Vermeidung von Disproportionen in der Altersstruktur, die sich in den Folgejahren besonders bei der Bemessung von Kindereinrichtungen bemerkbar machen und die ökonomisch schwer zu beherrschen sind, muß beim Bau neuer Wohngebiete unbedingt mit geeigneten Methoden, als Ergebnis spezifischer soziologischer Analysen, eine ausgeglichenere Mischung der Altersgruppen erreicht werden, die im Idealfall dem DDR-Durchschnitt nahekommt.

■ Ausstattung mit Kindereinrichtungen: Entsprechend den maximalen Bevölkerungsanteilen von 11 Prozent Kindern im Kinderkrippenalter, 11 Prozent Kindern im Kindergartenalter und 24 Prozent Schulkindern ist eine – örtlich unterschiedliche – Erhöhung der dem DDR-Durchschnitt der Altersgruppen entsprechenden Richtwerte erforderlich.

Bei großen, in längeren Zeiträumen zu errichtenden Wohngebieten treten die Maxima der Altersgruppen dem Bauablauf folgend schwerpunktmäßig auf. Es ist deshalb zu empfehlen, die über den normalen Richtwert hinaus erforderlichen Vorschul- und Schuleinrichtungen in Komplexen zu konzentrieren und in verkehrsgünstiger Lage anzuordnen, um sie für mehrere Baugebiete nacheinander nutzen zu können. Darüber hinaus sollten solche Einrichtungen entweder als zeitbedingte Provisorien in Altbauten oder neuen Wohngebäuden (unter Reduzierung der hygienischen Maximalanforderungen auf einen der Nutzungsdauer entsprechenden Umfang) eingerichtet werden.

■ Wohnungsbelegung: Aus realen Belegungswerten für Neubauten ergibt sich eine Wohnungsbelegung von gegenwärtig 1,1 Personen pro Raum sowie 1,1 – 2,2 – 3,4 – 4,5 – 5,4 Einwohner pro Wohnung für die Einraum- bis Fünfraumwohnung, die den Planungen für die nächsten Jahre zugrunde gelegt werden sollte. Bei dem für Halle-Neustadt vorgesehenen Mischungsverhältnis entspricht das einer durchschnittlichen Belegung von etwa 3,2 Einwohner pro Wohnung.

■ Mischungsverhältnis: In reinen Neubaugebieten ohne nähere Nachbarschaft zu Wohnbaubestand empfiehlt sich ein Mischungsverhältnis von 25 bis 30 Prozent Ein- und Zweiraumwohnungen, 55 bis 60 Prozent Dreiraumwohnungen und 10 bis 15 Prozent Vier- und Fünfraumwohnungen, wenn aufgrund bestimmter Zielsetzungen, Ansiedlungspolitik oder Bevölkerungsstrukturen keine anderen Werte festgelegt werden. Bei Nachbarschaft von Altbaubestand kann eventuell der Anteil großer Wohnungen verringert werden. Eine künftige Entwicklung des Wohnungsbedarfs in Abhängigkeit von der Altersstruktur sollte möglich sein.

Tabelle 1 Altersstrukturen (in %) im Wohnkomplex I und in der Gesamtstadt

Zähldatum	0 bis 3 Jahre		3 bis $6^7/_{12}$ Jahre		$6^7/_{12}$ bis $16^7/_{12}$ Jahre		EW	
	WK I	Stadt	WK I	Stadt	WK I	Stadt	WK I	Stadt
15. 9. 1968	9,7	10,0	12,0	11,2	13,1	13,3	13 701	16 420
1. 1. 1971	6,3	9,2	9,1	11,0	17,4	14,7	14 635	35 180
Entwicklung	– 3,4	– 0,8	– 2,9	– 0,2	+ 4,3	+ 1,4		

Tabelle 2 Altersstrukturen (in %) in 12 Wohnblöcken des Wohnkomplexes I

Zähldatum	0 bis 3 Jahre	3 bis $6^7/_{12}$ Jahre	$6^7/_{12}$ bis $16^7/_{12}$ Jahre	Einwohner gesamt
4. 8. 1966	15,4	6,2	7,8	2 109
15. 9. 1968	9,3	11,7	11,4	3 096
1. 1. 1971	5,5	7,2	15,4	2 973

Tabelle 3 Belegung der Wohnungen in Halle-Neustadt am 1. 1. 1971 (Einwohner pro Wohnung)

Wohnungsgröße	WK I	WK II	WK III	Durchschnitt	Einwohner pro Raum
Einraumwohnung	1,23	1,34	1,08	1,26	1,26
Zweiraumwohnung	2,40	2,32	2,00	2,35	1,17
Dreiraumwohnung	3,53	3,44	3,15	3,41	1,14
Vierraumwohnung	4,73	4,49	4,59	4,58	1,15
Fünfraumwohnung	4,86	5,56	5,75	5,38	1,08
Durchschnitt (abhängig vom Mischungsverhältnis)	3,01	3,29	3,23	3,23	1,17
Einwohner	14 635	15 907	4 186		

Literatur:

(1) Leucht, Kurt W.: Die erste neue Stadt in der DDR. Berlin 1957

(2) Peisert, H.: Bevölkerungsentwicklung in neuen Städten. Hannover 1959

(3) Rosner, R.: Neue Städte in England. München 1962

(4) Muggli, Hugo Werner: Greater London und seine New Towns. Dissertation, Basel 1968

(5) Zapf, Katrin; Heil, Karolus; Rudolph, Justus: Stadt am Stadtrand. Frankfurt (Main) 1969

(6) Schlesier, Karlheinz: Ergebnisse zur Prognose der Bevölkerungsentwicklung der Chemiearbeiterstadt Halle-West und erste Schlußfolgerungen. Büro des Chefarchitekten Halle-Neustadt 1966

(7) Pruszynski, Joachim; Schauer, Hans-Hartmut: Untersuchungen zur Wohnungs- und Einwohnerstruktur. Büro für Städtebau Halle, Abt. Halle-Neustadt 1968

Kapazitätsdiagramm für gesellschaftliche Einrichtungen im Wohngebiet

Dr.-Ing. Siegfried Kress
Deutsche Bauakademie, Institut für Städtebau und Architektur

Mit der Entwicklung von stärker differenzierten Einwohnerdichten und Lagebedingungen für gesellschaftliche Einrichtungen ergab sich auch die Notwendigkeit, die Abhängigkeit der Kapazitäten dieser Einrichtungen von diesen Faktoren eingehender zu untersuchen. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen fanden ihren Niederschlag in einer Forschungsarbeit der Abteilung Wohngebiete unter dem Titel „Theoretische Untersuchungen über den Einfluß der Einwohnerdichte auf Kapazität und Einzugsgebiet gesellschaftlicher Einrichtungen im Wohngebiet (Verfasser: Dipl.-Gärtner Thiemann und Dr.-Ing. Rietdorf). Diese Arbeit erscheint in den Schriftenreihen der Bauforschung, Reihe Städtebau und Architektur im Heft „Beiträge zur Planung von Wohngebieten" (voraussichtlich als Heft 38 gegen Ende des Jahres 1971).

Ausgehend von diesen Forschungsergebnissen, ist das im folgenden beschriebene Kapazitätsdiagramm als unmittelbar anwendbare Arbeitsgrundlage für die Büros für Stadtplanung und den Projektierungsbüros der Wohnungsbaukombinate entwickelt worden. Mit dem Diagramm ist in einfacher und übersichtlicher Form schnell und mit dem erforderlichen Genauigkeitsgrad

- die Kapazität von gesellschaftlichen Einrichtungen, entsprechend der vorgegebenen Einwohnerzahl, oder
- die Einwohnerzahl, entsprechend der vorgegebenen Kapazität

bestimmbar und zwar in Abhängigkeit vom Einzugsgebiet (zulässige Wegentfernung) und der Einwohnerdichte.

Das Kapazitätsdiagramm gliedert sich in zwei Teile: Teil 1 – Diagramm und Teil 2 – Kapazitätsbestimmung.

■ Diagramm

Es stellt die Beziehungen zwischen der Anzahl der Einwohner, der Einwohnerdichte und dem Einzugsgebiet her. Den Einzugsgebieten sind die zulässigen Wegentfernungen zugrunde gelegt worden:

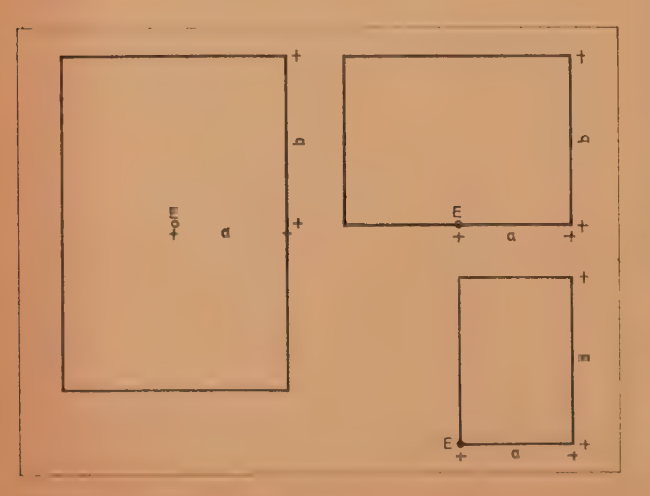
300 m, 600 m, 800 m, 1000 m.

Die Einzugsgebiete werden darüber hinaus, entsprechend den wesentlichsten Standardsituationen für die Lage von gesellschaftlichen Einrichtungen im Wohngebiet, unterteilt:

1 = Mittige Lage der Einrichtungen im Einzugsgebiet (M)
2 = Mittige Randlage der Einrichtungen im Einzugsgebiet (mR)
3 = Extreme Randlage der Einrichtungen im Einzugsgebiet (eR)
(siehe Skizze)

Die Markierungen im Diagramm sind dementsprechend vorgenommen worden: Obere Zahl im Kreis entspricht der Wegeentfernung, die untere Zahl im Kreis der Lagebedingung.

Aus der unterschiedlichen Lage der Einrichtungen ergeben sich unterschiedliche Versorgungsbereiche, die hier in das Verhältnis M : mR : eR = 4 : 2 : 1 gebracht worden sind, indem das Verhältnis der Teilstrecken a und b immer gleichbleibend ist und zwar verhält sich a : b wie 2 : 3 (ein in der Praxis meist anzutreffendes Verhältnis). Abweichungen von diesen Proportionen führen nur zu geringfügigen Abweichungen und können weitgehend vernachlässigt werden, ausgenommen extreme Verhältnisse zwischen a und b.



■ Kapazitätsbestimmung

Die Kapazitäten der gesellschaftlichen Einrichtungen sind in Leistenform den Einwohnerzahlen zugeordnet. Die Anordnung ober- und unterhalb des Diagramms ist ohne besondere Bedeutung und wurde nur aus Zweckmäßigkeitsgründen vorgenommen. Durch diese Zuordnung kann sofort die notwendige Kapazität für eine bestimmte Anzahl von Einwohnern oder umgekehrt bei vorgegebenen Kapazitäten die dafür erforderliche Anzahl von Einwohnern abgelesen werden.

Die Einwohnerzahl wiederum stellt die Verbindung zwischen Diagramm und Kapazität her und somit können die eingangs genannten Beziehungen festgestellt und in der Planung berücksichtigt werden. Darüber hinaus ist noch die Standortbestimmung (Mittellage bis extreme Randlage der Einrichtung) möglich.

Beispiel 1

Polytechnische Oberschule, zulässige Wegeentfernung = 800 m

- zweizügige Schule: 720 Plätze = 4000 Einwohner

mögliche Lage der Schule: extreme Randlage (260 Ew/ha) bis Mittellage (65 Ew/ha)

- vierzügige Schule: 1440 Plätze = 8000 Einwohner

mögliche Lage der Schule: mittlere Randlage (260 Ew/ha) bis Mittellage (130 Ew/ha)

- sechszügige Schule: 2160 Plätze = 12 000 Einwohner

mögliche Lage der Schule: mittlere Randlage (390 Ew/ha) bis Mittellage (195 Ew/ha)

- achtzügige Schule: 2880 Plätze = 16 000 Einwohner

praktisch nur noch Mittellage möglich (260 Ew/ha)

Beispiel 2

Kaufhalle, zulässige Wegeentfernung = 600 m
extreme Randlage bei

200 Ew/ha = 1750 Einwohner = 175 m² V. R. Fl.
300 Ew/ha = 2600 Einwohner = 260 m² V. R. Fl.
400 Ew/ha = 3500 Einwohner = 350 m² V. R. Fl.
500 Ew/ha = 4300 Einwohner = 430 m² V. R. Fl.

- mittlere Randlage bei

200 Ew/ha = 3450 Einwohner = 345 m² V. R. Fl.
300 Ew/ha = 5200 Einwohner = 520 m² V. R. Fl.
400 Ew/ha = 6900 Einwohner = 690 m² V. R. Fl.
500 Ew/ha = 8600 Einwohner = 860 m² V. R. Fl.

- Mittellage

200 Ew/ha = 7 000 Einwohner = 700 m² V. R. Fl.
300 Ew/ha = 10 500 Einwohner = 1050 m² V. R. Fl.
400 Ew/ha = 14 000 Einwohner = 1400 m² V. R. Fl.
500 Ew/ha = 17 400 Einwohner = 1740 m² V. R. Fl.

Das Kapazitätsdiagramm kann Veränderungen angepaßt werden. Ergibt sich beispielsweise regional bedingt ein anderer Versorgungsgrad, so kann der Teil 2 des Kapazitätsdiagramms dementsprechend korrigiert werden, indem die vorgegebenen durch die örtlich zutreffenden Werte ersetzt werden. Dabei ist nur die notwendige Maßstäblichkeit zu beachten. Der Teil 1 bleibt in diesem Falle unberührt und damit allgemein gültig.

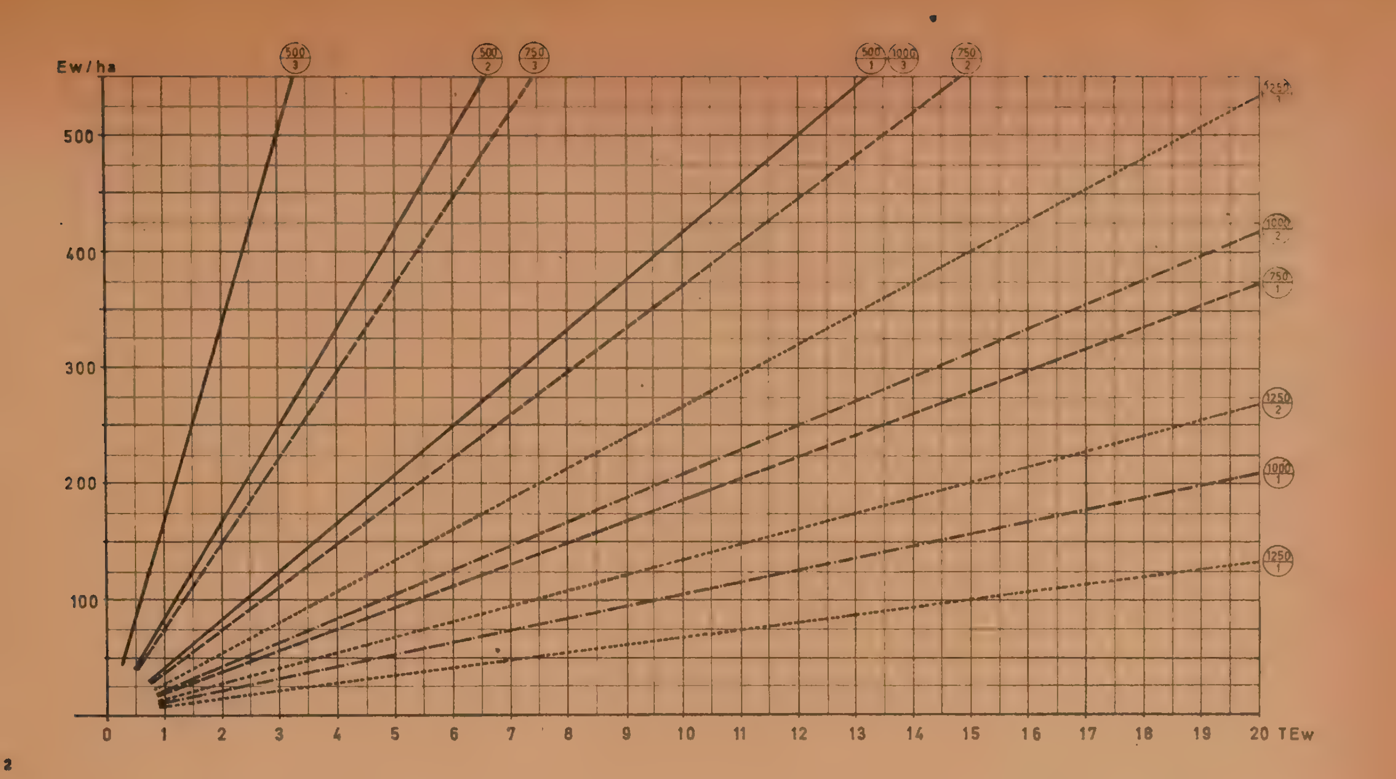
Es ist aber auch möglich, andere Wegeentfernungen einzusetzen. Diesen Fall zeigt Abbildung 2 beispielsweise für:

500 m, 750 m, 1000 m, 1250 m.

Hierbei bleibt der Teil 2 unberührt und kann in der dargelegten Form verwendet werden.

Schließlich ist auch noch der Fall möglich, sowohl Kapazitäten als auch Wegeentferungen zu verändern. Dabei ist die Zahl der Einwohner und die Einwohnerdichte als konstant anzunehmen.

Aus diesen Feststellungen läßt sich außerdem ableiten, daß mit Hilfe dieser Methoden beliebige Wegeentfernungen für gesellschaftliche Einrichtungen angenommen und analysiert werden können.



2

1

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20		
…STÄTTE	20	40	60	80	100	120	140	160	180	200	220	240	260	280	300	320	340	360	380	400	PLÄTZE	600
…NAHMEST	30	60	90	120	150	180	210	240	270	300	330	360	390	420	450	480	510	540	570	600	m² LF[illegible]	600
…FHALLE	100	200	300	400	500	600	700	800	900	1000	1100	1200	1300	1400	1500	1600	1700	1800	1900	2000	m² VRF[illegible]	600
…ERGARTEN	50	100	150	200	250	300	350	400	450	500	550	600	650	700	750	800	850	900	950	1000	PLÄTZE	300
…ERKRIPPE	25	50	75	100	125	150	175	200	225	250	275	300	325	350	375	400	425	450	475	500	PLÄTZE	300

Ew/ha
600
500
400
300
200
100
300/3 300/2 300/1 600/3 800/3 500/2 1000/3 800/2 600/1 1000/2 300/1 1250/1
0 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 TEw

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20		
…OBERSCHULE	180	360	540	720	900	1080	1260	1440	[illegible]	1800	1980	2160	[illegible]	2520	[illegible]	[illegible]	[illegible]	3240	3420	3600	PLÄTZE	800
…RTANLAGEN	03	06	09	12	15	18	21	24	[illegible]	30	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
…MME PLÄTZE	01	02	03	04	05	06	[illegible]	08	[illegible]	[illegible]	[illegible]	12	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	17	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
…B KLUB M G	15	30	45	60	[illegible]	[illegible]	105	120	135	[illegible]	[illegible]	[illegible]	195	[illegible]	225	[illegible]	255	[illegible]	285	[illegible]	PLÄTZE	[illegible]
…BLIOTHEK	2	4	6	8	10	12	14	16	[illegible]	20	22	24	26	28	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	38	[illegible]	[illegible]	[illegible]
…STAMT			1			2			3			4			5			[illegible]			[illegible]	[illegible]
…ISEUR	12	24	36	48	60	72	84	96	108	120	132	144	156	168	180	192	[illegible]	216	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
…BULATORIUM					1					2					3					[illegible]	[illegible]	[illegible]
…OTHEKE										1										[illegible]	[illegible]	[illegible]

Grundsätze für den Aufbau von Versorgungs- und Betreuungsnetzen in Städten

In diesem Beitrag werden Gedanken vorgetragen, die den im Zentralen Forschungs- und Projektierungsinstitut für Bauten des Handels und der Touristik ausgearbeiteten „Vorschlägen zu den grundlegenden Entwicklungsrichtungen von Systemen zur Versorgung und Betreuung der Bevölkerung in den Städten" zugrunde liegen.
Der hier publizierte Artikel wurde unter Leitung des Institutsdirektors, M. Orlow, von der Architektin I. Fedossejewa und dem Soziologen B. Sasonow — mit Unterstützung des Architekten W. Hait und des Ökonomen S. Rudin — erarbeitet.

I. R. Fedossejewa
Kandidat der Architekturwissenschaft, Moskau

Die Teilsysteme der Versorgung und Betreuung spielen vor allem in der Sphäre der Reproduktion der Produktivkräfte der Gesellschaft eine große Rolle und sind damit wichtige Faktoren bei der Gestaltung des Lebens der Gesellschaft.

In der Sowjetunion ist das Dienstleistungswesen aufgerufen, an der Lösung zahlreicher Aufgaben mitzuwirken, die die praktische Verwirklichung des kommunistischen Prinzips der Verteilung nach den Bedürfnissen zum Ziele haben, da es einen erheblichen Anteil an der Herausbildung und Befriedigung der Bedürfnisse hat.

Bei unseren Bemühungen um eine rationelle Organisation des Dienstleistungsnetzes stoßen wir auf einen großen Komplex von sozialen, städtebaulichen, technischen und ökonomischen Problemen, die untereinander vielfältig verbunden sind. Je vollständiger die in den Städten auftretenden sozialen Prozesse und der wissenschaftlich-technische Fortschritt in den Bereichen der Dienstleistungen berücksichtigt werden, um so ökonomischer wird das Dienstleistungssystem als Ganzes wirken können und um so größer wird die Lebensdauer der Einrichtungen des Handels, der Gemeinschaftsverpflegung und der allgemeinen Betreuung sein.

Bei der Ausarbeitung von Vorschlägen zur Entwicklung eines Versorgungs- und Betreuungssystems strebten wir danach, daß die in die Generalpläne der Städte aufzunehmenden Grundlagen für den Aufbau von Netzen und Gebäudetypen nicht nur die Forderungen der Gegenwart erfüllen, sondern soweit als irgend möglich auch zukünftigen Veränderungen Rechnung tragen können.

Im gegenwärtigen Stadium vollzieht sich die Organisierung des kulturellen und Diestleistungssystems in den Städten — die Entscheidungen über die Kapazität von Einrichtungen und Betrieben, ihre territoriale Anordnung, die Entwicklung von Typenbauten und deren Gestaltung zu Zentren des gesellschaftlichen Lebens beinhaltet — bei uns ebenso wie in vielen anderen Ländern auf der Grundlage eines „stufenweisen" Systems. Bei aller Bedeutung, die dieses System bereits für den Aufbau von typenprojektierten gesellschaftlichen Bauten und den Komplexbau neuer Wohngebiete besitzt, muß man doch feststellen, daß bis jetzt noch keine günstigen Voraussetzungen für den Aufbau eines rationellen Dienstleistungsnetzes geschaffen worden sind. Dieser Sachverhalt läßt sich leicht an zahlreichen Beispielen belegen: ungenügende ökonomische Effektivität der im Rahmen dieses Systems geschaffenen Betriebe; unzureichende Inanspruchnahme der in den Wohnbezirken entstandenen Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung; niedriger Umsatz der Kaufhäuser, die inmitten des Wohngebietes in Betrieb genommen wurden. Gleichzeitig ist eine stark erhöhte Inanspruchnahme der Warenhäuser und Gemeinschaftsverpflegungsbetriebe zu verzeichnen, die in belebten Straßen, an den Haltepunkten der Massenverkehrsmittel und in der Nähe von Arbeitszentren und kulturellen Einrichtungen entstanden sind.

Diese Sachlage erklärt sich zu einem guten Teil dadurch, daß die Ausgangsvorstellungen für den Aufbau eines stufenförmigen Systems — von der Herausbildung des gesellschaftlichen Lebens im Wohnkomplex über die Gliederung der Dienstleistungen nach dem Merkmal der Inanspruchnahme durch die Bevölkerung (täglich, periodisch, gelegentlich) bis zur Einordnung dieser Betriebe in entsprechende Struktureinheiten der Stadt (Wohnkomplex, Wohnbezirk bzw. Stadtteil, Stadtganzes) — im Widerspruch zu den sich entwickelnden Formen des gesellschaftlichen Lebens der Bevölkerung und zu den modernen Tendenzen der Entwicklung des Städtebaus standen.

Man sollte bei der Projektierung eines Dienstleistungsnetzes in erster Linie folgende Faktoren berücksichtigen:

- Wachsender Wohlstand der Bevölkerung, Entwicklung und Differenzierung der Produktionstätigkeit, der kulturellen Ansprüche und der Interessen der Menschen führen zu einer Einschränkung der zwischenmenschlichen Beziehungen im Wohngebiet und fördern die Aktivierung des gesamtstädtischen gesellschaftlichen Lebens;
- Zunehmende Mobilität der Bevölkerung, Anwachsen des Massen- und individuellen Verkehrs;
- Steigende Arbeitsproduktivität und Ausweitung der Freizeitsphäre erhöhen die Bedeutung des Zeitfaktors in der Lebensführung der Menschen. Dieser Umstand ist für die sozialistischen Länder von besonderer Bedeutung, wo die Frage der Freizeit im Sinne der marxistisch-leninistischen Lehre von der Entwicklung der Persönlichkeit und ihrer vielseitigen Interessen als einer der wichtigsten Bedingungen des sozialen Fortschritts beantwortet wird;
- Unterbringung einer erheblichen Anzahl von Arbeitsstätten in Wohngebieten der Stadt — Industriebetriebe, die kaum schädliche Auswirkungen auf die Umwelt haben, wissenschaftliche, Projektierungs-, Verwaltungs- und ähnliche Einrichtungen —, durch die das reine Wohngebiet in einen gemischten Arbeits- und Wohnbereich umgewandelt wird;
- Unter dem Einfluß des wissenschaftlich-technischen Fortschritts verändern sich die Herstellung von Bedarfsgegenständen und die Methoden und Formen der Dienstleistungen. Im Handel wird das Sortiment der Massenbedarfsartikel zugleich mit der Standardisierung der Produktion erweitert. Der Bestellhandel mit Lieferung ins Haus und der Versandhandel über größere Entfernungen breiten sich aus. In der Gemeinschaftsverpflegung wird die Technologie der Speisenherstellung vervollkommnet. Das Angebot an industriell vorgefertigten Speisen, deren endgültige Zubereitung vor dem Verzehr nur einen minimalen Aufwand erfordert, wächst, und der Hauswirtschaft werden immer bessere technische Hilfsmittel zur Verfügung gestellt.

Alles dies erfordert eine durchgreifende Verbesserung der Organisation des Dienstleistungswesens, vor allem die Schaffung eines beweglicheren Systems, das dem Lebensstil der Bevölkerung voll entspricht und sämtliche verfügbaren technischen und organisatorischen Möglichkeiten nutzt.

Den im Institut ausgearbeiteten Vorschlägen für den Aufbau eines Dienstleistungssystems wurde eine Analyse seiner Funktionen zugrunde gelegt. Versorgung und Betreuung gehören zu den wichtigsten Voraussetzungen für die Entfaltung des Lebens der Bevölkerung, sie begleiten den Menschen in allen Bereichen seiner Tätigkeit — bei der Arbeit, während der Erholung, auf seinen Wegen in der Stadt und im häuslichen Leben. Folglich kann das Arbeitsgebiet des Dienstleistungssystems nicht auf ein einzelnes, mehr oder weniger isoliertes Element des städtischen Organismus eingeengt werden, sondern muß über die gesamte Raumstruktur hinweg wirken.

Hierbei darf man nicht aus dem Auge verlieren, daß das Dienstleistungswesen im weiteren Sinne seines Charakters zwei Funktionen zu erfüllen hat, die für den Menschen unterschiedliche Bedeutung haben: Einerseits — und in erster Linie — hat es die materiellen Ansprüche des Menschen zu befriedigen, normale Arbeitsbedingungen zu gewährleisten und die Voraussetzungen für wirksame Freizeitgestaltung und Erholung zu schaffen. Zum anderen soll es aber auch der Befriedigung der kulturell-ästhetischen Bedürfnisse dienen, es soll die Begegnung zwischen den Menschen erleichtern und ihnen helfen, ihren Geschmack zu bilden.

Vom Gesichtspunkt des Zeitaufwandes muß ganz allgemein gefordert werden, das Dienstleistungswesen so zu organisieren, daß gesellschaftlich nutzloser Zeitaufwand bei der Erledigung von Einkäufen und bei der Inanspruchnahme von Dienstleistungen anderer Arten auf ein Minimum beschränkt bleibt. Andererseits hat das Dienstleistungssystem sicherzustellen, daß alle Voraussetzungen für eine optimale Nutzung der Freizeit vorhanden sind. Dafür sind Dienstleistungen höchsten Niveaus in größtmöglicher Vielfalt zur Verfügung zu stellen, die den wachsenden Bedürfnissen der Menschen in weitestem Umfang Rechnung tragen müssen.

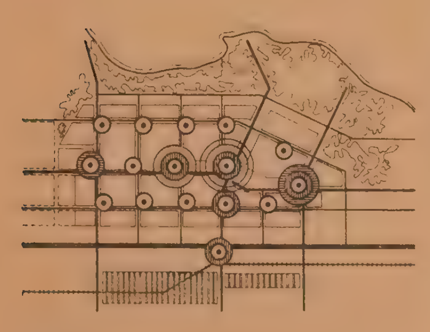
In Übereinstimmung mit den Funktionen, die die Einrichtungen zur Versorgung und Betreuung der Bevölkerung zu erfüllen haben und unter Berücksichtigung der Bedeutung des Zeitfaktors kann man das Dienstleistungswesen nach zwei Arten unterscheiden, die verschiedene Organisationsformen bedingen.

Zum ersten Typ, der hier als Standardtyp bezeichnet sei, kann man diejenigen Formen der Dienstleistungen rechnen, die der Bevölkerung die wichtigsten Gebrauchsgüter und Dienste bei minimalem Zeit- und Kraftaufwand zur Verfügung zu stellen haben. Hierbei handelt es sich um Kaufhallen mit einem universellen Sortiment von Lebensmitteln und Massenartikeln, Gaststätten — Cafés oder Restaurants, die tagsüber als Speisegaststätte genutzt werden und vollwertige Ernährung anbieten — sowie um die meisten der Betriebe, die Gegenstände des täglichen Bedarfs verkaufen. Alle diese Betriebe können in Kaufhallen vereint untergebracht werden, in denen dann wirklich ein komplexes Angebot aller Dienstleistungen zur Verfügung steht, das dem einheitlichen Charakter des Bevölkerungsbedarfs entspricht. Um den Kunden Zeit- und Kraftaufwand zu ersparen, kann man diese Kaufhallen dort einrichten, wo sich das tägliche Leben der Menschen abspielt (Wohngebiete, in der Nähe von Arbeitsstätten, an Kreuzungspunkten des Verkehrs) oder im Zuge der Straßen, die die größten Passantenströme aufweisen, vorzugsweise in der Nähe von



1 Struktur des Netzes von Handels- und Dienstleistungsbetrieben (am Beispiel einer Großstadt)

- Zentren der „Standard"-Dienstleistungen
- Wirkungsbereich dieser Zentren
- Kaufhalle für den gesamten Stadtbereich
- Betriebe der „Sonder"-Dienstleistungen
- Arbeitsstätten in Wohngebieten
- Stätten für Kulturveranstaltungen
- Hoch- und Fachschulen



2 Methode zur Berechnung eines Netzes von Betrieben des Handels, der Gemeinschaftsverpflegung und des Dienstleistungswesens

- Einwohner im Dienstleistungsbereich
- Beschäftigte von Einrichtungen und Betrieben, deren Standort im Dienstleistungsbereich liegt
- Studierende an Hoch- und Fachschulen im Dienstleistungsbereich
- Gesamtbevölkerung der Stadt
- Haupteinzugsgebiet für die Bevölkerung aus den Randgebieten

Haltestellen der öffentlichen Verkehrsmittel. Unter solchen Bedingungen ist die Zeit, die für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen aufgewendet wird, nicht isoliert von der sonstigen Tätigkeit der Menschen zu sehen, sondern geht in die Gesamtstruktur des Zeitaufwandes ein. Eine Grenzform der optimalen Nutzung von Kraft und Zeit ist die Bereitstellung von Waren und Dienstleistungen ohne die unmittelbare aktive Beteiligung des Kunden, wie sie durch das Bestellsystem, die Lieferung ins Haus oder die Dienstleistungen durch Automaten erreicht werden kann.

Zum zweiten — dem „Sondertyp" — der Dienstleistungen gehören diejenigen Einrichtungen, die eine maximale Auswahl von Waren und Leistungen anbieten und damit den unterschiedlichsten Ansprüchen und individuellen Wünschen der Menschen entsprechen. Hierzu ist auch ein umfassendes Angebot für die Freizeitgestaltung zu zählen. Bei diesem Typ ist die aktive unmittelbare Teilnahme des Kunden am Dienstleistungsprozeß selbst vorausgesetzt. Zu den Betrieben, die Sonder-Dienstleistungen zur Verfügung stellen, gehören Warenhäuser, Spezialgeschäfte, Restaurants, Club-Cafés, Modesalons und andere spezielle Einrichtungen.

Selbstverständlich können die Grenzen zwischen diesen beiden Typen nicht starr sein. Im Laufe der gesellschaftlichen Entwicklung wird sich ein ständiger Übergang von Sonder-Dienstleistungen in den Bereich der Standardleistungen vollziehen, während gleichzeitig die Differenzierung und Spezialisierung der Sonderleistungen immer weiter fortschreiten wird. Eine prinzipielle Unterscheidung dieser beiden Funktionen und der ihnen dienenden Einrichtungen ist aber gerechtfertigt und bietet die Möglichkeit, jeden der beiden Typen in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen der Menschen weiter zu entwickeln. Jede dieser Dienstleistungsarten hat ihre eigenen Gesetze und ihre spezielle Entwicklungsdynamik.

Alles dies führt objektiv zu Veränderungen in der Gesamtstruktur der Versorgungs- und Betreuungseinrichtungen, die ihren in sich geschlossenen, stufenförmigen, territorial-hierarchischen Aufbau verlieren. Im Vordergrund steht nicht die „Periodizität" der Inanspruchnahme der Betriebe, sondern der Charakter der Dienstleistungsfunktion, der dann auch zum bestimmenden Kriterium für die Anordnung des Dienstleistungsnetzes innerhalb der Stadt wird. Die erhöhte Mobilität der Bevölkerung setzt auch die Bedeutung des „Fußgängerradius" der Inanspruchnahme von Dienstleistungen herab und führt zu der Notwendigkeit, ihn durch den moderneren und weiteren Begriff der „Zugangszeit" zu ersetzen, die sowohl die für Fußwege als auch die für Fahrten aufgewendete Zeit umschließt.

Von den dargelegten Grundvorstellungen ausgehend, baut man das Dienstleistungsnetz einer Stadt als einheitliches System auf, in dem sämtliche Teilsysteme — sowohl für Standard- als auch für Sonderdienstleistungen — nebeneinander untergebracht sind.

Die Kaufhallen für die Standard-Dienstleistungen werden relativ gleichmäßig über das gesamte Stadtgebiet verteilt, so daß sie eine Art Netz bilden. Auf diese Weise können sie im Rahmen einer vertretbaren Fußgängerzeit von 5 bis 7 min vom Betrieb oder von der Wohnung aus erreicht werden. Man wird sie nicht inmitten der Wohnbebauung, sondern dort unterbringen, wo sich Verkehrsstraßen und Haupt-Fußgängerwege kreuzen. Der Dienstleistungsbereich derartiger Kaufhallen ist nicht durch die Grenzen von Wohnkomplexen, Stadtvierteln oder zwischen den Hauptverkehrsstraßen liegenden Wohnflächen eingeengt, sondern umfaßt auch benachbarte Gebiete.

Der Dienstleistungsradius im geometrischen Sinne (500 m) wird nur für die Bestimmung der Grenzen der Bereiche beibehalten, auf die sich die Tätigkeit der Betriebe der Standarddienstleistungen erstreckt. Die Kapazität dieser Betriebe wird nicht nur nach der Anzahl der in ihrem Einzugsbereich wohnenden Bürger, sondern unter Einbeziehung der dort arbeitenden, lernenden oder zeitweilig anwesenden Menschen bemessen.

Die Betriebe für Sonder-Dienstleistungen werden sowohl im System des Stadtzentrums als auch in den Zentren der Stadtbezirke, in Erholungsgebieten und Kulturstätten untergebracht. Diese Betriebe sind in die räumliche Komposition der gesellschaftlichen Zentren, Plätze, Straßen und Parks mit den an ihnen gelegenen Verwaltungseinrichtungen, Theatern, Lichtspielhäusern, Museen und anderen öffentlichen Gebäuden eingeschlossen. Sie sind als Dienstleistungseinrichtungen für die Bevölkerung der ganzen Stadt und der an sie angrenzenden Siedlungen vorgesehen.

In Übereinstimmung mit den dargelegten Grundsätzen der Organisation von Dienstleistungen wurde eine Methode entwickelt, mit deren Hilfe man das Netz von Betrieben des Handels, der Gemeinschaftsverpflegung und der reinen Dienstleistungen berechnen kann. Sie besteht darin, daß man die Kapazität eines jeden Betriebes einzeln ermittelt, wobei man von der Anzahl der Menschen ausgeht, denen die Dienste zu leisten sind. Am Schluß werden die Einzelergebnisse summiert.

Die Prinzipformel dieser Berechnung lautet:

$$V = aN + bM + cS + dP + eT$$

Hierin bedeuten:

V = Gesamtkapazität des Betriebes,
N = Anzahl der im Dienstleistungsbereich wohnenden Menschen,
M = Werktätige in diesem Bereich,
S = Studenten,
P = Einwohner anderer Stadtbezirke, die geschäftliche oder kulturelle Vorhaben in den Bereich führen,
T = auf der Durchreise befindliche Gäste aus anderen Städten, Touristen
a, b, c, d, e = normative Anhaltswerte, die im voraus für jede Art der Dienstleistungen und für jede Gruppe der Bevölkerung ausgearbeitet wurden.

In Abhängigkeit von der Anzahl der Einwohner, die das jeweilige Dienstleistungsunternehmen in Anspruch nehmen, ändert sich auch die Anzahl der Komponenten in der Formel (Skizze 1). So verbleibt z. B. in einer „reinen" Wohnbebauung, in deren Bereich keine Arbeitsstätten vorhanden und keine Durchreisenden zu erwarten sind, nur das erste Glied der Formel, während für die Berechnung der Kapazität eines Betriebes im Stadtzentrum die Formel in vollem Umfang oder nahezu vollständig genutzt werden kann.

Damit erlaubt es die vorgeschlagene Berechnungsmethode, die Kapazität eines jeden Dienstleistungsbetriebes (Warenhaus, Gaststätte, Atelier) in Übereinstimmung mit dem realen Bedarf der Bevölkerung im Wirkungsbereich dieser Einrichtung zu ermitteln.

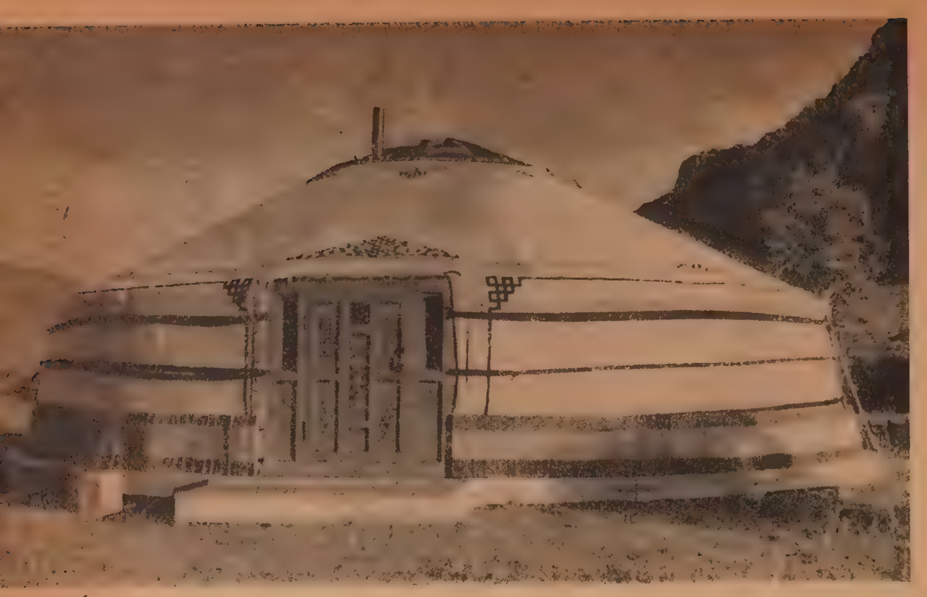
Gleichzeitig bietet die Methode eine Möglichkeit, bei der Projektierung eines Dienstleistungsnetzes das volkswirtschaftliche Profil der Stadt, die Besonderheiten ihrer städtebaulichen Struktur und ihres Standortes im gesamten Siedlungsnetz zu berücksichtigen.

Die beschriebenen Grundzüge eines Systems von Versorgungs- und Betreuungseinrichtungen, das die Verfasser „Funktionssystem" genannt haben, setzen keine starre Bindung des Betriebsnetzes an eine bestimmte strukturelle Gliederung des Territoriums der Stadt voraus. Diese Grundsätze sind unter verschiedenen städtebaulichen Bedingungen anwendbar und erleichtern flexiblen Aufbau eines Dienstleistungssystems.



Die in dem Beitrag dargelegten Grundsätze für den Aufbau eines Systems von Einrichtungen für die Versorgung und Betreuung der Einwohner von Städten ist eine neue Konzeption, die in Fachkreisen in der Sowjetunion zu einer lebhaften Diskussion geführt hat. Es muß festgestellt werden, daß die Leitgedanken dieser Konzeption, die auf die Vervollkommnung der Organisation des Dienstleistungswesens gerichtet ist, weite Zustimmung finden, daß aber Versuche der Autoren, die durchaus noch nicht voll ausgereifte Idee des Mikrowohnkomplexes zu verabsolutieren und zu negativieren, bei vielen Städtebauern auf begründete Ablehnung stoßen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die praktische Einführung dieses Vorschlages, sein reales „Leben", zu den erforderlichen Korrekturen führen. In diesem Zusammenhang erscheint die vorgeschlagene Anwendung des Systems bei der Errichtung einer der neuen Industriestädte besonders interessant. Ohne Zweifel darf man dieses Objekt als ein bedeutsames soziales Experiment ansehen.

Arch. D. Kopeljanski

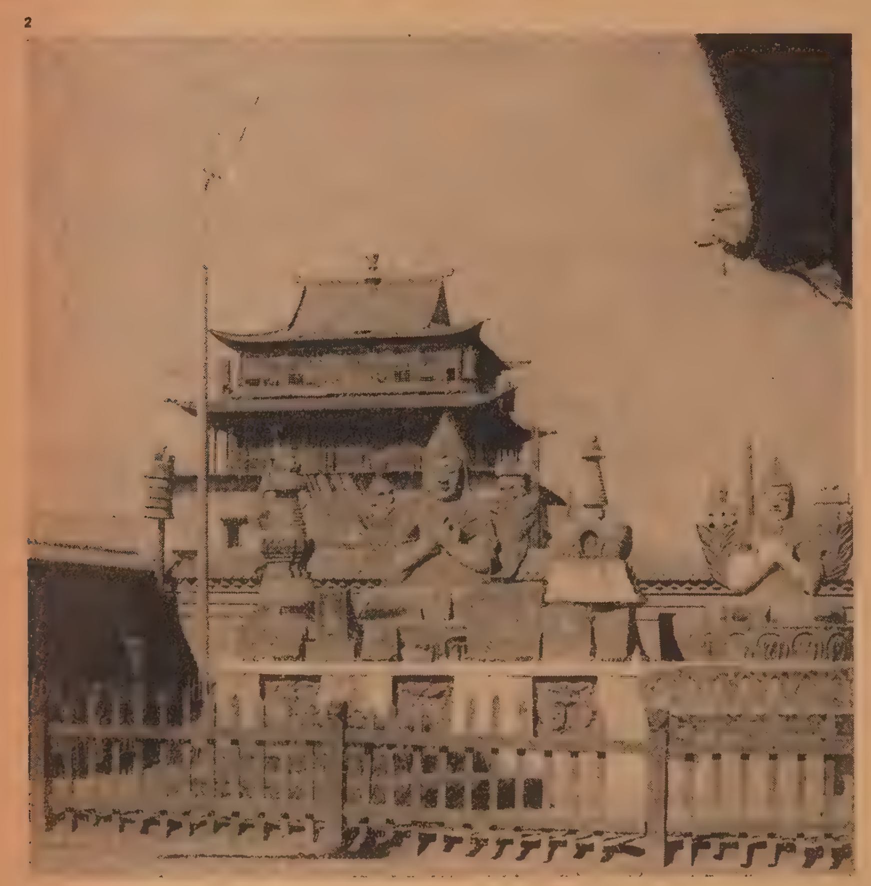


1

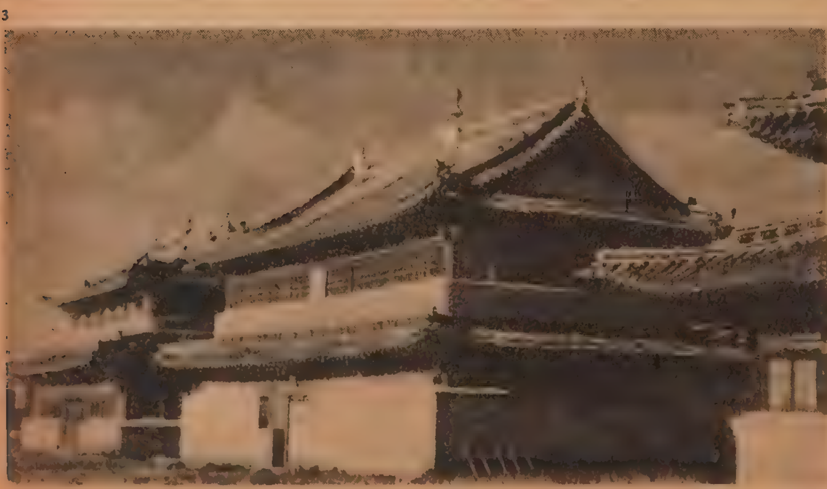
Die mongolische Architektur – Tradition und Gegenwart

Bandyn Dambijnjam
Präsident des Bundes mongolischer Architekten

2



3



Die Bautraditionen der Mongolei reichen mit ihren Wurzeln weit in die Jahrhunderte zurück.

Das Territorium der Mongolei war seit alters her Schauplatz sehr bedeutsamer historischer Ereignisse, die einen wesentlichen Einfluß auf die Schicksale nicht nur der Staaten Zentral- und Mittelasiens, sondern auch auf die Europas ausübten.

Die Forschungen russischer Archäologen des 19. Jahrhunderts sowie sowjetischer und mongolischer Historiker und Archäologen der Gegenwart haben den überzeugenden Beweis geliefert, daß viele alte mongolische Chanate sogar in der Epoche, die der Bildung eines einheitlichen mongolischen Staates vorausging, das heißt bis zum 13. Jahrhundert, einen eigenen Staatsapparat sowie ein Schrifttum und eine Religion besaßen.

Ungeachtet dessen, daß der größte Teil der Bevölkerung Nomaden waren, übten die Völker, die das Territorium der heutigen Mongolei besiedelten, in breitem Rahmen ein Handwerk aus, trieben Handel und Ackerbau. Die Zentren solcher Tätigkeiten waren die festen Siedlungen, die sich gewöhnlich in der Nähe der Lager der Feudalchane und Klöster befanden.

Im 8. bis 9. Jahrhundert lag im Orchon-Tal die Hauptstadt des mächtigen Uigurischen Chanats – die Stadt Ordu-Balyk. Eine ganze Reihe von stadtähnlichen Siedlungen wurde in Transbaikalien entdeckt.

Die politische Vereinigung der Mongolei zu Beginn des 8. Jahrhunderts gab den Anstoß zu einer weiteren Entwicklung von Wirtschaft und Kultur, die ihre Widerspiegelung im Wachstum der Städte fand.

Am bekanntesten ist in der Weltliteratur die alte Hauptstadt der Mongolei des 8. Jahrhunderts – die Stadt Karakorum, die die Zeitgenossen durch ihre Größe und ihren Reichtum immer wieder in Begeisterung versetzte. Allein die Palast- und die Kultbauten Karakorums wiesen noch keine klar ausgeprägten nationalen Züge auf, da sie von Baumeistern errichtet wurden, die Tschinggis Chan und seine Söldner in großer Zahl aus anderen von ihnen eroberten Ländern in die Mongolei verschleppt hatten.

Der Zerfall des Mongolischen Reiches im 15. Jahrhundert brachte dem Land erneut feudale Zersplitterung. Bürgerkriege und Überfälle fremdländischer Eroberer zerstörten und verwüsteten die alten mongolischen Städte fast völlig. Jedoch entstand im 16. Jahrhundert der mongolische Staat erneut, wenn auch in anderer Form – als Herrschaftsinstrument des Buddhismus.

Das erste feste Kloster auf dem Territorium der Mongolei, das Erdene-Dsu-Kloster,

4

1
Eine Jurte – die traditionelle Wohnung der Mongolen

2
Das Kloster Gandan-Chidj in Ulan Bator

3
Haupttempel des Klosters Erdene-Dsu

4
Blick auf Ulan Bator, die Hauptstadt der MVR

5
Neubauviertel in Ulan Bator

entstand im 16. Jahrhundert und ist heute das älteste erhaltene Denkmal mongolischer Architektur.

Von diesem Zeitpunkt an kann man die Entwicklungsetappen der mongolischen Baukunst anhand zahlreicher Kult- und Palastbauten mühelos verfolgen. Die Grundlage der Evolution der mongolischen Architektur bildet der interessanteste und weitverbreitetste Typ der mongolischen Wohnstatt – die Jurte.

Die Jurte existierte bereits im 3. Jahrhundert v. u. Z. Das ist ein leichtes zusammenbaubares und auseinandernehmbares Haus, das dem Transport auf Lasttieren angepaßt ist und aus einem hölzernen Gerüst sowie Filzwänden besteht. Der mittlere Durchmesser der Jurte beträgt 4 bis 6 Meter, die Höhe etwa 3 Meter. Wegen ihrer im Grundriß runden Form kann ihre Fläche maximal ausgenutzt werden.

Der ständig offengehaltene Spalt im oberen Teil gewährleistet Ventilation und Licht. Der Filz, aus dem die Wände der Jurte bestehen, besitzt gute Wärmeigenschaften. Die Stromlinienform hält der starken Windbelastung stand. Die Jurte wurde im Laufe der Zeit entsprechend den Lebensbedingungen der Menschen ständig verändert und vervollkommnet.

Jahrhundertelang diente die Jurte nicht nur den Araten, sondern auch den Chanen und deren Vertrauten als Unterkunft und unterschied sich nur in Größe und Innenausstattung. Die Tempel und Klöster waren ebenfalls in Jurten untergebracht. Das größte Kloster, das Da-Chure-Kloster, bestand aus Jurten und wechselte bis zum 17. Jahrhundert mehrfach seinen Standort. Seinen endgültigen Platz fand es auf dem Territorium der heutigen Hauptstadt der Mongolei, Ulan Bator.

Das Konstruktionsschema der Jurte war die Grundlage aller mongolischen Nationalbauten. Die ersten von ihnen – jurteähnliche Tempel – wiederholten die Konstruktionen und die äußere Form der Jurte nur mit dem Unterschied, daß die Abmessungen größer waren und dadurch ein Ersetzen der leichten Gittergestelle durch Holzwände erforderten, die aus gebogenen Balken und zusätzlichen Stützen innerhalb des Gebäudes bestanden.

5





6

6
Ulan Bator, Modell des Ehrenmals für die Sowjetsoldaten (1971)
Architekten: A. Chischigt, T. Mischig, N. Urtnasan und G. Olsijchischig

7
Hotel „Bajangol" in Ulan Bator

8
Neubaugebiet am Rande von Ulan Bator

9
Mausoleum für Suche-Bator und Tschoibalsan in Ulan Bator (1954)
Architekt: B. Tschimed

10
Gebäude des Friedenskomitees (1971)
Architekten: A. Scharchuu und G. Luwsandorsh

11
Kurort „Arschaan" (1971) bei Ulan Bator
Architekt: Dashigdorsh

12
Neuerbautes Kino in Ulan Bator

7



8



Die Abmessungen solcher jurteähnlichen Gebäude erreichten im Grundriß teilweise 30 Meter. In der weiteren Entwicklung des Bauwesens erlebte die Jurte noch größere Veränderungen: die Form des Gebäudes wurde im Grundriß vielflächig, dann quadratisch, weiterhin veränderten sich die Konturen des Daches und neben Holz begann man häufig Baustoffe wie Ziegel und Keramik (Dachziegel) zu verwenden.

Die Zeit hat uns herrliche Beispiele mongolischer Baukunst erhalten, wie z. B. die Klöster Erdene-Dsu, Gandan-Chijd, Amar-Bajasgalan-Chijd und Galbaijn-Gobi. Für alle diese Denkmäler ist die organische Verbindung mit der umgebenden Natur kennzeichnend.

Die in der mongolischen Architektur verankerten Traditionen weisen eine Reihe zutiefst nationaler Besonderheiten auf. Es genügt daran zu erinnern, daß die mongolischen Baumeister bereits im Mittelalter das Problem des Bauens mit vorgefertigten Teilen hervorragend gelöst hatten, wobei sie nur eine beschränkte Auswahl an Baustoffen hatten und vollständig ohne Metall auskamen.

Für die äußere und innere Gestaltung der Gebäude verwandte man weitgehend Farben, wobei sie die Fülle des Sonnenlichts und die Weite des Heimatlandes berücksichtigten.

Auch die klimatischen Bedingungen in der Mongolei, vor allem die häufig auftretenden heftigen Winde, haben dem Äußeren und der Konstruktion der Jurte und Bauten ihren Stempel aufgedrückt. Sie besitzen ein festes und leichtes räumliches Gerüst und eine gedrungene Form.

Diese Traditionen erfordern heute von den Architekten größte Aufmerksamkeit und ein eingehendes Studium, damit eine ihrer Form nach nationale und ihrem Inhalt nach sozialistische Architektur geschaffen werden kann.

Die stürmische Entwicklung der Wirtschaft und Kultur des Landes nach der Revolution war vom Entstehen neuer Städte und Siedlungen begleitet. Dies rief wiederum die Entwicklung der neuen mongolischen Architektur hervor, deren Hauptziel darin besteht, die materiellen und geistigen Bedürfnisse der Werktätigen zu befriedigen.

Grundlegende Veränderungen können wir im Antlitz Ulan Bators, der Hauptstadt der MVR, sehen. Anstelle schmutziger und enger Straßen des alten Urga, die mit Lehm- und Holzhütten bebaut waren, entstanden großzügige Plätze, breite Hauptstraßen, Wohnviertel mit modernen vielgeschossigen Häusern, Gärten, Parks, ganze Architekturensembles. Das einstige „Filz"-Städtchen hat sich eine moderne Stadt aus weißem Stein verwandelt.

Die Struktur des Generalbebauungsplanes von Ulan Bator verkörpert die Idee, Stadtbezirke zu schaffen, deren Grenzen natürliche Hindernisse oder Hauptstraßen sind. Das Territorium eines jeden Bezirkes ist in Wohnkomplexe mit einem Kultur- und Dienstleistungszentrum eingeteilt.

Ausgehend vom Hauptplatz, dem Suche-Bator-Platz, ist die Stadt gradlinig angelegt. Der vorn ein geschlossenes Ganzes bildende und vom Regierungsgebäude beherrschte Suche-Bator-Platz grenzt mit seiner südlichen unbebauten Seite an einen Park, von dem aus sich ein herrlicher Blick auf den Bogdo-Ul bietet.

Ferner ist im Generalbebauungsplan eine Rekonstruktion des zentralen Teils der Stadt durch eine Vergrößerung und Vereinigung der Bauten verschiedenen Stils, die den Platz umgeben, zu einem einheitlichen Ensemble geplant, in dessen Hintergrund einige Hochhausgruppen in den angrenzenden Wohnblocks stehen werden.

Das terrassenförmige Relief von Ulan Bator gestattet es, in ihrer architektonisch-räumlichen Komposition verschiedenartige Wohnkomplexe zu schaffen, die das Pano-

roma der Stadt beleben und durch die man den Eindruck der Gleichförmigkeit und Monotonie beim Typenbau von Häusern in der Großplattenbauweise vermeiden kann. Hierbei muß erwähnt werden, daß die Erhaltung und Restaurierung alter Baudenkmäler und ihre richtige Kombination mit modernen Bauten den eigenwilligen Stil der Stadt schaffen.

Der Städtebau entwickelt sich in unserem Land immer stärker. Eine große Bautätigkeit entfaltete sich in Darchan, Tschoibalsan und anderen Städten sowie auf dem Lande, in den Zentren der landwirtschaftlichen Vereinigungen und Staatsgüter. Im Wohnungsbau auf dem Lande entstehen neben eingeschossigen Häusern mit 2 bis 4 Wohnungen auch zweigeschossige Doppelwohnhäuser sowie gesellschaftliche Einrichtungen für eine große Besucherzahl: Schulen, Einrichtungen für Kinder und Krankenhäuser.

In naher Zukunft werden die gesellschaftlichen und Handelszentren auf dem Lande in einem einzigen Gebäude untergebracht werden, in dem ein Kulturhaus, eine Verkaufsstelle mit Dienstleistungskombinat, ein Hotel und Verwaltungseinrichtungen vereint sind.

Ein Charakteristikum der heutigen Mongolei ist der Bau von Hunderten Industrie- und landwirtschaftlichen Betrieben. Im Zusammenhang damit stehen vor unseren Architekten neue Aufgaben, wie diese Betriebe im modernen Verfahren in den besiedelten Orten zu errichten und architektonisch zu gestalten sind.

Die Entwicklung der Bautechnik und die Industrialisierung des Bauwesens, die sich immer mehr durchsetzt, führten dazu, daß sich im Bauwesen im großen und ganzen die nationalen Unterschiede in der Architektur der verschiedenen Länder immer mehr verwischen.

Die mongolischen Architekten sehen heute ihre Aufgabe darin, einerseits beim Bau von Städten und Siedlungen Gleichförmigkeit und Monotonie, die durch die Anwendung von Typenprojekten beim Wohnungsbau und beim Bau gesellschaftlicher Einrichtungen entstehen können, zu vermeiden, und andererseits nationale künstlerische Traditionen in richtiger Verbindung mit den heutigen Anforderungen des Bauwesens neu zu beleben.

In den letzten Jahren wurde unsere Hauptstadt durch eine Reihe von Neubauten verschönt: das Suche-Bator- und das Tschoibalsan-Mausoleum (Architekt B. Tschimed), den Palast der Werktätigen des Gesundheitswesens (Architekt B. Dambijnjam), das zweite Gebäude der Staatlichen Universität (Architekt Chischigt), das Hotel „Ulan Bator" (Architekt B. Tschimed), das Dienstleistungskombinat (Architekt B. Dambijnjam), das Gebäude des Friedenskomitees (Architekt A. Scharchuu, G. Luwsandorsh), das Revolutionsmuseum (Architekt G. Luwsandorsh), das Denkmal für die Sowjetsoldaten (Architekten A. Chischigt, T. Mischig, G. Olsijchischig, N. Urtnasan).

Von großer Bedeutung für die Erhaltung des individuellen und unnachahmbaren Antlitzes der Stadt ist die sorgsame Pflege der architektonischen und historischen Denkmäler der Vergangenheit im Verlauf des großangelegten Baugeschehens.

Bei der Rekonstruktion von Ulan Bator achtet man ständig darauf, daß solche Ensembles wie Gandan, Nogon-Orgo, Tschoishilamyn-Sum ihre Bedeutung für die Silhouette der Stadt nicht verlieren, sondern im Rahmen der neuen vielgeschossigen Bebauung noch mehr betont werden.

Wenn man mit der Gegenwart Schritt halten und gleichzeitig das nationale Kolorit der Architektur schöpferisch weiterentwickeln will, ist das Wichtigste dabei, die besten Arbeits- und Lebensbedingungen für die Menschen zu schaffen und ihre allseitige harmonische Entwicklung zu fördern. Und eben darin besteht die Aufgabe unserer Architekten und Bauschaffenden.

10

9

11

12



1 Der Eingang zum Hotel

Interhotel „Stadt Berlin“

Architekt BdA/DDR Roland Korn
Architekt BdA/DDR Heinz Scharlipp

Generalauftragnehmer und Generalprojektant:	VE BMK Ingenieurhochbau Berlin
Planträger und Nutzer:	Vereinigung Interhotel Berlin
Komplexprojektant:	Architekt BdA/DDR Roland Korn
Projektleiter:	Architekt BdA/DDR Heinz Scharlipp
Hochbau:	Architekt BdA/DDR Ernst Altmann Dipl.-Ing. Helmut Reichert Dipl.-Arch. BdA/DDR Friedrich Kalusche Bauingenieur Manfred Vogel Bauingenieur Horst Meyer Bauingenieur Wolfgang Vieroth Dipl.-Ing. Achim Wolff, BdA/DDR Bauingenieur Horst Ganschow
Innenausbau:	Architekt BdA/DDR Hans-Erich Bogatzky Architekt BdA/DDR Bruno Hess Dipl.-Arch. BdA/DDR Hans Jürgen Scheel Dipl.-Arch. Margarita Stefanenko
Farbgestaltung:	Dipl.-Formgestalter VBK/DDR Gertraude Pohl Dipl.-Formgestalter Ute Händler
Statik:	Dipl.-Ing. Erhard Lehmann Bauingenieur Reinhard Schulz Dipl.-Ing. Klaus Kant
Bautechnologie Leiter des Bauvorhabens:	Bauingenieur Werner Altus
Bauleiter:	Bauingenieur Peter Zirbel Bauingenieur Horst Bürger
Leiter des Gleitbaues:	Bauingenieur Klaus Talmann
Technologie und Ökonomie Projektierungsgruppe der Vereinigung Interhotel:	Dr. rer. oec. Klaus Wenzel Dipl.-Ök. Klaus Hansen Dipl.-Ök. Bernd Bock Handelswirtschaftler Horst Devantier
Heizung:	Ingenieur Hermann Schumann Ingenieur Siegfried Birth Ingenieur Niedergesäß
Sanitär	Ingenieur Walter Knobloch Techniker Werner David Ingenieur Herbert Wilke
Elektroinstallation:	Ingenieur K. Kierspel Ingenieur Ulrich Fahrich Techniker Werner Kranzin
Bauwirtschaft:	Bauingenieur Siegfried Valentin Bauingenieur Rolf Knie Bauingenieur Otto Wolff Bauingenieur Fritz Splittgerber
Schallschutz	Techniker Erich Landsmann
Wärmeschutz.	Dipl.-Ing. Hellmut Reichert

2 Blick vom Einrichtungshaus auf das Hotel





3 Die Erdgeschoßzone auf der Alex-Seite mit Gaststättenbereich

In einem städtebaulichen Wettbewerb für die Neugestaltung des Alexanderplatzes in Berlin konnten der Standort, die Dimension und die Baukörperform des geplanten Hotels mit den funktionellen Forderungen bereits so zu einer Synthese geführt werden, daß gute Voraussetzungen für die Projektierung und die Nutzung des Hotelkomplexes bestanden.

Ein Kollektiv von Architekten, Hoteltechnologen, Ökonomen und Bautechnologen erarbeiteten gemeinsam das Programm für das Hotel „Stadt Berlin" unter Beachtung der vom Magistrat erarbeiteten Grundsätze des Handels, der Gastronomie und der Hotelbettenkapazität für die Hauptstadt der DDR, Berlin.

Internationalen Erkenntnissen und ökonomischen Variantenberechnungen folgend, bildete die Übereinstimmung von Funktionstechnologie und Ausführungstechnologie einen entscheidenden Ausgangspunkt für alle folgenden Überlegungen.

Ein Hotel, besonders im Zentrum der Hauptstadt, muß sehr vielfältige und differenzierte Funktionen zur Befriedigung der Bedürfnisse der Gäste erfüllen. Neben dem „Übernachten" gehören in erster Linie Zusammenkünfte der verschiedensten Art zur Funktion eines Hotels. Diese beiden Hauptfunktionen beeinflussen selbstverständlich auch die Bedürfnisse Wohnen, Unterhalten und Speisen auf ganz spezifische Weise. Nur wenn es gelingt, diese Spezifik der Bedürfnisse zu erfassen, wird ein Hotel entstehen, in dem sich der Gast wohl fühlt.

Die Funktionsbeziehungen zwischen den Restaurants, Bars, Salons und den Hotelzimmern müssen so gelöst sein, daß die Wege für die Gäste übersichtlich und einprägsam sind und Kreuzungen mit den Personalwegen vermieden werden. Die Gestaltung der Räume muß je nach ihrer Bedeutung und Frequenz differenziert geplant und ausgeführt sein. Gasträume müssen, ohne „überladen" zu sein, eine eigene individuelle Note haben.

Bei der Vorbereitung der Investition, der Projektierung und der Durchführung ergaben sich bei diesem komplizierten und umfangreichen Vorhaben die mannigfaltigsten Probleme, die nur in Gemeinschaftsarbeit mit allen Beteiligten zu lösen waren.

Zusammenarbeit bei der Vorbereitung und Durchführung

Für den Bau dieses Hochhauskomplexes mußten, beginnend mit der Investitionsvorbereitung und -durchführung, neue Maßstäbe gesetzt werden, da Vergleichsobjekte dieser Größenordnung in der DDR nicht vorhanden waren. Sowohl die Projektierung als auch die Ausführungsbetriebe betraten Neuland. Die vorhandenen baurechtlichen und Schutzgütebestimmungen erwiesen sich zum Beispiel für solch ein Vorhaben als lückenhaft, so daß bei der Projektierung zahlreiche zusätzliche Untersuchungen notwendig wurden. Wissenschaftlich fundierte Untersuchungen auf dem Gebiet der Hoteltechnologie führten im Meinungsstreit zu dem Programm, das in der Funktion und der Konstruktion des Gebäudes zum Ausdruck kommt. Die umfangreichen bautechnologischen Untersuchungen ergaben, daß bei diesem 122 m hohen Baukörper die Vollgleitbauweise mit geschoßweisem Deckeneinbau am effektivsten ist. Es erwies sich, daß damit auch eine international beachtlich günstige Bauzeit erreicht wurde. Hierzu war es notwendig, einen Komplexwettbewerb unter Einbeziehung aller Kooperationspartner auf wissenschaftlicher Basis auf der Grundlage ständig aktualisierter Netzwerke zu organisieren und durch die ständige Produktionsberatung unter laufende Kontrolle zu nehmen.

Die Koordinierung der Arbeiten am Hotel war äußerst kompliziert. Es war nicht nur eine große Anzahl von Kollektiven tätig (ständig rund 400, in Spitzenzeiten sogar etwa 1000 Kollegen), es mußten auch die Roh- mit den Ausbauleistungen sinnvoll gestaffelt werden, und das bei den wenigen Möglichkeiten für Vertikaltransporte.

Die technisch-ökonomische Zielstellung wurde gemeinsam mit dem Nutzer als Fachplanträger und den Komplexprojektanten 1965 abgeschlossen. Die sich bei der Bestätigung ergebenden Hinweise und Empfehlungen, insbesondere auf funktionstechnologischem und ökonomischem Gebiet, wurden in die Aufgabenstellung eingearbeitet und 1966 bestätigt. Das Projekt für dieses Vorhaben wurde von 1966 bis 1969 erarbeitet. Die Projektierung vollzog sich in einigen Etappen parallel zur Ausführung.

Im Frühjahr 1967 wurde mit den Ausschachtungsarbeiten, der Umlegung des Regenwasserkanals und anderer Versorgungsanlagen, der Grundwasserabsenkung, der Sicherung der U-Bahn-Linie A durch das Tiefbaukombinat sowie mit den Fundamentierungsarbeiten durch das Bau- und Montagekombinat Ingenieurhochbau (BMK IHB) begonnen.

Am 24. Juni 1967 erfolgte – symbolisch für den gesamten Investitionskomplex Alexanderplatz – die Grundsteinlegung am Hotel „Stadt Berlin" durch das Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Friedrich Ebert.

Zum Jahreswechsel 1967/68 wurden die Fundamentarbeiten abgeschlossen und mit den Kellergeschossen, die einen hohen monolithischen Anteil hatten, begonnen.

Vom 1. April 1968 bis zum 30. 9. 1968 wurde der Hochkörper im Gleitprozeß bei vollem Dreischichtbetrieb gefertigt. Parallel dazu erfolgte die Rohbaufertigstellung des 1. Abschnittes des Flachkörpers (eine Voraussetzung für die frühere Fertigstellung der gastronomischen Einrichtungen dieses Abschnittes).

4 Festsaal



5 Hotelhalle mit Aufgang zum Festsaal und zu den Salons



Das Transportbetonwerk in der Burgstraße lieferte für diese Produktion den Beton in den Güten B 450 und B 300.

Am 6. Dezember 1968 wurden mit der Fertigstellung der beiden monolothischen Obergeschosse die Rohbauarbeiten des Hotelhochkörpers beendet und der symbolische Richtakt vollzogen. Anschließend wurde verstärkt die weitere Rohbaufertigstellung des Flachkörpers und der Ausbau des gesamten Hauses vorangetrieben. Parallel dazu wurde die Fassade montiert.

Zum 20. Jahrestag der DDR (7. 10. 1969) konnte die Verpflichtung des Baustellenkollektivs – die äußere architektonische Gestalt des Hotels sichtbar zu machen – erfüllt werden. Das war eine wichtige Etappe bei der Errichtung dieses Bauwerkes, an deren Gelingen das gesamte Baustellenkollektiv beteiligt war. Das war aber auch die Voraussetzung, um einen konzentrierten Winterbau 1969 70 durchführen zu können.

Bereits am 23. 4. 1970 konnte der 1. Abschnitt (Lager- und Aufenthaltsräume) funktionsfähig übergeben werden. Ab 29. 5. 1970 wurden weitere Abschnitte in Nutzung gegeben, so daß schon im August die gastronomischen Einrichtungen des Flachkörpers eröffnet werden konnten. Die Arbeiten an diesem großen Investitionsvorhaben wurden so weit abgeschlossen, daß bis auf geringe Restleistungen bis zum 30. 9. 1970 das gesamte Haus der Vereinigung Interhotel zur Nutzung übergeben werden konnte.

Kapazitäten

Bettenkapazität	
32 Appartements	96 Betten
58 Einbettzimmer	58 Betten
168 Zweibettzimmer	336 Betten
746 Studio-Zimmer	1492 Betten
insgesamt	1982 Betten

Gaststättenplätze

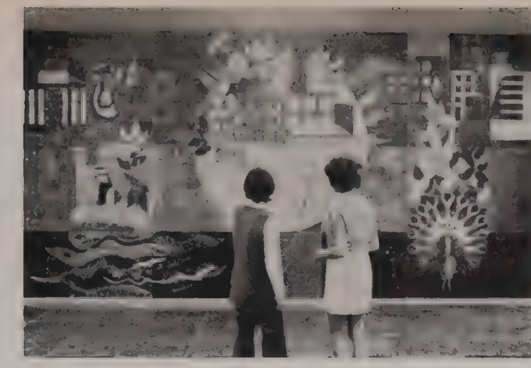
1. Geschoß	
Hotelrestaurant	198 Plätze
Rotisserie	150 Plätze
SB-Gaststätte	235 Plätze
Speisebar	50 Plätze
Milch-Mocca-Eisbar	67 Plätze
Espresso	60 Plätze
Terrasse	
2. Geschoß	
Mehrzweck-Festsaal	540 Plätze
Salon Dresden	14 Plätze
Salon Weimar	14 Plätze
Salon Rostock	38 Plätze
Salon Leipzig	38 Plätze
Zille-Stube	140 Plätze
37. Geschoß – Panorama-Etage	
Salon (Mehrzweckraum)	61 Plätze
Restaurant	80 Plätze
Frühstücksraum	40 Plätze
Tanzcafé	47 Plätze
Bar	20 Plätze
insgesamt	1912 Plätze

Garage	
Parkboxen	192 Plätze

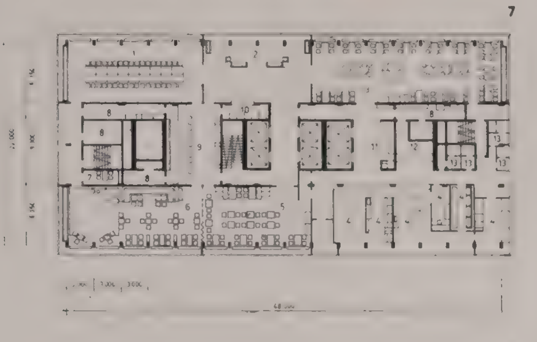
Hoteleigener Intershop (Interhotel-Shop) einschl. Nebenräume	80,0 m²
Service-Dienste	
Reisebedarf mit Blumenverkauf einschl. der Lagerräume	138,0 m²
Kindertagesstätte einschl. der Nebenräume für 10 bis 12 Kinder	55,0 m²
Sauna mit allen Nebenräumen	198,0 m²

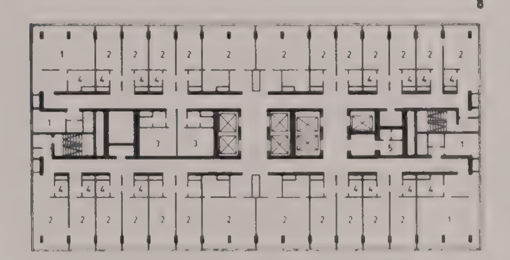
Fremdnutzer

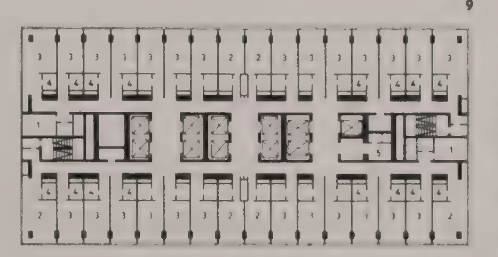
Friseur mit 4 Bedienungsplätzen für Herren 10 Bedienungsplätze für Damen 2 Kosmetikkabinen und 14 Auskämmplätzen einschl. aller Nebenräume	276,0 m²
Reisebüro	
Verkaufsraum mit Nebenraum (Büro)	78,0 m²
Berolina-Werbung	
Verkaufsraum mit Nebenraum (Büro)	85,0 m²
Industrie- und Handelsbank	
Kassen mit Büroraum	16,5 m²
Rewatex-Wäscherei (Vereinigte Groß-Berliner Wäschereien)	
Lager und Büroflächen	322,0 m²
insgesamt	787,5 m²



6 Wandgestaltung in der Eingangshalle







7
37. Obergeschoß 1 : 750
1 Mehrzweckraum (Salon)
2 Foyer
3 Restaurant
4 Küche
5 Frühstücksraum
6 Tanzcafé
7 Musiker
8 Lager
9 Bar
10 Garderobe
11 Zentraloffice
12 Büfett
13 WC

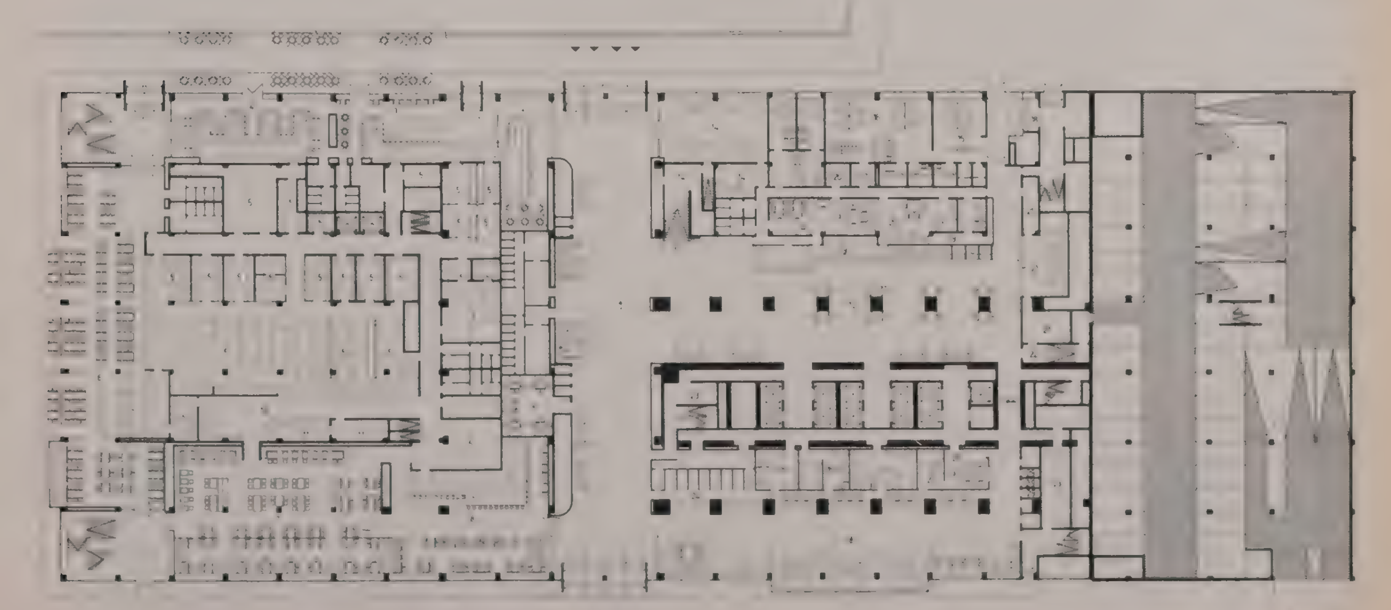
8
35. Geschoß 1 : 750
1 Appartement (2 bis 4 Personen)
2 Appartement (2 bis 3 Personen)
3 Studiozimmer
4 Bad, WC
5 Office

9
5. Geschoß 1 : 750
1 Einbettzimmer
2 Zweibettzimmer
3 Studiozimmer
4 Bad, WC
5 Office

10
Erdgeschoß 1 : 750
1 Hotelhalle
2 Espresso
3 Milchbar
4 Speisebar
5 Küchenräume
6 Selbstbedienungsgaststätte
7 Hotelrestaurant
8 Rotisserie
9 Speisegruppenraum
10 Kellnergang, Kellneroffice
11 Getränkebüfett
12 Empfangshalle
13 Aufgang zum Mehrzecksaal
14 Reisebedarf
15 Herrenfrisör
16 Damenfrisör
17 Nebenräume
18 Pförtner
19 Empfang, Portier und Kasse, Deutsche Bank, Wechselstube



20 Empfangsverwaltung
21 Intershop
22 Zugang zur Gagare
23 Gepäckraum
24 Garderobe
25 Berlin-Tourist
26 Berlin-Information
27 Hotel-Service, Telefonvermittlung
28 Wandelhalle und Service-Center
29 Telefonkabinen





11 Blick vom Aufgang des Warenhauses zum Hotel.
Im Hintergrund das Haus der Elektroindustrie und das Haus des Reisens

12 Die Terrasse vor dem Hotel



Funktionelle Lösung

Alle funktionellen und technologischen Belange im Hotel sind auf die vielseitigen Bedürfnisse von Gästen aus aller Welt abgestimmt.

Die Standortbeziehungen des Hotels am Bahnhof Alexanderplatz sowie zur Karl-Marx-Allee als Hauptverkehrsstraße erfordern eine darauf hin abgestimmte Erschließung sowohl für die Hotelgäste als auch für die Versorgung des Hotels.

Der Empfangskomplex mit den ineinanderfließenden Eingangs-, Empfangs- und Hotelhallen ist übersichtlich und mit einer der Kapazität des Hauses angemessenen Weiträumigkeit gegliedert. Der Empfangskomplex bildet das Erschließungszentrum für die Hotelgäste.

Die räumliche Festlegung dieses Komplexes bestimmt die weitere funktionelle Gliederung und Aneinanderreihung aller anderen Bereiche.

Zum Hotelbereich gehören neben den Empfangsfunktionen mit dem Empfang, der mit einer Dispositionsanlage und zwei elektronischen Datenverarbeitungsanlagen ausgerüstet ist,

- das Bettenhaus, in dessen 30 Etagen die Gästezimmer untergebracht sind,
- das Hotelrestaurant mit Rotisserie im Erdgeschoß sowie das Panorama-Restaurant und der Frühstückssalon in der 37. Etage einschließlich der dazugehörigen Küchen- und Versorgungseinrichtungen.

Über zwei Schnellaufzüge mit je 4 Aufzügen, in unmittelbarer Nähe des Empfangs übersichtlich angeordnet, gelangen die Gäste in die Bettenetagen sowie in das 37. Geschoß. Der Zimmerservice wird von der Küche des 37. Geschosses aus durchgeführt, sämtliche andere Dienstleistungen von den Service-Stützpunkten aus in den einzelnen Etagen.

Alle gesellschaftlichen Funktionen für die Hotelgäste und die Bevölkerung sind im Erd- und 1. Obergeschoß des Flachkörpers um die Versorgungskerne im Inneren der Geschosse herum angeordnet. Entsprechend der Bedienungsart — Kellnerbedienung oder Selbstbedienung — erfolgt jeweils die unmittelbare Bedienung oder Belieferung über kürzeste Wege.

Diese funktionelle Lösung gewährleistet eine absolute Trennung der Wege der Gäste von denen des Personals. Das Personal wird über einen gesonderten Personaleingang zu den Umkleideräumen und von dort aus in die verschiedenen Arbeitsbereiche geleitet, ohne dem Gast in Erscheinung treten zu müssen.

Zu den gastronomischen und gesellschaftlichen Funktionen gehören auch die Gaststätten und Salons der 37. (Panorama-)-Etage. Neben der normalen Benutzung der Gaststätten gestatten die Gaststättenbereiche dank ihrer Vielseitigkeit, Unterschiedlichkeit sowie der funktionellen, technischen und technologischen Möglichkeiten die Durchführung jeglicher Art von Veranstaltungen, angefangen von kleinen intimen Feierlichkeiten bis zu großen Kongressen und Banketten.

Mit dem Auto anreisende Gäste können ihre Wagen in der Hotelgarage abstellen, die mit einer automatischen Wagenwaschanlage ausgerüstet ist. Der Gast verläßt die Garagendecks über eine Treppe und wird in der Hotelhalle empfangen.

Die Auslieferung von Waren jeglicher Art, Ausrüstungen, Wäsche und Geräten zur Versorgung des Gesamtkomplexes erfolgt im Kellergeschoß über einen Versorgungstunnel, in den sämtliche Liefer- und Versorgungsfahrzeuge über eine Rampenanlage ein- und ausfahren. Das Aus- und

13

13|14 Blick in die Milchbar

14



15|17 Blick in die Moccabar

15

Einladen geschieht über Laderampen an den für die bestimmten Zwecke vorgesehenen Ladestellen entsprechend dem Ladegut. Hydraulische und mechanische Hebebühnen erleichtern die Ladevorgänge.

Die Versorgung der einzelnen Küchenbereiche (Produktionsstätten) erfolgt von den Vorratslagern aus über Lastenaufzüge sowohl in den Flach- als auch in den Hochkörper bis in die 37. Etage.

Konstruktion

■ Flachkörper

Auf Grund der Vielfalt der funktionellen Anforderungen und der damit verbundenen Gliederung des Gebäudes sowie der Anforderungen, die sich aus der umfangreichen technischen und technologischen Ausrüstung ergaben, wurde für den gesamten Flachkörper einschließlich des Versorgungstunnels und der Hochgarage die monolithische Stahlbetonskelettbauweise gewählt. Zur rationellen Baudurchführung kam ein System mit Schaltafeln zur Anwendung.

■ Hochkörper

Nach gründlicher Überprüfung aller für die Ausführung des Hochkörpers möglichen Bauweisen entschied man sich für die Vollgleitbauweise. Der gesamte Rohbaugrundriß (Stabilisierungskern und Stützensystem) wurde im Gleitbau-Tandem-Verfahren mit gleichzeitigem geschoßweisem Deckeneinbau errichtet.

Bis zu einer Höhe von rund 100 m (36. Geschoß) wurde die Pumpbetontechnologie angewendet.

Infolge der geforderten Großräumigkeit der 37. Etage und der darüberliegenden techni-

16 Der Alexgrill

17

schen Räume sowie der weitaus geringeren Abmessungen der konstruktiven Elemente wurde der Gleitbau nur bis zur 36. Etage geführt und das Bauwerk in der monolithischen Stahlbeton-Skelettbauweise fertiggestellt.

Den statischen Berechnungen lagen modellstatische Untersuchungen sowie Ergebnisse aus Untersuchungen und Experimenten im Windkanal zugrunde.

Bis auf einen geringen Anteil der Grundfläche des Flachkörpers und des Versorgungstunnels erfolgte die Gründung auf einer Gründungsplatte in einer Grundwasserwanne.

Die Abdichtungsmaßnahmen für den Hochkörper erfolgten mittels einer 2-lagigen Riffelfolieabdichtung in entsprechendem Dichtungsmaterial mit Papplagen.

Auf Grund der unterschiedlichen Setzungserscheinungen sind Hoch- und Flachkörper mit Koppelgelenken verbunden.

■ Fassade

Der Hochkörper wird mit einer Vorhangfassade aus Stahl- und Aluminium-Holzelementen aus der Produktion des VEB Holz- und Leichtbauelemente Leipzig umschlossen, die grundsätzlich allen bauphysikalischen Belangen und Bedingungen Rechnung trägt. Der Schutz gegen Sonneneinstrahlungswärme ist durch die in die Vorhangelemente eingebauten, hinterlüfteten Dethermalscheiben gewährleistet.

18 Blick in die Selbstbedienungsgaststätte



19 Die Zillestube im ersten Obergeschoß



20 Französisches Restaurant in der Panoramaetage

21 Das Hotelrestaurant

22 Die Rotisserie

23 Bar in der Panorama-Etage

24 Hotelzimmer

Ein Jahr Interhotel „Stadt Berlin"

Dr. Klaus Wenzel
Forschungszentrum der
Vereinigung INTERHOTEL

Fast eine halbe Million Gäste aus mehr als 80 Ländern der Welt wohnten während des Aufenthaltes in der Hauptstadt der DDR seit der Eröffnung im Interhotel „Stadt Berlin" und weit mehr Besucher des neugestalteten Alexanderplatzes nutzten die gastronomischen Möglichkeiten dieses Hauses. Die Inanspruchnahme der Einrichtungen und die geäußerten Meinungen zeigen, daß das Kollektiv des Hotels, die Leistung der Bauarbeiter sowie die von Architekten, Ingenieuren und Ökonomen konzipierte Lösung ihre Bewährungsprobe bestanden haben, d. h.

- **die gewollte Betreuungs- und Versorgungsaufgabe war real und ist erfüllbar,**
- **die baukünstlerischen und technischen Projekte haben sich grundsätzlich bewährt,**
- **die mit dem Ziel der Prozeßrationalisierung entwickelten Lösungen konnten bereits weitgehend durchgesetzt werden und**
- **die konzentrierte Vorbereitung der Kader ermöglichte in relativ kurzer Zeit die volle Nutzung der geschaffenen Betreuungs- und Versorgungskapazitäten.**

Die erreichte gute Einordnung des Hotels in das städtebauliche Ensemble des Alexanderplatzes bestätigte die Gebäudeentwicklung und Gestaltung, ohne sie als hoteltypisch charakterisieren zu können.
Die Größe des Hotels und das unterschiedliche Profil der einzelnen Bereiche erlauben in diesem Zusammenhang keine umfassende analytische Darstellung der Gesamtlösung des Interhotels „Stadt Berlin"; deshalb möchte ich mich auf einige wesentliche Aspekte beschränken.

Funktionslösung

Die vorgenommene Anordnung, besonders der Hotelhalle, der Hauptküche und des Zentrallagerbereichs unterstützt die notwendige Konzentration, Abgrenzung und Einbindung der Funktionskomplexe. Bei Einhaltung der erforderlichen Trennung zwischen den Gäste- und Wirtschaftswegen und der gesamtbetrieblichen Kommunikation hat sich folgende Funktionsgliederung bewährt (Abb. 1):

- Hallenbereich, Empfang, Verkaufseinrichtungen, Servicezentrum, Garage, Aufzugsgruppe, Zimmer und Appartements, beherbergungsbedingte Nebenräume;
- Hallenbereich, hotelorientierte Restaurants, platzorientierte Gaststätten, Zentralküche;
- Waren- und Materialanlieferung, Zentrallager, Warenvorbereitung, Materialausgabe, Aufzugsgruppen, Haupt- und Nebenküche, Office;
- Personaleingang, Umkleide- und Aufenthaltsbereich, Personalgaststätte, Schulungsräume, Aufzugsgruppen, Arbeitsplätze.

Die zweiseitige Erschließung des Hallenbereiches aus der verlängerten Karl-Marx-Allee und direkt vom Alexanderplatz konnte jedoch auf Grund der hohen Frequentierung der verschiedenen Bereiche des Hotels nicht durchgesetzt werden, zumal der Fußgängerbereich an der Nordseite des Hotels wesentlich stärker als es erwartet wurde genutzt wird.
Eine bestimmte Einschränkung der Funktionsfähigkeit ist im Lagerbereich durch die erreichte Koordinierung der gebäudetechnischen Anforderungen gegeben.

Variabilität und Gestaltung

Die Gliederung der gastronomischen Kapazität in weitgehend spezialisierte und stärker variabel nutzbare Einrichtungen hat bei den Gästen besonders Anklang gefunden. Zu den weitgehend spezialisierten Einrichtungen gehören unter anderem der Alexgrill, die Milchbar, das Espresso, die Caféteria und die Zillestube, die besonders bei den Berlinern beliebt sind. Stärker variabel nutzbare Einrichtungen sind der Festsaal und die Salons, deren Bedeutung für gesellschaftliche Veranstaltungen in der Hauptstadt der DDR sich bereits im ersten Funktionsjahr bestätigt hat. Als gelungen muß man in diesem Zusammenhang die Verbindung von Funktionslösung und Innengestaltung bezeichnen. Während sie für den einen Teil der Kapazität die spezielle Nutzung gelungen unterstützt, gibt sie für die Mehrzweckeinrichtung einen harmonisch interpretierbaren Rahmen. Beurteilungen bestätigen die vielfältige und ideenreiche Gliederung und Gestaltung des gesellschaftlichen Bereiches des Hotels, die man sich auf den Beherbergungsbereich etwas stärker übertragen gewünscht hätte.

Leistungsgestaltung

Besuchern der Hauptstadt bietet das Hotel neben den Beherbergungs- und gastronomischen Diensten eine Vielzahl von ergänzenden Leistungen an. Im kooperativen Zusammenwirken mit anderen Dienstleistungsbetrieben werden

- Aufenthaltsprogramme für einen oder mehrere Tage,
- Stadtrundfahrten,
- fachspezifische-Exkursionen,
- Theaterbesuche,
- Instandhaltungsleistungen usw.

angeboten und in steigendem Maße in Anspruch genommen.

Daraus wird deutlich, wie richtig es war, bereits in der Vorbereitungsphase das projektgebundene Leistungsvermögen durch kooperative Einbindung im Interesse des Gastes zu erweitern (Abb. 2). Positiv beeinflussen die Leistungsgestaltung hotelinterne Einrichtungen wie

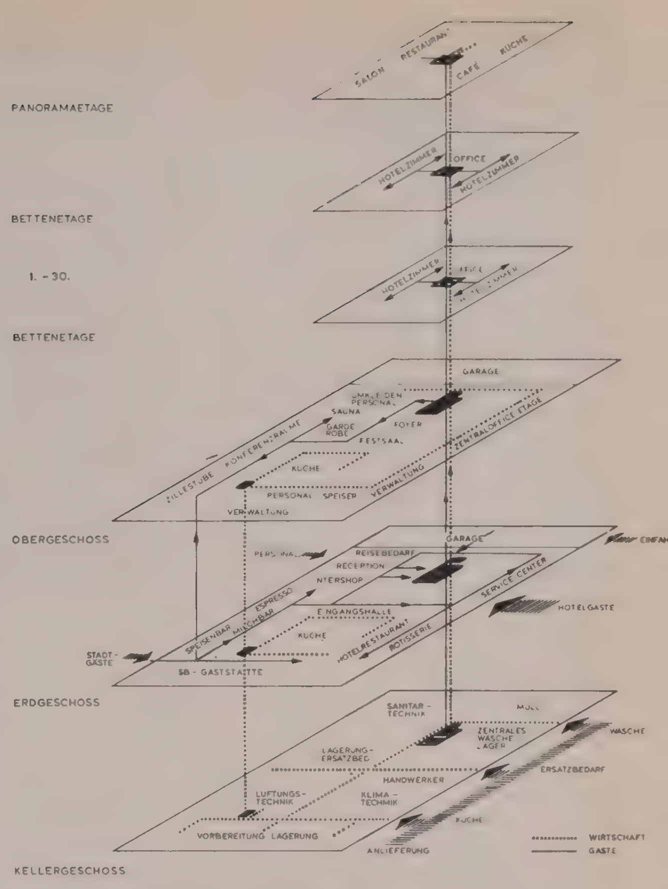
- die schön gestaltete Sauna mit den Massageabteilungen,
- der Friseur- und Kosmetiksalon,
- der Kinderspielraum und
- die Wagenpflegeeinrichtungen des Garagentraktes.

Noch rationeller nutzen läßt sich sicher die Servicehalle des Hotels.

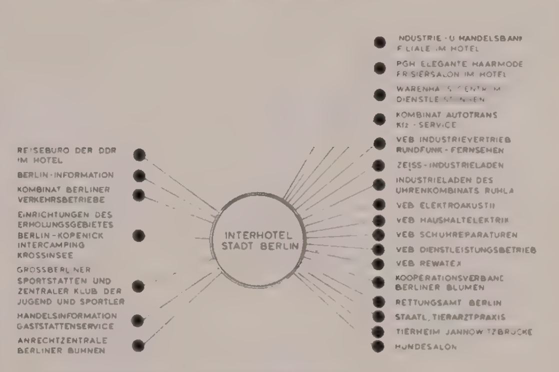
Vorbereitung

Funktionsfördernd wirkte sich im 1. Jahr seit der Hoteleröffnung

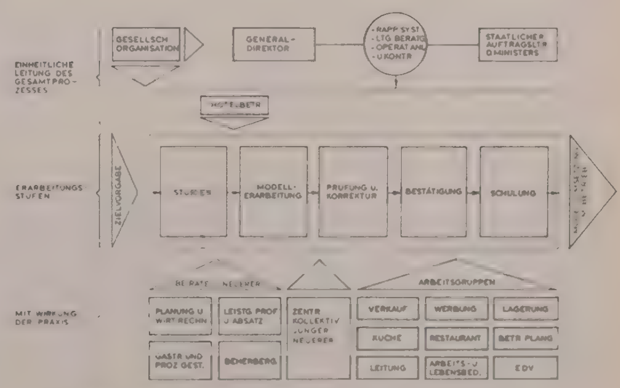
- die enge Zusammenarbeit zwischen der Bauleitung, dem Projektanten und dem Nutzer in der Vorbereitungsphase,
- die Bildung gemeinsamer Kommissionen für die Leistungsabnahme, der Bau- und Ausrüstungsbetriebe,
- die etappenweise Übernahme und Inbetriebnahme der Kapazitäten,



1 Funktionsschema Interhotel „Stadt Berlin"



2 Kooperationspartner für Dienstleistungen



3 Die ökonomische und organisatorische Vorbereitung des Hotels

- die umfassende ökonomische und betriebsorganisatorische Vorbereitung des Objektes, (Abb. 3)
- die vorbereitende Zusammenfassung und vielfältige Schulung der Kader des Hotels bei Einbeziehung des technologischen Projektanten

aus. Bewährt hat sich auch besonders die einheitliche staatliche Leitung mit Hilfe der Auftragsleiter.
Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß das Interhotel „Stadt Berlin" seine Bewährungsprobe bestanden hat und es jetzt darauf ankommt, das Leistungsvermögen für eine gute Beherbergung und Betreuung der Gäste voll nutzbar zu machen.

Architektenporträt





Roland Korn

Als der VIII. Parteitag der SED Pläne für unsere Zukunft beriet, zählte auch ein Architekt zu den Delegierten, der mit seinen Arbeiten wesentlich dazu beitrug, das neue Antlitz unserer Hauptstadt zu formen.

Roland Korn, 1930 in Saalfeld geboren, gelernter Maurer, kann in diesem Jahr sein 20jähriges Berufsjubiläum als Architekt feiern. (Ich glaube kaum, daß er selbst daran gedacht hat.) 1951 begann seine berufliche Laufbahn im damaligen VEB (Z) Projektierung in Berlin. Da gab es zunächst Mitarbeit an Projekten für Läden und Verwaltungsbauten in Berlin, dann in den Meisterwerkstätten des Ministeriums für Aufbau Mitwirkung an Projekten für Eisenhüttenstadt und für ein Wohngebiet in Berlin-Lichtenberg. 1959 gewann er den 1. Preis im Wettbewerb für eine Schwimmhalle in Magdeburg. Er wurde als Leiter eines Kollektivs mit der Projektierung der Schwimmhalle beauftragt, die 1961 eingeweiht wurde. Nach anderen erfolgreich realisierten Sportbauten wurde ihm zusammen mit dem Innenarchitekten Hans Bogatzky eine große Aufgabe gestellt. Er wurde als Hauptprojektant für das Gebäude des Staatsrates der DDR am Marx-Engels-Platz berufen. 1964 konnte er zur Einweihung vor dem eingebauten historischen Liebknecht-Portal den Schlüssel übergeben. Im gleichen Jahr begann er zusammen mit seinen Kollegen Heinz Scharlipp und Hans Bogatzky die Projektierung für das am neuen Alexanderplatz dominierende Gebäude, das 140 m hohe Hotel „Stadt Berlin". Daneben gab es Wettbewerbsprojekte: Mitarbeit im Kollektiv Prof. Dutschke für das Stadtzentrum von Sofia (2. Preis) und das Hotel Fischerinsel, Berlin (1. Preis). 1968 wurde er als Komplexprojektant für den gesamten Alexanderplatz in Berlin eingesetzt. Und jetzt wurde das „Haus des Reisens", für das er im Autorenkollektiv mit Hans Brieske und Roland Steiger den Entwurf schuf, in Betrieb genommen, ein Bau, der sicher zu den bemerkenswertesten architektonischen Schöpfungen der DDR zählen wird. Roland Korn ist ein Architekt mit Erfolg. Seine Arbeit fand hohe Anerkennung als Aktivist (1961), mit dem Orden „Banner der Arbeit" (1965), mit der Berufung als korrespondierendes Mitglied der Deutschen Bauakademie, mit der Schinkel-Medaille in Silber (1971) und im Kollektiv Stadtzentrum Berlin mit dem Nationalpreis 1. Klasse (1969).

Aber was ist er für ein Mensch? Eine Art sozialistischer „Stararchitekt"? Oder ein Managertyp? Wer ihn nur ein wenig kennt, weiß, er ist keins von beiden. Er ist ein einfacher, bescheidener, vor allem sehr disziplinierter und verantwortungsbewußter Arbeiter. Er wirkt freundlich, ruhig und besonnen. Es liegt ihm nicht, wie man so sagt, „auf den Putz zu hauen". In der Unterhaltung hat man den Eindruck, er überlegt jedes Wort. Ich glaube, er redet überhaupt nicht gern. Aber die Projektierung von Bauten, deren Wertumfang neunstellige Summen erreicht, erfordert mehr als solide Fachkenntnisse und künstlerische Kreativität. Sie verlangt dem Leiter des Projektierungskollektivs alles ab: Politischen Sinn für die Aufgabe, Organisationstalent, Beharrlichkeit und Wendigkeit, die Fähigkeit zur Gemeinschaftsarbeit, Verzicht auf Bequemlichkeit und auch das Verdauen von Kritik, die ja nicht ausbleibt.

Solche Aufgaben verlangen den ganzen Menschen, die ganze Persönlichkeit. Und dazu gehört für Roland seit langem noch mehr: Aktive gesellschaftliche Tätigkeit früher in der FDJ, die ihm 1950 die Friedensmedaille verlieh, jahrelang als Mitglied der Leitung seiner Betriebsparteiorganisation, als Mitglied des Bundesvorstandes und jetzt als Vizepräsident des BdA. Dazu gehört seine Familie, ein zusätzliches Studium, Interesse für Theater und Ballett ebenso wie sein Dienst in der Kampfgruppe, für den er 1970 ausgezeichnet wurde.

Ja, was soll man noch über ihn sagen? Vielleicht noch eines: Er ist ein netter Kollege geblieben. -Z.



1 Gebäude des Staatsrates der DDR am Marx-Engels-Platz in Berlin (1964)

2 Schwimmhalle in Magdeburg (1961)

3 Wettbewerbsentwurf für ein Hotel am Platz der Republik in Prag. Ankauf (1970)
Entwurf in Zusammenarbeit mit den Architekten Kalusche und Wolff
Schaubild: Dieter Bankert

4 Interhotel „Stadt Berlin" am Alexanderplatz in Berlin (1970)

5 „Haus des Reisens" am Alexanderplatz in Berlin (1971)









Informationen

Bund der Architekten der DDR

Wir gratulieren unseren Mitgliedern

Architekt Dipl.-Ing. Herbert Hennig, Brandenburg,
11. Januar 1922, zum 50. Geburtstag

Architekt Werner Gratz, Berlin,
16. Januar 1922, zum 50. Geburtstag

Architekt Max Winkler, Senftenberg,
21. Januar 1892, zum 80. Geburtstag

Architekt Kurt Hartenstein, Karl-Marx-Stadt,
23. Januar 1892, zum 80. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Lothar Effenberger, Weimar,
27. Januar 1912, zum 60. Geburtstag

Architekt Arnim Menzel, Halle,
28. Januar 1922, zum 50. Geburtstag

Architekt Wilhelm Schneider, Wernigerode,
28. Januar 1907, zum 65. Geburtstag

Architekt Geert Mönkemeyer, Wernigerode,
29. Januar 1922, zum 50. Geburtstag

Tagungen

Internationale Tagung „Leichte Konstruktionen im Hoch- und Industriebau" an der Technischen Universität Dresden – Sektion Bauingenieurwesen – vom 22. bis 25. Juni 1971

Aus dem Übergang zum leichten ökonomischen Bauen, der innerhalb des nächsten übersehbaren Zeitraumes beschleunigt zu vollziehen ist, ergeben sich für das Bauwesen der DDR wesentlich höhere und veränderte Anforderungen und Aufgaben im Rahmen der Konzentration auf neue, ökonomische Konstruktionen unter Anwendung leichter Baustoffe und rationellster Fertigungsverfahren. Erst auf einer solchen neuen Grundlage wird es möglich sein, den ständig steigenden Bedarf an Gebäudeformen mit vielseitig nutzbarer Raumstruktur umfassend zu erfüllen, der sich in naher Zukunft zu einem vordringlichen Problem bei der Gestaltung der gebauten Umwelt entwickeln wird.

Im Zusammenwirken mit den anderen Forschungsinstitutionen sowie mit den übrigen Hoch- und Fachschulen des Bauwesens der DDR sind die Sektionen Bauingenieurwesen und Architektur der Technischen Universität Dresden maßgeblich an Grundlagenarbeiten zu dieser Gesamtproblematik beteiligt. Aus diesem Grund hatte sich die Sektion Bauingenieurwesen unter Leitung ihres Sektionsdirektors, Prof. Dipl.-Ing. W. Hoyer, entschlossen, zur Förderung des wissenschaftlichen Erfahrungs- und Meinungsaustausches zu diesem Arbeits- und Forschungskomplex an der TU Dresden eine internationale Tagung einzuberufen, die im Zeitraum vom 22. bis 25. Juni 1971 stattfand.

Das große Interesse an der Gesamtproblematik war bereits an der Zahl von rund 500 Teilnehmern aus dem In- und Ausland abzulesen, die eine entsprechend große Zahl von Institutionen des Bauwesens der sozialistischen und kapitalistischen Länder repräsentierten. Während der drei Veranstaltungstage wurden – zum Teil in zwei Tagungsräumen parallel nebeneinander – in über 80 Referaten folgende Themengruppen behandelt und diskutiert:

- Funktionelle und entwurfssystematische Grundlagen
- Bauweisen, Bauelemente und Optimierungsprobleme
- Berechnung und Versuchswesen
- Konstruktionen
- Hüllen und Ausbau
- Fertigung und Montage.

Die intensive Auseinandersetzung mit den angeschnittenen Problemen ergab, daß noch sehr viele Detailfragen einer wissenschaftlichen, technischen und praktischen Lösung bedürfen. Für den hier interessierten Leserkreis wird nachfolgend eine kurze Zusammenfassung der Beiträge zur Themengruppe „Funktionelle und entwurfssystematische Grundlagen" gegeben. Diese Zusammenfassung ist dem Einführungsreferat von Herrn Prof. Hoyer entnommen, mit dem der wissenschaftliche Teil der Tagung eingeleitet wurde.

Das Kernproblem, das sich in der Mehrzahl der Referate zu dieser Themengruppe widerspiegelt, läßt sich zusammengefaßt auf den dialektischen Widerspruch zurückführen, der entsteht:

- aus den Ansprüchen der gesellschaftlich-funktionellen Zielstellung
- aus den allgemeinen volkswirtschaftlichen Anforderungen an die Bau- und Ausrüstungstechnik.

Die Grundlage zum Komplex der gesellschaftlich-funktionellen Ansprüche ergibt sich im Sozialismus aus der wissenschaftlich begründeten Notwendigkeit, die Bedingungen der natürlichen und der gebauten Umwelt miteinander in Übereinstimmung zu bringen. Alle Untersuchungen und Maßnahmen zur Umgestaltung der baulichen Umwelt, die daraus abgeleitet werden, müssen unter gleichzeitiger Auswertung der neuesten medizinisch-naturwissenschaftlichen Erkenntnisse vorrangig davon ausgehen, daß die Bausubstanz im Sozialismus einen entscheidenden bewußtseinsbildenden Faktor darstellt. Außerdem bedingt die ständige gesellschaftliche Weiterentwicklung eine ebenso stetige Veränderung der funktionellen Eigenschaften, die durch Erhöhung der Flexibilität sowie durch verstärkte Erweiterungs- und Ergänzungsfähigkeit gekennzeichnet ist. Die Erfüllung aller dieser Anforderungen bedeutet einen entscheidenden Schritt zur qualitativen Erhöhung der Gebrauchswerteigenschaften unserer Bausubstanz.

Die Lösung der volkswirtschaftlichen Hauptaufgaben ist in erster Linie durch intensive Konzentration und laufende Rationalisierung des Arbeitskräfte- und Grundmitteleinsatzes möglich. Für das Bauwesen ist daraus die grundsätzliche Forderung abzuleiten, die Bauzeiten sowie den Material- und Geräteeinsatz entscheidend zu senken. Unter der Voraussetzung, daß es dabei gleichzeitig gelingt, die Herstellungsqualität und damit ebenfalls die Gebrauchswerteigenschaften der neu zu schaffenden Bauobjekte auch von dieser Seite her wesentlich zu beeinflussen, kann der Gesamtbauaufwand erheblich eingeschränkt und auf diese Weise ein umfassender Beitrag zur allgemeinen volkswirtschaftlichen Zielstellung geleistet werden. Die Lösung des hiermit kurz umrissenen Kernproblems besteht also – auf die kürzeste Formel gebracht – aus der optimalen Übereinstimmung zwischen Gebrauchswertanforderungen und Gebrauchswertangebot.

Die Untersuchungen zu beiden Begriffen stimmen in ihren Ergebnissen in der Erkenntnis überein, daß sowohl von den funktionellen als auch von den bautechnischen Belangen her die Einführung einer einheitlichen Grundmodulation erforderlich wird, die sich im bautechnischen Bereich auf die geometrischen Abmessungen und Zuordnungen im Sinne offener Bausysteme erstrecken muß. Mit einer solchen Grundmodulation wird der erste Schritt zur Übertragung der Unifizierung auf Bauteile, Baugruppen und ganze Gebäude eingeleitet, wobei Normierungsbemühungen stets nur auf einzelne Bauelemente beschränkt, also nicht auf ganze Gebäude oder Gebäudeteile ausgedehnt werden sollen.

Von dieser Grundlage ausgehend sind kombinierbare Bauweisen zu entwickeln, die nach Möglichkeit sowohl im Flach- wie im Geschoßbau austauschbar, ergänzungs- und erweiterungsfähig ausgebildet sind. Durch Verwendung von Mischungskonstruktionen – entsprechend der speziellen Funktionsbestimmung in der Bauwerksstruktur – kann einerseits eine höhere Materialökonomie und andererseits eine rationellere Auswahl der Tragsysteme nach konstruktiven Einzelaufgaben sowie nach dem Grad der Koordinierbarkeit erzielt werden.

Gleichzeitig ist eine konsequente Trennung von Roh- und Ausbau (Primär- und Sekundärstruktur) durchzusetzen, da für die Elemente des Rohbaues die Gesetze der Langzeitnutzung maßgebend sind, während der Ausbau – einschl. der Ausrüstung – unter dem Gesichtspunkt des wesentlich schnelleren materiellen und moralischen Verschleißes nach Grundsätzen der Möglichkeit zur wiederholten Umrüstung (Kurzzeitnutzung) weiterentwickelt werden muß.

Die Weiterentwicklung der neuen Bauweisen mit den dargestellten Merkmalen soll generativ, d. h. stufenweise unter dem Gesichtspunkt der Weiterführung zu qualitativ höheren Formen erfolgen, die aber modular miteinander verbunden sein müssen. Die letzten Generationsstufen sind dann bestimmend für unsere zukünftigen Stadt- und Siedlungsstrukturen entsprechend der dargestellten gesellschaftlich-funktionellen Zielstellung.

Auf dem Bereich der Bauproduktion muß eine intensive Einschränkung der Elementesortimente nach bautechnischen Gesichtspunkten eingeleitet und kontinuierlich weiterbetrieben werden, um auf diese Weise die Zahl der benötigten Elemente auf wenige Fertigungsobjekte mit hohen Losgrößen in Großserienproduktion zu konzentrieren und damit entscheidend zur Steigerung des ökonomischen Nutzeffektes beitragen zu können.

Gleichzeitig ist der witterungsabhängige und deshalb erheblich qualitätsmindernde Anteil der Baustellenarbeit mit Hilfe von Produktionstechnologien mit hohem Vorfertigungs- und Komplettierungsgrad sowie durch unkomplizierte Montage- und Transportverfahren in seinem Anteil am Gesamtbauablauf weiterhin herabzusetzen. Der bautechnische Komplex des „Leichten Bauens" ist dabei als wirksames Mittel zur Erhöhung des Rationalisierungs- und Automatisierungsgrades am Baugeschehen anzusehen, wobei die Schwerpunkte auf die Bereiche der Komplettierung und der Technischen Gebäudeausrüstung zu legen sind. Für die wissenschaftliche Bearbeitung wird neben der gründlichen Analyse der neuen Baustoffe und ihrer Anwendungsmöglichkeiten gefordert, daß unter Weiterbetreiben des Prinzips der Entstofflichung neben einer gezielten Qualifizierung der ingenieurtheoretischen Grundlagen auch der notwendige Vorlauf in der Baumechanik geschaffen wird. Darüber hinaus ist an Hand der Analyse auftretender Schadensfälle der Weg zu neuen Berechnungsverfahren und zu zuverlässigen Kriterien für die Formulierung fortschrittlicher Sicherheitsbestimmungen zu eröffnen.

Die Aktualität der hier nur kurz umrissenen Tendenzen und Gesichtspunkte konnte im Verlauf der Tagung an einer ganzen Anzahl von Entwicklungsreihen und von

bereits praktisch erprobten Bauweisen des In- und Auslandes abgelesen werden, die von einzelnen Referenten vorgetragen und erläutert wurden. Bei der Fülle des gebotenen Materials konnte die Tagung selbst natürlich keine erschöpfende fachliche Behandlung bestimmter Themen bringen. Das Ziel der Veranstaltung wurde deshalb auch von vornherein vom Veranstalter darin gesehen, allen Teilnehmern in erster Linie möglichst viel Anregungen und Anknüpfungspunkte für ihre eigenen weiteren Arbeiten zu geben. Daß dieser Zweck erfüllt wurde, war nicht zuletzt aus den zahlreichen persönlichen Gesprächen und Einzeldiskussionen zu erkennen, die parallel zum offiziellen Tagungsverlauf von den Teilnehmern geführt wurden. Mit der Veröffentlichung des abgeschlossenen Tagungsberichtes durch die Wissenschaftliche Zeitschrift der Technischen Universität Dresden ist im ersten Quartal 1972 zu rechnen.

Gerhard Seyfert

Bücher

■

ADOLF LOOS
von Mihály Kubinszky
Erschienen: Henschelverlag Kunst und Gesellschaft Berlin 1970

Dieses Buch gibt in sachlicher Darstellung das umfangreiche Werk von Adolf Loos wieder.

Es ist notwendig, dieses Buch, da Adolf Loos unbestritten einer der Bahnbrecher für die moderne Architektur war und seine Bedeutung oft unterschätzt wird.

Besonders aufschlußreich und wichtig sind seine kunstpublizistischen Schriften und gerade diese nehmen in diesem Buch einen gebührenden Platz ein.

Klar herausgearbeitet wurde die Stellung von A. Loos gegenüber den dekorativen Tendenzen des Jugendstils (Olbrich, van de Velde). Diese Haltung wird heute noch oft genug verschleiert dargestellt.

Es betrifft vor allen Dingen seine kompromißlose Stellung gegen das Ornament. 1892 schrieb er in einem Artikel mit dem Titel „Ornament in Architecture": „Es wäre wünschenswert, während einiger Jahre völlig auf Ornamente zu verzichten, so daß sich unser Denken auf die Konstruktion von Bauten konzentrieren kann, die nur durch ihre Nacktheit wirken."

Steht diese Aufgabe heute auch noch? Es gibt doch genug schlechte Beispiele von sogar industrieller Massenproduktion, verbunden mit Ornamenten und Verzierungen. Vermißt werden im Buch Aussagen zu den städtebaulichen Arbeiten, die A. Loos insbesondere in den Jahren 1920–1922 in Wien als Leiter für den Siedlungsbau dieser Stadt machte.

Bernd Czysch

■

PIER LUIGI NERVI
von Máté Major
Erschienen: Henschelverlag Kunst und Gesellschaft Berlin 1970

Fest steht wohl, daß kein Buch einen umfassenden Überblick über das vierzigjährige theoretisch-publizistische und praktische Schaffen von P. L. Nervi geben kann. So ist es schwierig, für das vorliegende Buch, das den Versuch macht, einen Gesamtüberblick mit biographischen Daten, Einschätzung und Kurzvorstellung der wichtigsten Bauwerke zu geben, nicht den Zusammenhang zu verlieren.

Auf jeden Fall ist das Buch begrüßenswert, da eine Veröffentlichung in deutscher Sprache längst überfällig war.

P. L. Nervi, mit der Fähigkeit (als Architekt und Konstrukteur), durch Rationalität der konstruktiven Form Schönheit abzugewinnen, steht in der Reihe mit dem Schweizer Maillart.

Insofern besteht für P. L. Nervi kein Zwiespalt zwischen einer Architektur, die sich immer mehr zu einer angewandten Wissenschaft entwickelt (Vorfertigung, automatisierte Projektierung) und einer Architekturästhetik. Für ihn ist die künstlerische und technische Konzeption eines Bauwerkes identisch.

Nach wie vor steht aber am Anfang die Institution, es gelten die Gesetze der Tektonik bzw. werden durch diese Betrachtungsweise entwickelt und verallgemeinert. Dies steht im Gegensatz zu der Theorie, daß die Architektur ohne ästhetische Begriffe und Normen als „Ware" existieren kann.

Das Werk P. L. Nervi entlarvt die Absurdität dieser Theorie durch Beispiele schöner Bauwerke (Städtisches Stadion Florenz, UNESCO-Ensemble Paris mit Breuer und Zehrfuss, Olympiabauten von Rom, Pirelli-Hochhaus Mailand mit Ponti).

Bernd Czysch

■

Kusin, Alexandr Awramjewitsch
Karl Marx und Probleme der Technik
Übersetzung aus dem Russischen
VEB Fachbuchverlag Leipzig 1970, 17. Auflage, 122 Seiten, 12 cm × 19 cm, Broschur (zellophaniert) 4,– M

In dem Buch werden Fragen der Technik behandelt, die einen bedeutenden Platz in den Werken des Begründers des Marxismus einnehmen. Es werden die Gesetzmäßigkeiten und Ursachen der Entwicklung der Technik durch Karl Marx und die Bestimmung ihres Platzes in der Geschichte der Gesellschaft, viele gesellschaftliche Erscheinungen und Prozesse erklärt. Die Hauptrichtungen des technischen Fortschritts wurden bestimmt und die Entwicklung und die Rolle der Elektrifizierung der Automatisierung u. a. wissenschaftlich vorausgesagt.

■

Schaarwächter, Georg
Perspektive für Architekten
120 Seiten, etwa 150 Bilder, 29 cm × 22 cm
Verlag Gerd Hatje, Stuttgart 1964

Ein Freund von der Datenverarbeitung, befragt, ob er nicht ein Programm für das automatische Zeichnen von Perspektiven mit dem Computer machen könnte, sagte mir, in den Architekturperspektiven sei zuviel „unintelligente Information" (er meinte damit die Darstellung von Bäumen, Sträuchern, Menschen, Wolken usw. usw.), und das wäre eine Zumutung für ihn und für den Computer.

Das vorliegende Buch ist sehr bemüht, nur „intelligente Informationen" zu vermitteln: klare Strichzeichnungen, genaue Angaben über Hilfslinien, keine überflüssigen Verzierungen. So erscheint dieses Buch wirklich als Musterbeispiel einer exakten Perspektivlehre. Es bereitet Genuß, die schön gedruckten Zeichnungen, die von einer genau passenden Schrift begleitet werden, anzusehen.

Bei genauerem Durchblättern kommt dann doch der Verdacht auf, daß Verfasser und Verlag manchmal dem Reiz der geraden Linie erlegen sind. Dies gilt vor allem für den Abschnitt, in dem die Perspektivenarten erklärt werden und wo ich auch bei bestem Willen Schwierigkeiten hatte, den Sinn der erläuterten Zeichnungen zu erkennen. Es wäre dafür sicher günstiger gewesen, Anaglyphen anzufertigen, die zwar graphisch nicht so reizvoll aber viel informierender sind (so wie es in unseren Lehrbüchern über darstellende Geometrie für die erweiterten Oberschulen gemacht wird).

In einem Eingangskapitel werden die am häufigsten genutzten geometrischen Konstruktionen der Ebene dargestellt und erläutert. In einem weiteren Abschnitt werden die verschiedenen Axonometrien erklärt – didaktisch und darstellerisch sehr gut –, und schließlich werden die Perspektiven mit ihren möglichen Zeichenhilfsmitteln vom Papierstreifen über die Reileschiene bis zur Bogen- und Strahlschiene dargelegt. Schattenkonstruktionen, Spiegelungen und Perspektiven von modernen Konstruktionen, wie räumlichen Fachwerken und Schalen, runden das Buch ab.

Wenn man über den Sinn der Perspektive spricht, dann muß man ihren möglichen Unsinn zeigen, ihre Möglichkeit zum großen Betrug: verkürzte Standpunkte, verengte Fluchtpunkte, unmögliche Augpunkte. Vor diesen Dingen wird in dem Buch gewarnt, aber der Teufel kommt von einer anderen Seite: die hier so perfekt gezeichneten Gebäude erscheinen in Wirklichkeit eben nicht so. Glas am Bau ist von außen nicht transparent erlebbar und der hier so perfekt gezeichnete Strich schafft Illusionen. Somit wären wir wieder bei den Überlegungen zur – „Intelligenten Information der Perspektive", und so betrachtet, erscheint mir eine Zeichnung mit allerhand Fisimatenten, Bäumen, Wolken, aufgeklebten Männchen usw. auch nicht so verwerflich, denn die Perspektive ist weniger für den Architekten als für die späteren Nutzer der Gebäude gedacht, und möglichst naturalistische Darstellungen können hier durchaus verdeutlichend wirken.

Otto Patzelt

■

Quantitative Methoden in der Soziologie
von einem Autorenkollektiv
Übersetzung aus dem Russischen
Etwa 440 Seiten, 120 Tabellen, 50 Abbildungen, Ganzleinen, etwa 27,50 M

Die soziologische Erforschung der vielfältigen objektiven gesellschaftlichen Erscheinungen und Prozesse bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft verlangt eine große Mannigfaltigkeit der Forschungsmethoden. Deshalb gilt es, die Erkenntnisse und Erfahrungen sowjetischer Wissenschaftler bei der Anwendung quantitativer Methoden im Interesse einer größtmöglichen Effektivität unserer soziologischen Forschung zu nutzen. Das Buch enthält vierzehn ausgewählte Beiträge zum Thema „Quantitative Methoden in der Soziologie". Sie umfassen sowohl allgemeine Fragen ihrer Anwendung (z. B. die Theorie der optimalen Planung, die Theorie der Graphen, die Arbeit mit maschinellen und elektronischen Datenverarbeitungsanlagen) als auch Fragen der Anwendung in konkreten soziologischen Untersuchungen. Das Buch vermittelt reiche Anregungen zur weiteren Entwicklung soziologischer Forschungsmethoden und vervollständigt die auf diesem Gebiet vorliegende Literatur.

■

„Fachthesaurus Bauwesen" erscheint

Als Hauptbestandteil des automatisierten Informationsrecherchesystems „bauselectronic 70" des Bauwesens und seiner Randgebiete erscheint im zweiten Quartal 1971 der „Fachthesaurus Bauwesen", eine alphabetisch und systematisch geordnete Sammlung von Sachwörtern, die ein Lexikon einer formalisierten, EDV-gerechten Informationsrecherchesprache darstellt, einschließlich der zur Anwendung notwendigen Indexierungsrichtlinie.

Institute und Kollektive aus Forschung und Praxis haben in mehrjähriger Arbeit unter Anleitung der Deutschen Bauinformation im Auftrage des Ministeriums für Bauwesen diesen Fachthesaurus entwickelt, der in seiner derzeitigen Fassung folgende Teilgebiete enthält:

Baustoffe
Bauwerksteile
Baukonstruktionen
Stadtplanung
Hochbau

Projektierung
Architektur
Wohnungsbauten
Gesellschaftsbauten
Industriebauten
Landwirtschaftsbauten
Heizungs-, Lüftungs- und Sanitärtechnik
Baudurchführung
Naturwissenschaften
Verkehrs- und Wasserbau
Bauökonomie
Arbeitsschutz

Im Endzustand werden rund vierzigtausend Begriffe, darunter rund fünfzehntausend Deskriptoren aufgenommen sein.
Der „Fachthesaurus Bauwesen", ist damit, der Stellung und Bedeutung des Bauwesens Rechnung tragend, die bisher umfangreichste EDV-gerechte Wortsammlung unserer Volkswirtschaft.
Er ist das wichtigste Arbeitsmittel bei der Funktion des automatisierten Informationsrecherchesystems „bauselectronic 70". Der „Fachthesaurus Bauwesen" umfaßt einen systematischen und einen alphabetisch geordneten Teil. Der systematische Teil ist in Form von Pfeilschemata gestaltet, die die hierarchische Unterstellung der Deskriptoren, deren alphanumerische Code und assoziative Verbindungen erkennen läßt.
Im alphabetischen Teil wird der gesamte Wortschatz geordnet, also sowohl diejenigen Begriffe, die zu Deskriptoren erhoben wurden, als auch alle anderen in der Fachliteratur verwendeten Termini mit Hinweisen auf die bei der Auswertung der Literatur, dem „Indexieren", obligatorisch einzusetzenden Deskriptoren.
Die Deutsche Bauinformation trägt für eine laufende Aktualisierung Sorge. Der „Fachthesaurus Bauwesen" kann käuflich erworben werden. Anfragen sind zu richten an die Deutsche Bauinformation, „Bauselectronic", 102 Berlin, Wallstraße 27.

■

Wörterbuchverzeichnis liegt vor

In der Bibliothek der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar wurde ein Verzeichnis

„Wörterbuch der Bibliothek der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar", Stand 1. November 1970, erarbeitet, das 640 im Bestand der Bibliothek befindliche allgemeine und Fachwörterbücher nachweist.
Die zunehmende Bedeutung fremdsprachiger Literatur in Technik und Wissenschaft stellt in bezug auf die Erschließung hohe Anforderungen an die Fachleute der Praxis, Wissenschaftler und Studenten. Das vorliegende Verzeichnis soll dem schnellen Auffinden und der dem Fachtext entsprechenden Auswahl der Wörterbücher, insbesondere auf dem Gebiet des Bauwesens, dienen.
Zusätzlich wurden Abkürzungswörterbücher, Fachwortverzeichnisse sowie Wörterbuchverzeichnisse, die über Bestände außerhalb der Bibliothek orientieren, aufgenommen. Der systematische Hauptteil wird durch ein Schlagwort- und ein Sprachregister ergänzt. Das Wörterbuchverzeichnis (Preis 3,– M) ist ebenso wie das 1969 erschienene Zeitschriftenverzeichnis erhältlich über das Sekretariat der Bibliothek der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, 53 Weimar, Karl-Marx-Platz 2.

■

Im Verlag für Bauwesen erscheinen im Dezember:

Altner/Reichel, **Betonschnellerhärtung**
2. Auflage
(angekündigt für Monat Oktober, verlegt auf Dezember)
Fuchs, **Baugrund und Bodenmechanik**
5. Auflage
(angekündigt für Monat Oktober, verlegt auf Dezember)
Pieper/Rohatsch/Lemme, **Großküchen**
1. Auflage
Randolf, **Wohin mit dem Abwasser**
2. Auflage

Standardisierung

Am 1. Oktober 1970 wurde der DDR-Standard TGL 15 132 **Zeichnungen; Diagramme,** Richtlinien für die Gestaltung in der Ausgabe Dezember 1969 verbindlich. Im einzelnen werden der Zweck und die Bestandteile eines Diagrammes aufgeführt, denen sich die Erläuterung der Bestandteile anschließt.

Am 1. Juli 1971 wurde der Fachbereichstandard des Bauwesens TGL 22 317 Blatt 3 **Bituminöse Bahnen und Schindeln, Glasvlies-Dachbelag** in der Ausgabe November 1970 verbindlich. Die Einzelheiten betreffen die Bezeichnung, Kennzeichnung, Lieferung, Prüfung, Sorten, technische Forderungen, den Transport und die Lagerung.

Am 1. Juli 1971 wurde der Fachbereichstandard des Bauwesens TGL 22 755 **Anlagen der Technischen Gebäudeausrüstung; Sanitärtechnische Anlagen,** Technische Forderungen, Prüfung, Betrieb als Ausgabe Dezember 1970 verbindlich. Der Standard ist nicht für technologische Anlagen und Rohrleitungen anzuwenden.

Als Fachbereichstandard des Bauwesens wurde die TGL 24 777 **Tragösen, für Fertigteile aus bewehrtem und unbewehrtem Beton** in der Ausgabe Oktober 1970 am 1. Juli 1971 verbindlich. Nach der Begriffserklärung Tragösen folgen Festlegungen zur Konstruktion, Herstellung und zum Einbau, zur Lastaufnahme und zu Sonderfällen.

Am 1. April 1971 wurde der Fachbereichstandard TGL 5561 Beschläge für das Bauwesen; **Bandeisen und Befestigungsstifte** in der Ausgabe Dezember 1970 verbindlich.

In der Ausgabe September 1970 wurde der Fachbereichstandard TGL 8310 **Gleisoberbau; Sechskantmuttern,** mit Sonder-Schlüsselweiten ab 1. April 1971 verbindlich. – Mit dem gleichen Obertitel **Anschlagbolzen,** Abo 7 wurde die TGL 8311 in der Ausgabe Juni 1970 am 1. Januar 1971 verbindlich.

Im VEB Metalleichtbaukombinat Leipzig wurde der Fachbereichstandard TGL 9310 Blatt 3 **Gitterroste und Gitterroststufen; für Industrieanlagen,** Einbauvorschrift in der Ausgabe August 1970 ab 1. April 1971 verbindlich. Hier werden im einzelnen die Beanspruchung, Auflagerung, Lagesicherung und Veränderungen an Gitterrosten geklärt.
Vom VEB Rohrkombinat Riesa stammt der Fachbereichstandard TGL 14 514 Blatt 2 **Stahlrohre für Wasser- und Gasleitungen,** nahtlos geschweißt, Technische Lieferbedingungen, der in der Ausgabe September 1970 ab 1. Juli 1971 verbindlich ist. Außer technischen Forderungen werden die Bezeichnung, Kennzeichnung, Lieferart und Prüfung geklärt. Außerdem sind Richtlinien für die Verwendung angeführt.
Am 1. April 1971 wurde der Fachbereichstandard TGL 16 953 **Gemeinschaftsküchen; Kippbratpfannen,** Einzelgeräte Hauptabmessungen in der Ausgabe November 1970 verbindlich.
In der Ausgabe November 1970 wurde der Fachbereichstandard TGL 20 680 **Erste Hilfe; Verbandkästen und -schränke** mit Blatt 1 Verbandkasten I K, 2 Verbandkasten I, 3 Verbandkasten II und 4 Verbandkasten III (Verbandschrank) am 1. Januar 1971 verbindlich, der hier wegen seiner Gültigkeit u. a. für Arbeitsstätten angezeigt wird. Im einzelnen werden in den Standardblättern die Bezeichnung, Kennzeichnung und technische Forderungen geklärt.
Vom DDR-Standard TGL 10 687 **Schallschutz** wurden Blatt 1 Begriffe, 5 Vorbereitung von Investitionen und 6 Territoriale und städtebauliche Planung als Entwurf November bzw. Dezember 1970 vorgelegt. Blatt 1 enthält allgemeine Begriffe und solche der Lärmmessung, Schalldämmung, Schallabsorption und des Lärmes von Wasserinstallationen. Blatt 5 enthält Grundsätze, Nachweis und Vorgaben für die Projektierung. Blatt 6 beginnt auch mit Grundsätzen und der Durchführung des Nachweises, an den sich Regelungen zu den Lärmquellen und der Schallausbreitung anschließen.
Als Entwurf Januar 1971 wurde der Fachbereichstandard TGL 10 728 **Traglufthallen** vorgelegt, der den Begriff klärt und grundsätzliche Forderungen sowie Einzelheiten zur Konstruktion und Bemessung neben brandschutztechnischen Forderungen enthält.
Als Entwurf Januar 1971 wurde der Fachbereichstandard TGL 11 045 **Porenanhydritbinder** vorgelegt, der Einzelheiten zum Begriff, zur Bezeichnung, Kennzeichnung, Lagerung, Lieferung, Prüfung, zum Sortiment, Transport, zur Verarbeitung sowie technische Forderungen enthält. -er.

Rechtsnormen

Nach dem Beschluß über die Ausarbeitung, Anpassung und **Aufhebung von Regelungen** auf dem Gebiet der Volkswirtschaft **zur Sicherung des Volkswirtschaftsplanes 1972** vom 7. Juli 1971 (GBl. II Nr. 60 S. 521) – Auszug – sind am 30. Juni 1971 verschiedene Normen außer Kraft gesetzt worden u. a. der Beschluß über die Anwendung der Grundsätze des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft im Bauwesen vom 14. Juni 1963, der Beschluß über die Grundsätze der grundlegenden Veränderung der Arbeitsweise in der bautechnischen Projektierung zur Verwirklichung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft im Bauwesen (Grundsätze für die bautechnische Projektierung) vom 5. November 1964, Verordnung über die planmäßige Vorbereitung und Durchführung der kontinuierlichen Produktion der Bau- und Baumaterialienindustrie im Winter vom 28. Oktober 1963, die Erste Durchführungsbestimmung hierzu – Planung der Kosten für Winterbau- und Winterschutzmaßnahmen – vom 6. Juni 1965, der Beschluß über die Einführung der Festpreise für Bauhauptleistungen der volkseigenen Bauindustrie vom 4. August 1965, die Verordnung über die Typenprojektierung vom 15. September 1965 und der Beschluß über die Richtlinie über die nächsten Aufgaben im Bauwesen zur Durchsetzung der zweiten Etappe des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung vom 10. Februar 1966.

Am 1. Juli 1971 trat die Verordnung über die Neufassung von Regelungen über **Rechtsmittel gegen Entscheidungen staatlicher Organe** vom 24. Juni 1971 (GBl. II Nr. 54 S. 465, Ber. Nr. 61 S. 544) in Kraft, die zahlreiche Rechtsvorschriften ändert, von denen hier genannt sein sollen: Verordnung über die Übertragung der Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 15. Oktober 1952 hinsichtlich Entscheidungen des Liegenschaftsdienstes, Verordnung über das Straßenwesen vom 18. Juli 1957 wegen Streitigkeiten über die Öffentlichkeit und Durchsetzung der Pflichten von Anliegern, Verordnung über die Sicherung der Vermessungsarbeiten und die Erhaltung von geodätischen Festpunkten vom 25. August 1960 hinsichtlich der Höhe der Entschädigung der Nutzungsgebühr, Verordnung über den Verkehr mit Grundstücken – Grundstücksverkehrsverordnung vom 11. Januar 1963 in der Fassung der Zweiten Verordnung vom 16. März 1965, Erste Durchführungsverordnung zum Gesetz über den Schutz, die Nutzung und die Instandhaltung der Gewässer und den Schutz von Hochwassergefahren – Wassergesetz – vom 17. April 1963, Verordnung über die Staatliche Bauaufsicht – Bahnaufsichtsverordnung – vom 23. April 1964, Verordnung zum Schutz des land- und forstwirtschaftlichen Grund und Bodens und zur Sicherung der sozialistischen Bodennutzung – Bodennutzungsverordnung – vom 17. Dezember 1964, Verordnung über Kurorte, Erholungsort und natürliche Heilmittel – Kurortverordnung – vom 3. August 1967, Verordnung über die Lenkung, des Wohnraumes vom 14. September 1967 und die Verordnung über die Erhöhung der Verantwortung der Räte der Städte und Gemeinden für Ordnung, Sauberkeit und Hygiene im Territorium vom 19. Februar 1969.

Am 1. Januar 1971 trat die Anordnung über die **Bildung und Verwendung des Komplex-Prämienfonds auf Investitionsbaustellen** für das Jahr 1971 vom 12. Juli 1971 (GBl. II Nr. 60 S. 529) in Kraft.

Am 1. April 1971 trat die Arbeitsschutz- und Brandschutzanordnung 821/1 – **Heizölfeuerungen** – vom 18. Januar 1971 (GBl. Sonderdruck Nr. 692) in Kraft, die als Anlage 1 technische Grundsätze enthält. – Am 21. Juli 1971 trat die Arbeitsschutz- und Brandschutzanordnung 216 – **Rechenstationen** – vom 10. Juni 1971 (GBl. II Nr. 57 S. 501) in Kraft, die hinsichtlich der Klimatisierung und elektrischen Anlagen besondere Beachtung verdient.

Am 8. April 1971 trat die Verfügung über die **Anwendung von Angebotsprojekten für Studentenwohnheime und Internate** vom 15. Dezember 1970 (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen 1971 Nr. 4 S. 9) in Kraft, nach der keine Neuentwicklungen vorzunehmen sind und die Angebotsprojekte auf der Grundlage vorgegebener Bauweisen erfolgt. Das Volkseigene Baukombinat Dresden entwickelt zusammen mit dem Institut für Hoch- und Fachschulbau bis zum 30. Juni 1972 70 neue Angebotsprojekte. -er.



Ewald Friederichs

5804 Friedrichroda
Tel.: 43 81 und 43 82
1058 Berlin, Kollwitzstraße 102
Tel.: 44 16 69
806 Dresden, Bautzener Straße 187
Tel.: 5 18 75

Fabrik für

- **Verdunklungsanlagen**
- **Rollos**
- **Schaufensterrollos aus Ultraphan-Folie**
- **Mechanische Wandtafelanlagen**

Stahl-Rolläden

liefert

H. HARTRAMPF
8027 Dresden
Zwickauer Straße 130
Telefon 4 00 97



Werkstätten für kunstgewerbliche
Schmiede-arbeiten

In Verbindung mit Keramik
Wilhelm WEISHEIT KG
6084 FLOH (Thüringen)
Telefon Schmalkalden 40 79

DEWAG WERBUNG
Projektierung und Werbeschau
20 Neubrandenburg, Rostocker Str. 17b, Tel. 42 40
MODELLANFERTIGUNG für
Städteplanung ● Messen ● Ausstellungen

FERTIGUNG UND MONTAGE

Industrie-, Lager- und Verkaufshallen
Dachkonstruktionen
Deckenkonstruktionen
Kranbahnkonstruktionen



Erich Gisa KG
102 Berlin, Brückenstr 14
Ruf 2739 16

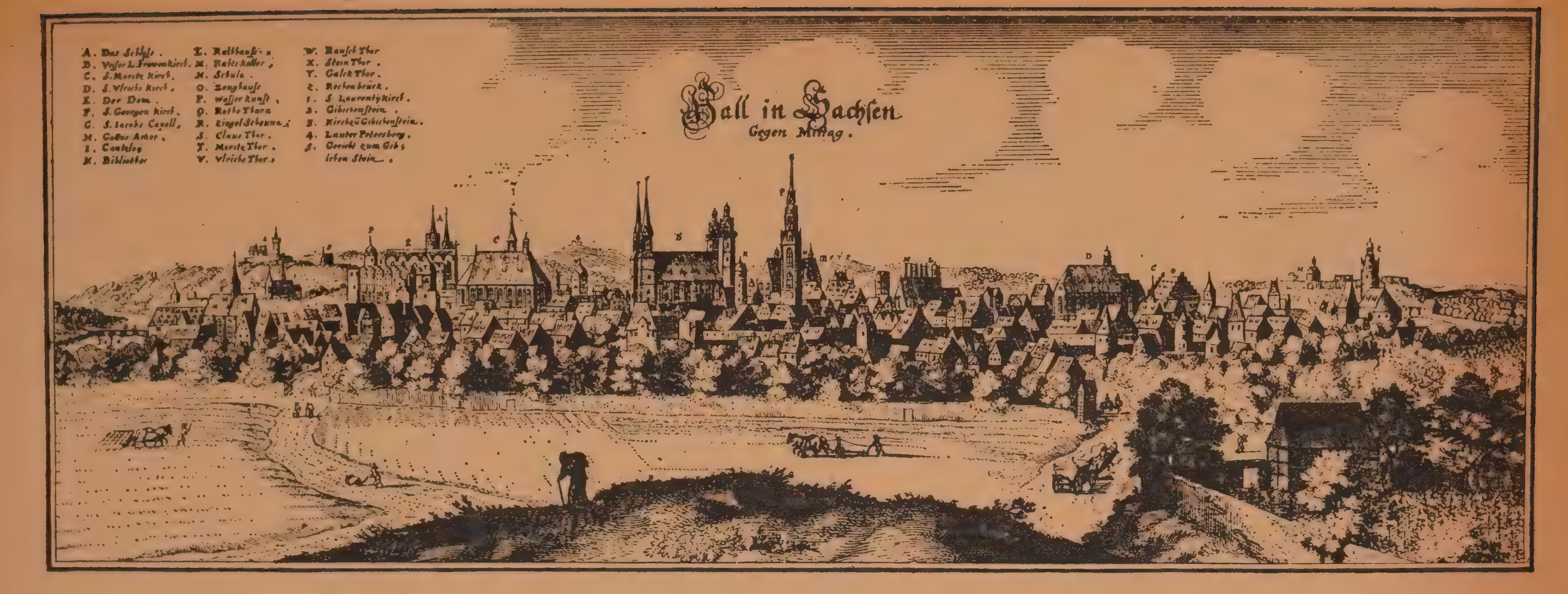
HEMATECT

Fento® Steinkitt

Fento-Steinkitt ist ein kalthärtender Zweikomponentenkitt. Er ist vor allem auf die Verkittung von Marmor, Travertine, Kalkstein und vergleichbarem Steinmaterial eingestellt worden, bewährt sich aber ebenso bei allen anderen Steinarten, bei Zement, Kacheln, Fliesen, unglasierten Porzellan-, Steingut-, Fayence-Flächen. Fento-Steinkitt kann durch Pigmentzusätze beinahe beliebig gefärbt werden. Die Eigenfarbe ist weiß bis hellbeige. Fento-Steinkitt läßt sich im erhärteten Zustand gut schleifen. Fento-Steinkitt ist in seiner Polierfähigkeit dem Schellack ebenbürtig, in der Härte der polierten Flächen aber überlegen. Fento-Steinkitt ist wasserfest, ölfest, säurefest, laugenfest. Fento-Steinkitt erhärtet bei beeinflußbaren Topfzeiten in 15 bis 30 Minuten, weshalb ein rascher Arbeitsfortschritt in der Weiterverarbeitung möglich ist.

HEMATECT-WERK-HERMSDORF (THÜR.)
CHEMISCHE BAUSTOFFE
W. Hegemann & Söhne KG
DDR · 653 Hermsdorf (Thür.) · Telefon: 27 25/27 26
Postfach 8 · Telex: hebau 058 180 dd





Januar 1972

Montag		3	10	17	24	31
Dienstag		4	11	18	25	
Mittwoch		5	12	19	26	
Donnerstag		6	13	20	27	
Freitag		7	14	21	28	
Sonnabend	1	8	15	22	29	
Sonntag	2	9	16	23	30	

1. Januar Neujahr
3. Januar 1876 Wilhelm Pieck geb.
8. Januar 1862 Max Littmann deutscher Architekt) geb.
9. Januar 1812 Eduard van der Nüll (österr. Architekt) geb.
14. Januar 1782 Carl Ferdinand Langhans (deutscher Architekt) geb.
15. Januar 1919 Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet
19. Januar 1893 Johannes Dieckmann geb.
21. Januar 1924 W. I. Lenin gest.
22. Januar 1872 Iwan Alexandrowitsch Fomin (sowj. Architekt) geb.
23. Januar 1872 Paul Mebes (deutscher Architekt) geb.

Diese Kalenderblätter sollen für Sie monatlich erscheinen. Sie können sie herausreißen und sammeln (mit Dank an Dipl.-Phil. Horst Büttner, der die Gestaltung unterstützte).

Diese in Sachsen vnd Ertzbistumb Magdeburg/an der Sala/in einer zimblichen weite gegen Mittag/vnd vom Abend auff einem erhöchten Ort/von lustigem anschawen/5. Meilen von Leipzig/11. von Magdeburg/vnd 8. von Wittenberg gelegene Statt/ hat den Nahmen von den Saltzbrunnen/vnd Saltz ... vnd diese über die massen nutzbare Saltzbrünne/seyn/nach vor Christi Geburt/von den Hermunduris/einem schwabischen Volck/erstlich erfunden worden/deren Fürtrefflichkeit/als sie den benachbarten Völckern kundbar worden/ verursacht hat/daß Sie denselben nicht anders/als den Goldgruben/gar stark nachgesetzt haben ...

Die Statt selbsten ist wol erbawet/vnd hat schöne Gassen/ vnd wohlgebildete Weibspersonen. Die HochTeutsche Spraach wird allhie sonderlich schön geredt/also/daß theils meynen/sie seye da zierlicher/als zu Leipzig ...

Die Grösse der Statt belangende/so hat Sie in der länge/vnd zwar von Mittage gegen Mitternacht/1617. in der breite/vom Morgen biß zum Abend/1078. in dem Vmbkreise vnd Ringmawer/ 5796. Schritte/vnd halt sich 1347. Acker/30. Ruten/jeden Acker zu 300 Ruten/die Rute zu 15. Römischen Schuen gerechnet. Hat sechs Thor/als Steinthor/Galgthor/Ranisch/Moritz/Clauß vnd Vlrichsthor/und so viel Vorstädte/deren zwo/Newmarckt vnd Glaucha/dem Ertzstiftischen Ampte Gebichenstein/die andern aber E. E. Rathe vnterworffen;vber diß drey Pforten/als die Mühl-Kuttel- vnd Saalpforte.

(Aus „Topographia Saxoniae inferioris", herausgegeben von Matthaeus Merian und seinen Erben 1653)
Stecher: Caspar Merian
Text Martin Zeiller

Kurzfassung

Содержание

KB 011.2
961.5 DK 330.142.21.003.2

Damm, G.; Moche, E.
Zur Vorbereitung von Investitionen nach den „Grundsätzen für die Planung und Leitung des Prozesses der Reproduktion der Grundfonds"
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 12, S. 700 bis 704
Die vom Ministerrat der DDR beschlossenen „Grundsätze für die Planung und Leitung des Prozesses der Reproduktion der Grundfonds" stellen an alle an der Vorbereitung der Investitionen Beteiligten höhere Anforderungen. Bei allen Investitionen ist der volkswirtschaftliche Nutzeffekt ein entscheidendes Kriterium.
Durch die Projektierung sind die Voraussetzungen für günstige Bau- und Nutzungskosten sowie für einen hohen Gebrauchswert der Bauten und Anlagen zu schaffen. Durch die Einführung von Normativen für den Investitionsaufwand und die Begutachtung von Projekten soll die Ausarbeitung effektiver Lösungen unterstützt werden.

УДК 330.142.21.003.2

Damm, G.; Moche, E.
700 **О разработке капитальных вложений по «Принципам планирования и управления процесса воспроизводства основных фондов»**
дойче архитектур, Берлин 20 (1971) 12, стр. 700 до 704
Принятые Советом Министров ГДР «Принципы планирования и управления процесса воспроизводства основных фондов» предъявляют повышенные требования ко всем, участвующим в подготовке капитальных вложений, у которых народнохозяйственная эффективность всегда является решительным критерием. Предпосылки для благоприятного развития стоимости строительства и пользования как и для высокой эффективности эксплуатации сооружений должны быть созданы. Намечается вводить нормативы для затрат на капитальные вложения и обсуждение проектов для способствования выработке эффективных решений.

KB 322.2
323.22 DK 711.417.5(430.2–2.25)

Urbanski, W.
Die weitere Entwicklung des Wohnungsbaus in der Stadt Rostock
Baumbach, P.; Lasch, R.
Wohngebiet Rostock-Evershagen
Urbanski, W.; Sieber, W.
Wohngebiet Rostock-Lichtenhagen
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 12, S. 705 bis 710, 11 Abbildungen, 3 Pläne
Von 1971 bis 1975 sollen in der Stadt Rostock rund 14 000 Wohnungen gebaut werden. Die neuen Standorte des Wohnungsbaus werden sich nordwestlich des Stadtzentrums entlang der Warnow erstrecken. Sie werden günstig zu den wichtigsten Arbeitsstätten liegen und mit dem Stadtzentrum durch eine Schnellbahn und die Stadtautobahn verbunden sein.
Das neue Wohngebiet Rostock-Evershagen ist bereits im Bau. Es wurde für 26 000 Einwohner geplant. 1972 wird mit dem Aufbau des Wohngebietes Rostock-Lichtenhagen für rund 21 000 Einwohner begonnen. Die Bebauung erfolgt vorwiegend mit fünfgeschossigen Wohnbauten in der Plattenbauweise.

УДК 711.417.5(438.2–2.25)

Urbanski, W.
705 **Дальнейшее развитие жилищного строительства в г. Росток**
Baumbach, P.; Lasch, R.
Жилой район Росток-Эверсхаген
Urbanski, W.; Sieber, W.
Жилой район Росток-Лихтенхаген
дойче архитектур, Берлин 20 (1971) 12, стр. 705 до 710, 11 илл., 3 плана
Намечено построить в г. Росток ок. 14 000 квартир в период 1971 до 1975 гг. Новые места жилищного строительства распространяются вдоль реки Варнов на северо-западе центра города. Они будут расположены благоприятно к важнейшим местам приложения труда и связаны с центром города скоростным сообщением и городской автострадой.
Новый жилой район Росток-Эверсхаген — запланированный на 26 000 жителей – уже строится. Начало застройки жилого района Росток-Лихтенхаген для ок. 21 000 жителей предусмотрено на 1972 г. Воздвигают прежде всего пятиэтажные жилые здания сборной конструкции.

KB 323.2 DK 711.58(430.2)

Schuster, P.; Guder, G.
Wohngebiet Cottbus-Sandow
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 12, S. 712 bis 715, 8 Abbildungen, 1 Plan
Das neue Wohngebiet Cottbus-Sandow ist für 26 000 Einwohner geplant. Gegenwärtig ist der erste Bauabschnitt im Bau. Die Bebauung erfolgt mit fünf- und achtgeschossigen Wohngebäuden, mit fünfgeschossigen Würfelbauten und einigen vielgeschossigen Wohngebäuden. Neben den Wohnungsbauten werden 6 Schulen, 8 Kombinationen Kinderkrippe/Kindergarten, 4 Kaufhallen, 3 Wohngebietsgaststätten (mit Schulspeisung) und andere gesellschaftliche Einrichtungen gebaut. Durch eine differenzierte Fassadengestaltung, die Anwendung verschiedener Gebäudetypen und eine sorgfältige Gestaltung der Freiflächen will man eine gute Wohnqualität erreichen.

УДК 711.58(430.2)

Schuster, P.; Guder, G.
712 **Жилой район Котбус-Зандов**
дойче архитектур, Берлин 20 (1971) 12, стр. 712 до 715, 8 илл., 1 план расположения
Новый жилой район Котбус-Зандов предусмотрен для 26 000 жителей. В настоящее время первая очередь находится в постройке. Строятся 5- и 8 этажные жилые дома, 5 этажные кубиковые здания и некоторые многоэтажные здания. Кроме жилых зданий будут построены 6 школ, 8 комбинаций ясли/детские сады, 4 торговых центра, 3 ресторана (со школьным питанием) и другие общественные устройства. Намечается достичь хорошего качества жилья путем дифференцированного оформления фасадов, применения различных типов зданий и тщательного оформления незастроенной площади.

KB 22.2/.4 DK 37.018.3 : 727.3(430.2)

Schramm, P.
Internatskomplex Zellescher Weg, Dresden
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 12, S. 718 bis 720, 4 Abbildungen, 1 Lageplan, 2 Grundrisse, 1 Schnitt
Etwa 1,5 km von der Technischen Universität Dresden entfernt wird ein Internatskomplex gebaut. Zu dem Komplex werden sechs Wohnheime für insgesamt 3180 Studenten gehören. Die 15geschossigen Wohnheime werden in der Plattenbauweise (Laststufe 5 Mp) errichtet. In jedem Geschoß befinden sich neben den Wohnräumen ein Klubraum und eine Teeküche.

УДК 37.018.3:727.3(430.2)

Schramm, P.
718 **Интернатский комплекс Целлешер Вег в г. Дрезден**
дойче архитектур, Берлин 20 (1971) 12, стр. 718 до 720, 4 илл., 1 план расположения, 2 гориз. проекции, 1 чертеж в разрезе
Интернатский комплекс строится на расстоянии ок. 1,5 км от Дрезденского Технического Университета. Комплекс состоит из шести общежитий для всего 3 180 студентов. 15 этажные здания строятся в сборной конструкции (степень нагрузки 5 Мп). На каждом этаже находятся кроме жилых комнат помещение клуба и чайная кухня.

KB 121/127 DK 72.03(517.3)

Dambijnjan, B.
Die mongolische Architektur – Tradition und Gegenwart
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 12, S. 728 bis 731, 12 Abbildungen
Die mongolische Architektur hat eine lange Tradition. Im 16. Jahrhundert entstanden bereits bedeutende Städte. Im 16. Jahrhundert wurden zahlreiche Paläste und Klöster gebaut, die noch heute Zeugen der kulturellen Entwicklung darstellen. Nach der Revolution setzte eine bedeutende Bautätigkeit ein. Es entstanden neue feste Städte und Siedlungen, die allmählich die traditionellen Siedlungen aus Jurten ablösen. Vor allem in der Hauptstadt Ulan Bator wurden zahlreiche Industriebauten und neue moderne Stadtviertel errichtet.

УДК 72.03(517.3)

Dambijnjan, B.
728 **Монгольская архитектура – традиция и настоящее время**
дойче архитектур, Берлин 20 (1971) 12, стр. 728 до 731, 12 илл.
Монгольская архитектура имеет очень старую традицию. Уже в 8-м столетии возникли замечательные города. В 16-м столетии построены многие дворцы и монастыри, являющиеся еще в наших днях свидетелями развития культуры. Огромное строительство началось после революции. Новые города и поселки были созданы, которые постепенно заменяли традиционные поселки из юрт. Большое число индустриальных зданий и современные кварталы были построены прежде всего в столице страны, Улан-Батор.

KB 625.31.021 DK 728.51.011.2/.8(430.2)

Korn, R.; Scharlipp, H.
Interhotel „Stadt Berlin"
Wenzel, K.
Ein Jahr Interhotel „Stadt Berlin"
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 12, S. 732 bis 743, 24 Abbildungen, 3 Grundrisse
Das dominierende Gebäude des neugestalteten Alexanderplatzes in Berlin ist das 140 m hohe Hotel „Stadt Berlin". Auf Grund der Vielfalt der funktionellen Anforderungen und der damit verbundenen Gliederung des Gebäudes sowie den Anforderungen, die sich aus der umfangreichen technischen und technologischen Ausrüstung ergaben, wurde für den gesamten Flachkörper einschließlich des Versorgungstunnels und der Hochgarage die monolithische Stahlbetonskelettbauweise gewählt. Der Hochkörper wurde in Vollgleitbauweise errichtet und mit einer Vorhangfassade aus Stahl-Aluminium-Holz-Elementen verkleidet.
Alle gesellschaftlichen Funktionen für die Hotelgäste und die Bevölkerung sind im Erd- und 1. Obergeschoß des Flachkörpers um die Versorgungskerne im Inneren der Geschosse herum angeordnet.
Zu den gastronomischen und gesellschaftlichen Funktionen gehören auch die Gaststätte und Salons der 37. (Panorama-)Etage.

УДК 728.51.011.2/.8(430.2)

Korn, R.; Scharlipp, H.
Интерхотель «Штадт Берлин»
Wenzel, K.
732 **Один год Интерхотеля «Штадт Берлин»**
дойче архитектур, Берлин 20 (1971) 12, стр. 732 до 743, 24 илл., 3 гориз. проекции
Гостиница «Штадт Берлин» высотой 140 м – доминирующее здание ново оформленной площади Александерплатц в Берлине. С учетом многообразности функциональных требований и связанного с этим расчленения здания как и ввиду требований, вытекающих из объемистого технического и технологического оборудования выбрали монолитическую сборную железобетонную скелетную конструкцию для всего плоского корпуса включая туннель снабжения. Высокий корпус возведен с помощью скользящей опалубки и облицован занавесным фасадом из элементом стали, алюминия и дерева. Все общественные функции для обслуживания гостей и населения расположены на первом и втором этажах плоского корпуса вокруг ядер снабжения внутри этажей. Гастрономические и общественные функции включают и ресторан и салоны на 37-м (панорамном) этаже.

Summary

DK 330.142.21.003.2

700

Damm, G.; Moche, E.
Preparation of Investments by the "Principles of Planning and Management of Fixed Assets Reproduction"
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) No. 12, pp. 700–704
More assuming demands on all partners involved are likely to result from the "Principles of Planning and Management of Fixed Assets Reproduction" laid down in a decision made by the GDR Council of Ministers. Benefit in terms of national economy is a decisive criterion that is to be considered in all investment projects.
The design side is called upon to provide the conditions required for favourable costs of construction and usage as well as for high end-use value of buildings and facilities. The preparation of efficient solutions is to be promoted by introduction of investment cost guidelines and project assessment.

DK 711.417.5(430.2–2.25)

705

Urbanski, W.
Further Development of Housing Construction in the City of Rostock
Baumbach, P.; Lasch, R.
Housing Area of Rostock-Evershagen
Urbanski, W.; Sieber, W.
Housing Area of Rostock-Lichtenhagen
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) No. 12, pp. 705–710, 11 figs., 3 plans
In the city of Rostock some 14,000 dwellings are to be completed between 1971 and 1975. The new housing sites will be north-west from the centre and alongside the Warnow River embankment. Their positions will be favourable relative to the major jobs and connected with the centre by an express railway and a thoroughfare.
The new housing area of RostockEvershagen is already under construction. It is planned to house 26,000 dwellers. Site works for the housing area of Rostock-Lichtenhagen, intended to accommodate some 21,000 dwellers, will start 1972. Constructed will be mainly five-storey panel assembly appartment

DK 711.58(430.2)

712

Schuster, P.; Guder, G.
Housing Area of Cottbus-Sandow
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) No. 12, pp. 712–715, 8 figs., 1 plan
The new housing area of Cottbus-Sandow has been planned for 26,000 dwellers. Its first stage is now under construction. The projects provides for five-storey and eight-storey appartment houses, five storey cubic structures, and some high-rise buildings, as well as six schools, eight crecke-kindergarten combinations, four shopping centres, three close-to-housing restaurants (providing also school meals), and other public facilities and communal services. Efforts are made to accomplish high housing standards by using differentiated facade designs and building types as well as by careful design of open spaces.

DK 37.018.3 : 727.3(430.2)

718

Schramm, P.
Boarding Complex in Zellescher Weg, Dresden
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) No. 12, pp. 718–720, 4 figs., 1 layout, 2 floor plans, 1 section
A boarding complex is under construction about a mile off the Technological University of Dresden. It will comprise six 15-storey panel assembly hostel structures (5 Mp load increment) to accommodate 3,180 students. Each floor will provide, in addition to the dwelling rooms, ohne clubroom and one tea kitchen.

DK 72.03(517.3)

728

Dambijnjan, B.
Mongolian Architecture – Tradition and Present Time
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) No. 12, pp. 728–731, 12 figs.
Mongolian architecture is backed by long tradition. Important cities were built as early as in the eighth century. Numerous palaces and monasteries, completed in the 16th century, are still intact as witnesses of realy cultural developments. Largescale building activity began after the revolution and resulted in the emergence of new towns and settlements which gradually substitute traditional yourt housing. Numerous industrial buildings and modern living quarters were completed particularly in Ulan Bator, the national capital.

DK 728.51.011.2/.8(430.2)

732

Korn, R.; Scharlipp, H.
Interhotel "Stadt Berlin"
Wenzel, K.
Interhotel "Stadt Berlin" one Year in Service
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) No. 12, pp. 732–743, 2 figs., 3 floor plans
"Stadt Berlin", a hotel structure, 140 m in height, is the focus of Alexanderplatz in its new setting. The monolithic reinforced concrete frame concept was adopted for the entire main structure, including a delivery tunnel and a multilevel garage, to cope with the great variety of performance demands and the resulting organisation of the building as well as with the demands which had to be satisfied in connection with the technical and technological services and equipment involved. The high-rise structure is a slipform design, its cladding being a suspended facade of steel, aluminium, and timber elements.
All community spaces for both the hotel guests and the public are accommodated in the groundfloor and the first upper storey of the base structure and surround the service blocks which are provided centrally. A restaurant and a saloon are provided also in the 37th panorama floor.

Résumé

DK 330.142.21.003.2

Damm, G.; Moche, E.
Sur la préparation des investissements conformément aux « Principes de la planification et domination du procès de la reproduction des fonds de base »
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 12, p. 700–704
Les « Principes de la planification et domination du procès de la reproduction des fonds de base », décidés par le Conseil des Ministres de la RDA, suscitent des demandes élevées posées à tous les participants aux investissements. L'efficacité économique sera le critère déterminant de tous les investissements prévus. Il importe que l'étude du projet crée des conditions préalables des coûts favorables du bâtiment et de l'utilisation, et d'une valeur d'usage élevée des bâtiments et constructions. L'élaboration des solutions effectives sera facilitée par l'introduction des normatifs pour le volume d'investissements et l'expertise des projets.

DK 711.417.5(420.2–2.25)

Urbanski, W.
L'avancement de la construction d'habitation à Rostock
Baumbach, P.; Lasch, R.
Zone d'habitation Rostock-Evershagen
Urbanski, W.; Sieber, W.
Zone d'habitation Rostock-Lichtenhagen
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 12, p. 705–710, 11 fig., 3 plans
Dans la période entre 1971 et 1975, la construction de 14 000 habitations environ est prévue dans la ville de Rostock. Les habitations nouvelles seront situées au Nord-Ouest du centre de la ville, aux bords de la rivière Varnov. Elles auront une relation favorable aux lieux du travail les plus importants. Un train express et l'autostrade urbain permettront leur liaison au centre de la ville.
La nouvelle zone d'habitation Rostock-Evershagen est déjà en train de construction. Elle est prévue pour 26 000 habitants. En 1972, la construction de la zone d'habitation Rostock-Lichtenhagen, prévue pour 21 000 habitants, commencera. On y assemblera, pour la plus grande partie, des bâtiments résidentiels à cinq étages en grands panneaux.

DK 711.58(430.2)

Schuster, P.; Guder, G.
Zone d'habitation Cottbus-Sandov
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 12, p. 712–715, 8 fig., 1 plan
La nouvelle zone d'habitation Cottbus-Sandov est planifiée pour un nombre de 26 000 habitants. La première étape de construction a commencé déja. On y assemble des bâtiments résidentiels à cinq et huit étages, et quelques bâtiments cubiques à cinq étages et bâtiments à nombreux étages sont prévus. A côté des bâtiments résidentiels, on y bâtira six écoles, huit complexes de crèche et jardin d'enfant, quatre centres d'achat, trois restaurants de la zone d'habitation (avec des départements pour les menus pour élèves) et des autres bâtiments publics. Le parti architectural différencié des façades, l'assemblage de différents types de bâtiments et une composition bien réfléchie des espaces libres contribueront à une bonne qualité d'habitation.

DK 37.018.3 : 727.3(430.2)

Schramm, P.
Complexe des foyers d'étudiants à Drèsde, Zellescher Weg
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 12, p. 718–720, 4 fig., 1 plan du site, 2 plans horiz., 1 coupe
A une distance de 1,5 kilomètres environ de l'Université Technique à Drèsde, un complexe de foyers d'étudiants sera bâti. Ce complexe comprendrera six foyers pour un nombre total de 3 180 étudiants. Les foyers à quinze étages seront construits en grands panneaux (capacité de charge 5 Mp). Outre les chambres du séjour, un club et une petite cuisine seront prévus à chaque étage.

DK 72.03(517.3)

Dambijnjan, B.
L'architecture en Mongolie – tradition et actualité
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 12, p. 728–731, 12 fig.
L'architecture en Mongolie a une tradition très longue. Des villes importantes y furent construites au huitième siècle, un grand nombre de palais et couvents y fut construit, qui sont encore à nos jours des témoins du développement culturel. Après la révolution, des activités importantes de construction furent entreprises. On y érigeait nouvelles villes et implantations qui, peu-à-peu, prendront la place des implantations traditionnelles de yourtes. A Ulan Bator, capitale de la Mongolie, nombreux bâtiments industriels et nouveaux quartiers modernes seront bâtis.

DK 728.51.011.2/.8(430.2)

Korn, R.; Scharlipp, H.
Interhotel « Stadt Berlin »
Wenzel, K.
Anniversaire de l'hôtel « Stadt Berlin »
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 12, p. 732–743, 24 fig., 3 plans horiz.
Hôtel « Stadt Berlin » avec une hauteur de 140 mètres est le bâtiment dominant à la Place Alexandre, reconstruite à Berlin. On avait choisi la méthode de construction monolithique de l'ossature en béton armé pour le corps plat, le tunnel de service et le garage élevé, en tenant compte de la multitude des exigences fonctionnelles et de la division appropriée du bâtiment, et des exigences qui résultent de l'équipment différencié technique et technologique. Le corps élevé fut assemblé par la méthode du coffrage glissant et revêtu d'une façade-rideau en éléments d'acier, aluminium et bois. Toutes les fonctions publiques prévues pour les hôtes et la population se trouvent au rez-de-chaussée et au premier étage de corps plat, pendant que les noyaux du service sont prévus à l'intérieur et autour des étages. Le trente-septième (étage « Panorama ») héberge un restaurant et des salons.